

# Sand im Getriebe 147

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>

E-Mail: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)



## Es reicht!

„ Soziale Hitzewelle –  
die Menschen sind nach Gerechtigkeit  
durstig.“

Demonstration in Frankreich am 16. Oktober 2022  
(Foto: [reporterre](https://www.reporterre.org) )

### Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2	<b>Klima</b> .....	19
<b>Attac Frankreich: Was jetzt anliegt</b> .....	3	Debt for climate!.....	19
Frankreich – Aktionstag am 16. Oktober: Höhere Preise, Klimanotstand, Renten: Wir stehen auf!..	4	Aufruf der COP Coalition Aktionstag.....	19
<b>Willi Hajek</b> – Wir trauern um ihn.....	5	Klimakiller Militär.....	21
<b>Energieversorgung in Deutschland</b> .....	6	<b>Frieden!</b> .....	22
Christoph Butterwegge: Energiekrise bekämpfen, Reichtum begrenzen!.....	6	Jeffrey D. Sachs:	
Attac Deutschland: Energie-Grundversorgung sichern und Luxusverbrauch beschränken.....	7	Der Ukraine-Konflikt gerät außer Kontrolle....	22
W. Horch: Ausstieg aus dem Atomausstieg?.....	8	Atomkriegsmanöver 2022 absagen!.....	22
Alle Dörfer Bleiben: „Ein schlechter Tag für Klimaschutz“.....	8	Verhandeln statt schießen! Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit statt Krieg!.....	23
Die Milliardäre.....	9	Peter Wahl: Verhandlungen statt Siegfrieden....	24
<b>Bewegungen in Europa</b> .....	9	Florian Warweg: Friedensinitiative des Präsidenten von Mexiko.....	26
<b>Widerstand gegen die Macht der Konzerne</b> .....	11	Papst Franziskus: Wie können wir zu einer friedlichen Zukunft beitragen?.....	28
Nadia Magnin, Attac Schweiz: Waterpreneurs und Co: Die neuen Wasserunternehmen.....	11	Ukraine – Wege zum Frieden – Den globalen Krieg verhindern!.....	29
Oxfam: Ausmaß der Wasserkrise in Zahlen.....	12	Ukrainische Pazifistische Bewegung: Friedens- agenda für die Ukraine und die ganze Welt.....	30
Initiativen in Europa gegen die Macht der Konzerne.....	14	PRO ASYL und Connection e.V:	
Vernetzungen auf europäischer Ebene.....	14	Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine sagen Nein zum Krieg.....	31
Silvia Ribeiro: Das Geschäft mit dem Hunger. .	15	Nachruf <b>Hans-Christian Ströbele</b> .....	35
Stoppen wir die Ratifizierung von CETA!.....	16	Leo Ensel: Michail <b>Gorbatschow</b> :	
Attac Österreich: Energiecharta-Vertrag gefährdet die Energiewende.....	17	Der Ausnahmepolitiker und die mutwillig verspielten Chancen für eine friedlichere Welt....	36
Attac Frankreich: Gesucht: die Klimakriminellen.....	18	Marathon für Julian Assange – Film „Ithaka“ .....	37
		Ute Löhning Sieg des „Rechazo“ in Chile – Verpasste Chance, Pinochets Erbe abzuschütteln...38	

# Vorwort

Anstelle eines eigenen Vorworts zitieren wir aus den News von [Ethecon](#) (Oktober 2022) und verweisen auf die Schwerpunkte von SiG 147.

„Die Welt gerät aus den Fugen.“ (Jeffrey D. Sachs: *Der Ukraine-Konflikt gerät außer Kontrolle*)  
„Der Ukraine-Krieg eskaliert ebenso wie die Öko-, Flüchtlings-, Hunger- und die sozialen Katastrophen.  
Es sind die Bevölkerungen der Welt, die die Rechnungen werden begleichen müssen.  
(Oxfam: *Wasserkrise - Das Geschäft mit dem Hunger ; die Milliardäre*)  
Sie werden für geopolitische Interessen zum Verhungern, Erfrieren und Elend verurteilt.  
**Diplomatie, Frieden und soziale Sicherung müssen der Weg sein!**  
(Pazifistische Bewegung in der Ukraine; Pro Asyl und Connection: *Kriegsdienstverweigerer und Deserteure unterstützen!*; Peter Wahl: *Verhandlungen statt Siegfrieden*; Friedensinitiative des Präsidenten von Mexiko; Papst Franziskus u. a. m. )

Die Klimabewegung mag Beispiel sein. Gerade wurden von der Politik die (Profit-)Interessen von RWE bedient und **Lützerath zum Abbaggern freigegeben**, schon gingen [in über 25 Städten bundesweit](#) Menschen am letzten 07.10. für das Klima und Lützerath auf die Straße. **Die Politik spürt den Druck – den gilt es zu erhöhen.** (*Energiegrundversorgung sichern - Christoph Butterwege: Energiekrise bekämpfen, Reichtum begrenzen! Alle Dörfer Bleiben: „Ein schlechter Tag für Klimaschutz“*)

„**Es geht rasend nach rechts! Italien** wählte seit dem Zweiten Weltkrieg das erste Mal wieder eine Regierung unter Einbeziehung von Faschisten, [die sich ausdrücklich auf Mussolini beziehen](#). In **Schweden** erzielen Rechtspopulisten bei den Wahlen ein [Rekordergebnis](#). In **Frankreich** rüsten sich die Faschisten für die Zeit nach Macron. Und auch in [Niedersachsen](#) fährt die AfD schockierende Gewinne ein.“  
Umso wichtiger ist die starke Unterstützung der vielfältigen Proteste mit solidarischen Vorschlägen  
(*Attac Frankreich; Marsch am 16.Oktober in Frankreich; weitere Bewegungen in Europa; Österreich: Es reicht! ; Klimabewegung – Aufruf zu COP 27; Debt for climate*),  
aber auch eine Analyse der Niederlage bei dem Referendum in Chile zu einer neuen Verfassung  
(*Ute Löhning und andere*)

„Es ist also ein harter Kampf: gegen Rechtsruck, Kriegstreiberei und Klima-GAU. Es scheint schwierig, an mehreren Fronten gleichzeitig zu kämpfen. Doch sie haben alle eins gemeinsam: **Konzern- und Profit-Interessen.** (*Attac Schweiz: Waterpreneurs; Stoppen wir die Ratifizierung von CETA; Attac Österreich: Energiecharta-Vertrag gefährdet die Energiewende; Attac Frankreich : Gesucht: die Klimakriminellen*)

Das [SiG-Dossier](#) „**Leben in Zeiten des Corona-Virus**“ –  
**Handeln im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit** wird weiter geführt.  
Die Werkstatt für SiG147 enthält ergänzende Artikel.



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

**Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen von Coordintrad! Coordintrad braucht noch Unterstützung! [www.coordintrad.attac.org](http://www.coordintrad.attac.org)**

E-Mail: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de) – Der SiG-Newsletter kann abonniert werden: **Eintragung online:**  
<http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/> **Gedruckte Exemplare** von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 €+ Porto).  
**Bestellung in Deutschland per E-Mail an [sig-abo@gmx.de](mailto:sig-abo@gmx.de). Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.**

An dieser Nummer haben mitgewirkt:

Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland)  
Danke an alle, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

# Attac Frankreich

## Was jetzt anliegt

**Pressemitteilung 10. Oktober 2022**

Der erste Rat der neuen Amtszeit hat die Prioritäten für den Verein festgelegt:

- > die [Entlarvung von Klimakriminellen](#) und die Aktionen "Make Amazon Pay" <https://makeamazonpay.com> ;

- > die [sofortige Besteuerung von Supergewinnen](#), die im Jahr 2022 erzielt werden;

- > die [Vereitelung der Rentenreform](#).

Die lokalen Gruppen und der Vorstand von Attac France werden im Rahmen der für diesen Zeitraum geplanten Kampagnen und Aktionen gemeinsam handeln.

Der neu gewählte Rat von Attac France trat am 8. und 9. Oktober zusammen und diskutierte den Zeitplan und die Prioritäten für den Verein zum Jahresende.

**Die Regierung Borne** hielt an ihrem Fahrplan fest, trotz einer ökologischen und sozialen Krise, deren Dringlichkeit der Sommer einmal mehr unterstrichen hat. Der Sommer war zudem geprägt von der Unverschämtheit der Milliarden und den gigantischen Gewinnen multinationaler Konzerne, die die soziale Ungerechtigkeit verschärften und von der Regierung unterstützt wurden, die ihren neoliberalen Kurs beibehielt. Nach der Sommerpause stehen auf der Tagesordnung die **Reform der Arbeitslosenversicherung und die Rentenreform** zusätzlich zu einem Haushaltsentwurf, der Steuersenkungen für Unternehmen in Höhe von 8 Milliarden Euro vorsieht. Es wird nichts getan, um den Schwierigkeiten vorzugreifen, die der Anstieg der Energiekosten mit sich bringen wird.

Attac hat bereits im Sommer eine Kampagne gestartet, um die **Klimakriminellen**, die durch die Ultrareichen und die Vorstandsvorsitzenden der multinationalen Konzerne symbolisiert werden, anzuprangern. Unsere Organisation hat bereits bewiesen, dass sie den Nagel auf den Kopf trifft, da unsere Aktionen bereits ein gewisses Echo in den Medien und der Öffentlichkeit gefunden haben. Wir werden diese Kampagne daher während der COP 27 (6.-18. November) fortsetzen und uns dabei gegen multinationale Konzerne, insbesondere Total, sowie gegen diejenigen richten, die Klimaverbrechen finanzieren, insbesondere Großbanken, die in fossile Energieträger investieren.

Einer der Höhepunkte dieser Kampagne wird sich rund um den **Black Friday** (25.-28. November) abspielen, wo Amazon im Rahmen der europaweiten Kampagne "Make Amazon Pay" ins Visier genommen wird.

Lokale Gruppen sind ebenfalls dazu aufgerufen, sich an der Mobilisierung der Bewegung "**Debt for Climate**"

(<https://debtforclimate.org/de>) zu beteiligen. Der **12. November** wird ein Höhepunkt sein, mit einer symbolisch starken Aktion, die in Paris geplant ist. In diesem Zusammenhang unterstützt Attac die Bevölkerungen, die den höchsten Preis für den Klimawandel zahlen. Wir werden in Ägypten, wo diese COP 27 stattfindet, präsent sein. Wir haben den Aufruf der [COP 27-Koalition](#) unterzeichnet, der

unterstreicht, dass der Kampf gegen den Klimawandel nicht in einem Rahmen stattfinden kann, in dem die Zivilgesellschaft unterdrückt wird.

Attac setzt seine Arbeit im Ökologischen und Sozialen Bündnis - PJC <https://alliance-ecologique-sociale.org> fort, das kürzlich eine Kampagne gestartet hat, in der eine Steuer auf Superprofite gefordert wird, die den sozialen und ökologischen Herausforderungen gerecht wird. Der jüngste Vorschlag der Europäischen Union ist in dieser Hinsicht sehr unzureichend, was unseren Wunsch nach einer Besteuerung in Frankreich und einer sofortigen Besteuerung der im Jahr 2022 erzielten Gewinne erklärt.

An der Seite der bereits mobilisierten lokalen Gruppen wird Attac France die Kämpfe gegen die Mega-Bassins, gegen die Autobahnenprojekte, gegen den Bau der geplanten Linien 17 und 18 des Grand Paris Express auf dem Plateau de Saclay und im Dreieck von Gonesse sowie gegen die Lyon-Turin-Baustelle als Symbol für Landgrabbing und unnötige und aufgezwungene Projekte unterstützen.

Schließlich hat Attac eine Arbeitsgruppe gebildet, um die **Mobilisierung gegen die künftige Rentenreform** der Regierung vorzubereiten, die sich durch die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters für die Ungerechtigkeit entscheidet. Diese Reform ist jedoch durch nichts zu rechtfertigen, außer durch die Zerstörung des umlagefinanzierten Systems und den Willen, zu privatisieren und die kapitalgedeckte Rente auszubauen.

### **Einige Hinweise der SiG-Redaktion:**

- Infos über die erwähnten Kampagnen und Mobilisierungen hier: <https://france.attac.org/>

- [Oxfam](#): In Frankreich ist das Vermögen der französischen Milliardäre von März 2020 bis Oktober 2021 um 86 % gestiegen. Mit den 236 Milliarden Euro, die sie in 19 Monaten zusätzlich erwirtschaftet haben, könnte man das Budget der öffentlichen Krankenhäuser vervierfachen oder jedem Franzosen und jeder Französin einen Scheck über 3500 Euro ausstellen. 7 Millionen Menschen benötigen Lebensmittelhilfe, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

- Die 40 ersten börsennotierten Unternehmen in Frankreich (CAC 40) haben im ersten Halbjahr 2022 72,8 Milliarden Profite gemacht – mehr denn je, s. die Untersuchung von [multinationales](#) und einen Artikel von [bastamag](#)

- [Attac Frankreich](#) hat eine 20-seitige Studie im Oktober 2022 herausgegeben: Finanzierung der ökologischen Wende (Steuern und Richtlinien der öffentlichen Finanzierung)

- Mit Hilfe des berühmt berüchtigten Paragraphen 49.3. der französischen Verfassung hat die französische Regierung am 19. Oktober 2022 den im Parlament sehr kontrovers diskutierten ersten Teils des Haushaltsplans (Einnahmen) beschlossen. Keine Besteuerung der Superprofite über die von der EU vorgesehenen Maßnahmen, weitere Steuererleichterungen ([Attac Frankreich](#), 20. Oktober)

# Frankreich - Aktionstag am 16. Oktober Höhere Preise, Klimanotstand, Renten: Wir stehen auf!

Aufruf <https://marche16octobre.fr/>

**Die Preise explodieren und die Monatsenden werden immer schwieriger.** Doch die Macron-Regierung weigert sich angesichts der hohen Lebenshaltungskosten, die Löhne zu erhöhen, die Mieten einzufrieren oder die Preise zu blockieren. Schlimmer noch, sie plant neue Angriffe auf das Rentensystem und die Arbeitslosenversicherung und organisiert die Zerstörung der öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen.

**Der Planet brennt und das Wasser wird knapp.** Aber die Regierung, die bereits wegen umweltpolitischer Untätigkeit verurteilt wurde, verfolgt eine anti-ökologische Politik, die die Zukunft unseres Ökosystems selbst gefährdet. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um den angesichts der Klimanotlage unerlässlichen Übergang zu planen, um unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und den Preisschwankungen bei Gas und Öl zu beenden.

Während die Menschen es durchmachen und der Planet leidet, **schützt Macron seine sehr wohlhabenden Freunde:** Einige Superprofiteure machen weiterhin Gewinne. Die Dividendenzahlungen an die Aktionäre erreichten in diesem Jahr einen historischen Höchststand. Die Suprareichen können weiterhin ihre höchst schmutzigen Jets und Yachten genießen: Einschränkungen betreffen sie nie. Die Steuer auf Superprofite, die in vielen europäischen Ländern eingeführt wurde, steht immer noch nicht auf der Tagesordnung!

**Diese Situation kann nicht länger andauern.**

**Wir rufen zu einem großen Marsch gegen die hohen Lebenshaltungskosten und die Untätigkeit in Sache Klima am Sonntag, den 16. Oktober, in Paris auf,** dem symbolische Initiativen am Samstag, den 15. Oktober, vorausgehen. *Diese landesweite Initiative wird sich in die Kontinuität der von Gewerkschaften und Verbänden eingeleiteten Mobilisierungen einreihen, darunter die nationalen Aktionstage am 22. und 29. September und die Klimamobilisierung am 23. September.*

**Wir werden marschieren:**

- für höhere Löhne und soziale Mindeststandards und gegen die Reform der Arbeitslosenversicherung.
- für das Einfrieren der Preise für Energie, Grundnahrungsmittel und der Mieten.
- für die sofortige Besteuerung von Superprofiten
- für massive Investitionen in die ökologische Wende, die lokale Arbeitsplätze schafft; insbesondere in den öffentlichen Nahverkehr, um ihn für alle zugänglich zu machen, in die Wärmedämmung von Wohnungen, um Rechnungen und Umweltverschmutzung zu reduzieren, in die Umstellung auf eine ökologische Landwirtschaft, um gesunde Lebensmittel für alle zugänglich zu machen, in kostengünstigere und umweltfreundliche erneuerbare Energien.
- gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters und für die Rückkehr zum Renteneintritt mit 60 Jahren
- für eine finanzielle Unterstützung der Jugendlichen ab 18 Jahren, die ihre Autonomie sichert.

Wir schlagen allen Gewerkschaften, Verbänden, politischen Organisationen und Bürgerinitiativen vor, die diese Forderungen teilen, diese gemeinsame Initiative mit uns aufzubauen.

**Unterschrieben von:** Europe Écologie-Les Verts, Ensemble !, FIDL, Gauche Démocratique et sociale (GDS), Gauche Écosocialiste, Génération·s, La France insoumise, L'Alternative, La Jeune Garde, La Voix lycéenne, Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA), Nouvelle Donne, Parti communiste français (PCF), Parti de gauche (PG), Parti ouvrier indépendant (POI), Parti socialiste, Place publique, Pour une Écologie Populaire et Sociale (PEPS), Révolution Écologique pour le Vivant (REV).

Weitere Aufrufe von 700 [Gewerkschaftsmitgliedern](#), [Verbänden](#), [Persönlichkeiten](#) (u. a. Annie Ernaux), [Jugendorganisationen](#).

[Attac Frankreich](#) rief ebenfalls dazu auf - [Pressekonferenz](#) von Vertreter\*innen von Jugendorganisationen am 12.10.

**Plakate, Videos** hier: <https://www.infocomecgt.fr/>



„Sie haben Milliarden – wir sind Millionen“  
(Gewerkschaft [Solidaires](#))

**Anmerkungen der SiG-Redaktion:**

Dieses breite Bündnis konnte deswegen zustande kommen, weil es schon *seit Jahren* in allen möglichen Bereichen viele starke soziale Bewegungen gegeben hat. Berichte hier: [Attac-AG Europa](#), aktuellere Artikel sind auch in "Sand im Getriebe" [Nr.145](#) und [Nr. 143](#) (lokale Kämpfe)

Drei Gewerkschaften (CGT, Solidaires, FSU), Umweltorganisationen (Greenpeace, Amis de la Terre), ein Bauernverband (Confédération paysanne), Oxfam und Attac Frankreich haben vor 2,5 Jahren einen „**Plan zum Ausweg aus der Krise**“ veröffentlicht (S. [SiG 137](#)) und arbeiten in dem sozial-ökologischen Bündnis <https://alliance-ecologique-sociale.org/> weiter zusammen.

[Attac Frankreich](#) unterstützt auch den Streik in den **Raffinerien**; ein [Bündnis](#) aus Gewerkschaften (CGT, Force Ouvrière, Solidaires, FSU) und Organisationen von SchülerInnen und StudentInnen hatte zu einem Aktion- und Streiktag am 18.10. für Lohnerhöhungen und das Streikrecht aufgerufen. **Auf Deutsch:** Heißer Herbst in Frankreich: Streiks in Raffinerien sowie Atom-Kraftwerken, Großdemo in Paris und Planungen für Generalstreik, [NDS](#), [Labournet](#)

# Freiheit – Gleichheit – Solidarität – die Verbände für die soziale und ökologische Gerechtigkeit (im Demonstrationenzug am 16. Oktober 2022)



## Willi Hajek

### Die Redaktion von „Sand im Getriebe“ vermisst ihn und trauert um ihn!



tie°

## Willi Hajek presente

Unser Freund und Genosse Willi Hajek ist am 3. Oktober 2022 gestorben. Sein großes Herz, seine Fähigkeit auch in den schwierigsten Auseinandersetzungen die Möglichkeiten einer anderen Welt zu entdecken sowie seine Unermüdlichkeit, dieser Welt ein menschliches Antlitz zu verleihen, vermissen wir bereits heute auf unerträgliche Weise. Das große Ziel, „alle Verhältnisse zu beseitigen, in denen der Mensch ein geknechtetes, verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ verkörperte Willi auf besondere Weise, immer darum bemüht, dass nicht ‚schnelle Siege‘ oder ‚schlaue Strategien‘ um radikale Veränderungen, sondern der Mensch im Mittelpunkt auch unserer Aktivitäten steht. Er hat uns und tie damit tief geprägt.

**„Brav gewühlt, alter Maulwurf!“**

**Nie Zuschauer, immer Teil von Bewegung,  
nie starr, sondern offen, dazuzulernend,  
nie eng, sondern das ganz Leben ergreifend,**

**so erinnern wir ihn.**

Wir trauern um ihn und danken ihm für sein Leben, seine Freundschaft. Wir denken an seine kleine Familie – an seine Frau, an seine Tochter – und an seine große Familie – Freunde und Freundinnen, Genossinnen und Genossen einer zukünftigen, besseren Welt.

tie-global

Michael Fütterer, Malte Goy, Janina Hirth, Jens Huhn, Heiner Köhnen,  
Martin Lechner, Mara Lira, Wolfgang Schaumberg, Georg Wolter,  
Bernd Schneider, Michael Clauss, Anne Scheidhauer, Arwin Qaderi  
Frankfurt, 4. Oktober 2022

Der Austausch, die Zusammenarbeit mit ihm war immer freundlich, anspornend ... und einfach. Ich schließe mich den Worten von TIE an.

Es gibt ein langes **Interview** von ihm, das biographisch und politisch zugleich ist, geführt im Rahmen einer Aufarbeitung der Arbeit der Betriebsgruppe Oppositioneller Gewerkschafter (GoG) bei Opel in Bochum, <https://de.labournet.tv/willi-hajek-und-die-gog>

Willi hat aus Marseille, wo er zuletzt lebte, viele Begegnungen zwischen deutschen und französischen Gewerkschafter\*innen organisiert. Seine Zusammenarbeit mit der Kolleg\*innen der Union Syndicale Solidaires (SUD), SUD-Rail, Rail Sans Frontière, mit den Gilets Jaunes in Südfrankreich hat ihn für Artikel in SiG über Frankreich inspiriert (*Sand im Getriebe* [135](#), [139](#), [140](#) und [143](#)). Im von ihm herausgegebenen Buch „Gelb ist das neue Rot“ wurden die Debatten innerhalb der französischen Gewerkschaften über die Gilets Jaunes dokumentiert.

Ich hatte das Glück, mit ihm einige Vorträge über die politische Situation in Frankreich durchzuführen ([Video vom Vortrag über die Gilets Jaunes in Bremen, 5. Februar 2019; Bericht](#)). „Das Gefühl von Ungleichheit und die Forderung nach Gleichheit - das ist einer der Motoren der Bewegung: Wir sind keine Knechte!“ ([Interview](#) Gelbwesten - ein Klassenkonflikt). Zutiefst traurig

Marie-Dominique Vernhes

# Energieversorgung in Deutschland

## Christoph Butterwegge Energiekrise bekämpfen, Reichtum begrenzen!

| 12. Oktober 2022 - [...] Die relative (Einkommens-)Armut am unteren Rand der Gesellschaft droht sich in absolute, extreme oder existenzielle Armut wie Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit umzuwandeln und dringt immer mehr bis zur unteren Mitte der Gesellschaft vor. Gleichzeitig nimmt die Konzentration des Privatvermögens am oberen Rand der Gesellschaft sogar noch zu. [...] Während die verfügbaren Einkommen momentan eher stagnieren, steigen die Ausgaben wegen der inflationären Tendenzen exorbitant, und zwar auch von Menschen, die nach den entsprechenden Kriterien und statistischen Kennziffern gar nicht armutsgefährdet sind, weil ihr Einkommen deutlich über der sogenannten EU-Armutrisikoschwelle von 1.148 Euro monatlich liegt, wodurch sie ebenfalls in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Schon jetzt fragen sich viele Menschen, die bisher im bescheidenen Wohlstand gelebt haben, wie sie im Winter über die Runden kommen sollen.

### Energiekrise, Inflation und Staatsintervention

Aufgrund des Ukrainekrieges, des Kohle- und Ölembargos der EU gegenüber Russland und des Rückgangs der Gasimporte stiegen die Preise für Kraftstoffe und Haushaltsenergie im Frühjahr 2022 rasant. Verstärkt wurde die Preisexplosion durch die Weigerung der Bundesregierung, die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen, und ihre verzweifelten Bemühungen, Deutschland baldmöglichst von russischem Erdgas unabhängig zu machen. Durch die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit dem Emirat Katar, den Bau von LNG-Terminals zur Einfuhr von Fracking-Gas aus Übersee, die Reaktivierung von Kohlekraftwerken und im Notfall gar den „Streckbetrieb“ von Atomkraftwerken, die ursprünglich spätestens zum 31. Dezember 2022 abgeschaltet werden sollten, wollte man die russischen Gaslieferungen substituieren.

[...] Die von der „Kommission Gas und Wärme“ vorgeschlagene Einmalzahlung im Dezember auf Basis des Verbrauchs, welcher der Abschlagszahlung im September 2022 zugrunde gelegt wurde, begünstigt Vielverbraucher, also vermutlich eher Wohlhabende mit großen Wohnungen und Reiche mit florierenden Unternehmen. Ob in Not geratenen Bäckereien, Blumenläden und Buchhandlungen damit geholfen ist, kann man bezweifeln. Warum die Verwirklichung einer „Gas- und Wärmepreisbremse“ mit einem subventionierten Grundkontingent, das es in anderen Ländern längst gibt, bei uns bis zum 1. März 2023 dauert, ist gleichfalls unklar.

Bei den **milliardenschweren „Entlastungspaketen“**, die vom Koalitionsausschuss im Februar, im März und im September 2022 geschnürt wurden, um die finanziellen Belastungen der gestiegenen Energiekosten für private Haushalte und Wirtschaft abzufedern, standen – wie schon bei den

staatlichen Finanzhilfen für Pandemiegeschädigte – Unternehmen, Erwerbstätige und Steuerpflichtige im Vordergrund. Problematisch erscheinen Zielsetzung, Konstruktion und Verteilungswirkung solcher Maßnahmen. Sind diese so gestaltet, dass ihre Unterstützung einkommensproportional erfolgt, kommen jene Bevölkerungsgruppen zu kurz, die einer Finanzhilfe am nötigsten bedürfen. Von den meisten Entlastungen im Steuersystem profitieren wegen dessen progressiver Struktur hauptsächlich Personen mit hohen Einkommen.

Oft wird in diesem Zusammenhang vom Gießkannenprinzip gesprochen[...]. **Besser wäre eine massivere Unterstützung der Finanzschwachen als die Berücksichtigung fast sämtlicher Gesellschaftsmitglieder.** (...) Nötig wäre ein stimmiges, in sich schlüssiges und geschlossenes Konzept auf der Grundlage des **Robin-Hood-Prinzips**: Man müsste durch **Umverteilung von oben nach unten** dafür sorgen, dass **alle Menschen gut durch den Winter kommen, nicht frieren und auch nicht auf eine gesunde, abwechslungsreiche und ausgewogene Ernährung verzichten müssen.**

### Ursachen statt Symptome bekämpfen

[...] Will die Regierung die gegenüber Russland ergriffenen Sanktionen nicht auf den Prüfstand stellen, obwohl diese Maßnahmen den Armen hier mehr schaden als den Oligarchen dort, sollte ihr Handeln darauf ausgerichtet werden, die Preisbildungsmechanismen der Märkte außer Kraft zu setzen.

Nach dem Scheitern der Gasbeschaffungsumlage verwendet man öffentliche Mittel, um die Erdgasimporteure zu stabilisieren. Verluste dieser Unternehmen werden sozialisiert, nachdem ihre Gewinne lange genug privatisiert worden sind. Paradoxerweise hat sich für den Aufkauf von Unternehmen bzw. von deren börsennotierten Aktien inzwischen der Begriff „Verstaatlichung“ eingebürgert – traditionell ein Instrument der Linken, das völlig aus der Mode gekommen ist. Da sowohl Uniper wie auch RWE ihren Unternehmenssitz in Nordrhein-Westfalen haben, böte Artikel 27 Abs. 1 der Landesverfassung eine Handhabe zur Vergesellschaftung, denn es heißt dort: „*Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.*“ Leider hat bisher keine Landesregierung diesen Verfassungsartikel ernst genommen und entsprechend gehandelt.

[...] Bevor die „Zufallsgewinne“ der Stromerzeuger auf nationaler Ebene „teilweise“ abgeschöpft werden sollen, will die Bundesregierung auf entsprechende Beschlüsse der Europäischen Union warten.

## Entlastungsmaßnahmen für Finanzschwache

Zudem wären folgende Maßnahmen sinnvoll, um Personengruppen zu entlasten, die von der Inflation über Gebühr belastet werden:

- **Regelbedarfe der Grundsicherung** für Arbeitsuchende (Hartz IV), der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die früher „Regelsätze“ hießen, sowie die Leis-tungssätze der Asylbewerberleistungen sollten **armutsfest** gemacht und der inflationären Preisentwicklung in kürzeren Zeitabständen angepasst werden.
- Die **Stromkosten** müssen aus dem Regelbedarf heraus-genommen und in die Kosten der Unterkunft eingegliedert werden. Dadurch würden sie vom Jobcenter oder vom Grundsicherungs- bzw. Sozialamt übernommen und würden die Transferleistungsbezieher trotz starker Preissteigerungen nicht mehr über Gebühr belasten.
- **Strom- und Gassperren**, die mit der Menschenwürde nicht vereinbar sind, weil sie es unmöglich machen, ein nor-males Leben zu führen, müssen gesetzlich **ausgeschlossen** werden.
- **Räumungsklagen** sollten erschwert und Zwangsräu-mungen nur dann zulässig sein, wenn angemessener Ersatz-wohnraum zur Verfügung gestellt wird.

## Möglichkeiten einer solidarischen Gegenfinanzierung

Um die notwendigen Entlastungsschritte realisieren zu kön-nen, sollten **Besserverdienende und Hochvermögende mehr finanzielle Verantwortung übernehmen**. Sinnvoll

wären zwei steuerpolitische Maßnahmen, durch die sie stär-ker belastet würden:

- Einkommensstarke würden am besten durch Umwid-mung und Verdoppelung des **Solidaritätszuschlages** von 5,5 Prozent auf 11 Prozent der Steuerschuld an den Kosten der Pandemie und des Preisschubs für den Staat beteiligt. [...] Außerdem macht der Solidaritätszuschlag seinem Na-men dadurch alle Ehre, dass er auch auf die Kapitalertrags-teuer (für Zinsen und Dividenden) sowie die Körperschaft-steuer (von Kapitalgesellschaften wie AGs und GmbHs) er-hoben wird.
- Außerdem könnte eine **Vermögensabgabe** in Höhe von 10 Prozent, gestreckt auf fünf Jahre, großen Reichtum be-grenzen. Durch die in der Erbschaft- und Schenkungsteuer geltende Freibetragsregelung würde sichergestellt, dass nur Familien zu der Vermögensabgabe herangezogen werden, die über ausreichende Finanzmittel verfügen. Für den/die Steuerpflichtigen selbst wäre ein Freibetrag in Höhe von 1 Million Euro angemessen, für Ehepartner betrüge er 500.000 Euro und für jedes im Haushalt lebende Kind zu-sätzlich 400.000 Euro. Außerdem könnte beim Vermögen selbstgenutztes Wohneigentum bis zur Größe von 200 Qua-dratmetern anrechnungsfrei bleiben.
- Schließlich müssten Extraprofiten von Energiekonzernen durch eine **Übergewinnsteuer**, wie sie mehrere EU-Staaten und Großbritannien erheben, abgeschöpft werden.

Auszüge aus: [makroskop](#)

**Ch Butterwege: Die Armut der Mitte, [Telepolis](#)**

## Attac Deutschland Energie-Grundversorgung sichern und Luxusverbrauch beschränken

**Attac unterstützt das Dossier des Konzeptwerks Neue Ökonomie** - Statt eines fossilen Rollbacks mit Laufzeitverlängerung für Atomkraft und Investitionen in LNG braucht es soziale und klimagerechte Maßnahmen für einen fairen Umgang mit der Energiekrise. Wie diese aussehen können, präsentiert das Konzeptwerk Neue Ökonomie (KNOE) in ihrem aktuellen Dossier **„Energiepreise: Transformative Wege aus der Krise“**, das von Attac und anderen Organisationen unterstützt wird.

Kernelement des Dossiers ist ein Recht auf eine Energie-Grundversorgung. Diese soll mittels Preisdeckel für den Grundbedarf und progressiver Energietarife für höhere Ver-bräuche umgesetzt werden. Damit wird die Energiewende gefördert, Sicherheit für alle geschaffen und gleichzeitig Luxusverbrauch beschränkt., [...] Wir brauchen einen Fix-preis für die Grundversorgung von privaten Haushalten mit Strom und Gas. Im Gegenzug muss verschwenderisch hoher Verbrauch höher bepreist werden. Das entlastet unmittelbar, belastet Luxusverbrauch und ist gelebte Umverteilung“ sagt

dazu Carmen Junge, Mitglied in Koordinierungskreis von Attac Deutschland.

„Die Bundesregierung setzt in der aktuellen Krise auf fal-sche Lösungen wie neue Erdgasimporte und Ölbohrungen anstatt den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Gleichzeitig schlagen fossile Energiebran-chen aus der angespannten Marktlage Riesenprofite“ er-gänzt Thomas Eberhardt-Köster, ebenfalls Mitglied im Ko-ordinierungskreis.

„Wir fordern zusammen mit dem Konzeptwerk Neue Öko-nomie und anderen Organisationen die Abschöpfung von Gewinnen und ausreichende Transferleistungen für Men-schen mit geringem Einkommen. Strom- und Gasabschal-tungen müssen untersagt werden, stattdessen ist die gezielte Drosselung von nicht lebensnotwendiger Industrieprodukti-on notwendig. Über allem steht jedoch das schnelle Ende jeglicher fossiler Energien, um den Klimakollaps noch zu verhindern. Dafür wird sich Attac zusammen mit Betroffe-nen, Sozialverbänden, Gewerkschaften, sozialen und der Klimagerechtigkeitsbewegung einsetzen.“

[Quelle](#) ; [Dossier](#)

**Attac Österreich präsentiert progressive Tarife für Strom und Gas:**

Der Energie-Grundanspruch zum Download: [Energie. Garantiert. Gerecht](#)

**Attac Österreich: Wir müssen die Liberalisierung der Energiemärkte beenden [Kampagne](#)**

# Werner Horch

## Ausstieg aus dem Atomausstieg?

Die Beendigung der Nutzung von Atomkraft zur Energieerzeugung in Deutschland wurde 2011 nach der Katastrophe in Fukushima in Japan beschlossen. Nach und nach wurde die Atomkraftwerke abgeschaltet. Die letzten drei noch betriebenen Atomkraftwerke – Emsland in Niedersachsen, Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg und Isar 2 in Bayern – verlieren spätestens am 31. Dezember 2022 ihre Betriebsgenehmigung. So wurde es gesetzlich festgelegt. Mit Verweis auf die aktuelle Energiekrise und ausbleibende Gaslieferungen wird seit einigen Wochen über eine Verlängerung der Laufzeiten diskutiert. Das geht von einem sogenannten Streckbetrieb von mehreren Wochen oder Monaten bis zur Laufzeitverlängerung um mehrere Jahre. Aber wie sinnvoll und notwendig ist das und ist es überhaupt machbar?

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat in einem [„Faktenblatt: Laufzeitverlängerungen: unsicher, unrentabel, unnötig“](#) zehn Gründe angeführt, die gegen Laufzeitverlängerungen sprechen. Sie lauten:

- Das Sicherheitsrisiko steigt
- Atomkraft ist nicht krisentauglich
- Neue Brennstäbe sind nicht kurzfristig verfügbar
- Atomkraft spielt keine wesentliche Rolle für die Energieversorgung
- Kurzfristige Laufzeitverlängerungen im Winter 2022/23 – ein Nullsummenspiel
- Laufzeitverlängerung über mehrere Jahre: Rückschlag für die Energiewende
- Kosten stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen
- Abhängigkeit von Russland im Nuklearsektor
- Laufzeitverlängerungen gefährden die Atommüll-Lager-Suche
- Laufzeitverlängerungen verspielen Atomkompromiss

Zum Thema Risiko wird dargelegt, dass die letzte periodische Sicherheitsüberprüfung, die alle zehn Jahre vorgeschrieben ist, im Jahr 2009 stattfand. 2019 wurde auf die Prüfung verzichtet, weil die Kraftwerke ohnehin drei Jahre später abgeschaltet werden sollten. Sie müsste vor einem Weiterbetrieb zwingend stattfinden, doch so etwas dauert

mindestens ein Jahr. Der BUND konstatiert: „Das Sicherheitsrisiko ist seit dem Atomausstiegsbeschluss nicht kleiner geworden, sondern heute in mehrfacher Hinsicht größer als vor elf Jahren. Das liegt nicht nur daran, dass die Meiler weiter gealtert sind, sondern auch daran, dass den **Betreibern aufgrund der Laufzeitbegrenzung Abstriche bei Nachrüstungen, Reparaturen und Sicherheitsüberprüfungen gewährt** wurden.“

Weiterhin wird darauf verwiesen, dass für einen Weiterbetrieb nicht genügend Brennelemente zur Verfügung stünden. Die Betreiber hätten angesichts der vorgesehenen Abschaltung auf die Anschaffung neuer Brennelemente verzichtet, für die eine Lieferzeit von mindestens zwölf Monaten angegeben wird.

Und schließlich wird festgestellt, dass Atomkraftwerke Gas- und Kohlekraftwerke nicht ersetzen können, weil sie nach dem Grundlastprinzip funktionieren. Sie „können nicht flexibel und bedarfsgerecht gesteuert werden, um Spitzenlasten oder Schwankungen auszugleichen“.

Der BUND betrachtet Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke nicht nur als „Rückschlag für die Energiewende“, sondern auch als Hindernis für den Ausbau der Erneuerbaren“ und stellt fest: „Das Grundlast-Konzept ist überholt. Wir müssen unser Energiesystem auf eine flexible und bedarfsgerechte Nutzung umstellen. Das geht nur auf Basis von Erneuerbaren.“

### Weitere Informationen

- ▶ Studie der Diplom-Physikerin Oda Becker im Auftrag des BUND: [Risiken einer Laufzeitverlängerung](#)
- ▶ Nick Reimer: [Zehn Gründe, warum AKW-Laufzeiten nicht verlängerbar sind](#)
- ▶ Ausgestrahlt: [Energiewende retten – AKW abschalten! AKWs sind nicht die Lösung!!](#) (Flyer) / zum [Stresstest](#)

### Greenpeace-Klage gegen die EU-Taxonomie.

Die EU-Kommission hat entschieden, Investitionen in Gas- und Atomenergie mit einem grünen Label zu versehen. Ein Rechtsbruch, den Greenpeace nicht hinnehmen wird.

## Alle Dörfer Bleiben: „Ein schlechter Tag für Klimaschutz“

### Kommentar zur Einigung von Neubaur, Habeck und RWE

*4. Oktober 2022 - Zu den heute präsentierten Plänen des Kohlekonzerns RWE, von Bundeswirtschaftsminister Habeck und NRW-Wirtschaftsministerin Neubaur, das Dorf Lützerath abzureißen, weitere Braunkohlekraftwerke ans Netz zu nehmen und neue Gaskraftwerke zu bauen, kommentiert das Bündnis Alle Dörfer Bleiben:*

### Pläne brechen 1,5 Grad-Grenze

„Die Grünen kündigen den Bau neuer Gaskraftwerke, die Reaktivierung von Kohlekraftwerken und die Zerstörung

von Lützerath an und nennen das einen guten Tag für den Klimaschutz. Die Regierung behauptet mit diesen Maßnahmen den Kohleausstieg 2030 zu sichern – doch das Klima interessiert sich nicht für Jahreszahlen. Entscheidend für die Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze ist ausschließlich, dass nicht zu viel Kohle verbrannt wird. Die Regierung behauptet, viel CO<sub>2</sub> einzusparen, doch dass mit ihren Plänen immer noch 220 Millionen Tonnen mehr herausgeblasen werden, als für 1,5° erlaubt sind, erwähnen sie mit keinem Wort.“



meilenweit von diesen Versprechungen entfernt und daher für uns nicht akzeptabel! Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Unsere Hoffnung zur Einhaltung der 1,5°-Grenze liegt weiterhin in Lützerath.“

### **Bruch der Grünen mit Wissenschaft und**

**Klimabewegung** [...] Wir haben nachgerechnet und kommen auf 220 Mio. t Kohle, die über das deutsche 1,5 Grad-Budget hinaus verbrannt werden sollen. Laut einer Studie des DIW Berlin dürfen nur noch maximal 70 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> aus dem Tagebau Garzweiler II herausgeholt werden, die Regierung plant jedoch etwa 290 Millionen Tonnen. Die Entscheidung, Lützerath zu opfern, bedeutet also einen Bruch der Grünen mit der Wissenschaft und damit auch mit der Klimabewegung. Heute ist ein schlechter Tag für den Klimaschutz, von Gerechtigkeit ganz zu schweigen.“

<https://www.alle-doerfer-bleiben.de/presse/pressemitteilungen/>

### **Undemokratischer Prozess ohne wissenschaftliche Grundlage**

„Im Koalitionsvertrag von NRW wurde versprochen, dass wichtige Entscheidungen auf Grundlage von unabhängigen Gutachten und transparenten, demokratischen Prozessen getroffen werden. Der Hinterzimmerdeal mit RWE ist

## **Die Milliardäre**

**Lange Schlangen vor den Tafeln, lange Schlangen vor Louis Vuitton - [Beobachtungen in Wien](#)**

### **Oxfam-Index: Regierungen der Welt fördern Ungleichheit**

95 Prozent aller Länder froren Steuern für Wohlhabende und Konzerne ein oder senkten sie sogar – trotz Kürzungen bei Gesundheit, Bildung und sozialer Sicherung

Zahlreiche Länder haben seit Ausbruch der Corona-Pandemie durch ihre Politik zum Anstieg der Ungleichheit

beigetragen. Die meisten Regierungen haben ihren Anteil an den Ausgaben für Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung gekürzt und es gleichzeitig versäumt, die Steuern auf exzessive Gewinne und steigenden Reichtum zu erhöhen oder die Mindestlöhne anzuheben.

Das geht aus einem aktuellen Bericht hervor, den Oxfam gemeinsam mit Development Finance International (DFI) im Vorfeld der Jahrestagung von IWF und Weltbank und dem G20-Finanzminister\*innentreffen veröffentlicht.

[Pressemitteilung](#) vom 11. Oktober 2022

„Warum ist es wichtig, die europäischen Milliardäre jetzt zu untersuchen? Weil Ungleichheit auch in Europa ein dringendes Problem ist.

Mit all dem Geld in ihren Händen, haben die europäischen Milliardäre auch einen weitreichenden Einfluss auf die Wirtschaft und die Politik.

### **ENCO-Studie: [Eure Milliardäre](#)**

Wie beeinflussen die europäischen Milliardäre und Oligarchen Politik und Gesellschaft?

Diese sind die Fragen, die wir hier stellen.

Und auch: Wie kann man ihnen entgegenreten?

In diesem ENCO-Bericht geht es nicht darum, Einzelpersonen oder Familien dafür zu beschuldigen, dass sie reich sind, sondern darum den Einfluss und die Auswirkungen der übermäßigen Konzentration von Reichtum und Macht auf die Wirtschaft, auf die Umwelt und auf die Politik in ganz Europa aufzudecken.

## **Bewegungen in Europa**

### **Aufruf in Wien: Es reicht!**

#### **Gemeinsam Aufstehen gegen die Teuerung.**

Es reicht! Unser Leben wird unleistbar.

Es reicht! Unsere Zukunft steht auf dem Spiel.

Es reicht! Während wir draufzahlen, machen die Reichen und Konzerne Rekordprofite.

Unsere Grundbedürfnisse müssen sicher sein: Heizen oder Duschen dürfen kein Luxus sein, eine warme Wohnung, ein voller Kühlschrank, leistbare Pflege und ein sicheres Einkommen sind unser gutes Recht. Deshalb stehen wir gemeinsam auf: gegen die Teuerung und für eine gerechte Zukunft. **Gemeinsam fordern wir:**

- **Grundbedarf an Energie garantieren!**
- **Gutes Essen muss leistbar sein!**
- **Leistbares Wohnen sichern!**
- **Löhne, Pensionen und Sozialleistungen erhöhen!**
- **Kostenlose Öffis verwirklichen**
- **Pflege, Bildung und Versorgung sichern!**
- **Die Konzerne müssen zahlen!**

Attac Österreich unterstützt die neue Protestplattform Es Reicht! Es Reicht! wird in den kommenden Wochen zu Protesten auf der Straße aufrufen, um politischen Druck von unten aufzubauen. [mehr](#)

## Deutschland



<https://www.solidarischer-hrbst.de/>

### **Bündnis „Auf Recht bestehen“:**

**Kein Etikettenschwindel beim Bürgergeld  
Hartz IV wirklich überwinden**

**Wir fordern eine armutsfeste und repressionsfreie  
Grundsicherung!**

Im Jahr 2023: Regelsatz bei 502 statt 449 Euro; völlig unzureichend und das nicht nur angesichts der immensen Preissteigerungen in nahezu allen Bereichen. Wir fordern:  
→ **deutliche Erhöhung der Regelsätze auf mindestens 678 Euro im Monat und ihre sofortige Anpassung bei größeren Preissteigerungen.**

**Dringend erforderlich ist eine Anpassung noch in diesem Herbst – der Bedarf ist jetzt da und nicht erst im Januar!**

Die Übernahme der tatsächlichen **Wohnkosten** für zwei Jahre ist für Neuantragsteller\*innen eine vorübergehende Verbesserung. Notwendig ist die **dauerhafte Übernahme der Wohnkosten einschließlich der Heizkosten in voller Höhe für alle Beziehenden!**

Die explodierenden **Energiekosten** sollen bis zur gesetzlichen Regelung des „Bürgergeldes“ durch **vollständige Übernahme** der bis dahin entstandenen Abschläge und Nachzahlungen abgedeckt werden!

**Die Abschwächung der möglichen Sanktionen** begrüßen wir dies als einen Schritt in die richtige Richtung.

**Alle Sanktionen sollen abgeschafft werden und sämtliche Maßnahmen auf freiwilliger Basis erfolgen.**

**Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen eine Kindergrundsicherung erhalten.**

<https://www.erwerbslos.de/>

### **Attac: Nein zur Aktienrente!**

#### **Gesundheitswesen :**

**Bündnis Klinikrettung** fordert Abschaffung der Regierungskommission und ein Ende der Krankenhausschließungen

## Niederlanden

Ein Land steht Kopf - Die Niederlande leiden in besonderem Maße unter der gegenwärtigen Energiekrise und der Inflation

[Ausführlicher Bericht](#) von Gerrit Hoekman

## Großbritannien

Aktionen vom  
Gewerkschaftsverband  
TUC:

<https://www.tuc.org.uk/autumnofaction>



„(5.8.22) Am Dienstagmorgen meldete der britische Ölkonzern BP, dass er im zweiten Quartal dieses Jahres einen Gewinn von fast sieben Milliarden Pfund (8,3 Milliarden Euro) gemacht hat; es ist der höchste Profit seit 14 Jahren. Wenig später berichtete das Forschungsinstitut National Institute of Economic and Social Research, dass die Inflation in Großbritannien noch vor Jahresende elf Prozent erreichen werde – nächstes Jahr werde die Teuerung in »astronomische Höhen« klettern. Millionen der ärmsten Haushalte werden davon am stärksten getroffen werden, schreibt das Institut. Dies ist der Hintergrund, vor dem die derzeitige Streikwelle in Großbritannien zu verstehen ist: Exorbitante Profite auf der einen Seite, eine tiefe und sich verschlimmernde soziale Krise auf der anderen...“ [Artikel von Peter Stäuber vom 05.08.2022 im ND online](#)

„In den vergangenen Monaten hatten bereits Postangestellte, Journalisten und Pfleger gestreikt. Viele Branchengewerkschaften haben für die Herbstmonate weitere Arbeitskämpfe angekündigt. Derzeit lässt die Lehrgewerkschaft NAHT ihre Mitglieder befragen, welche Arbeitskampfmaßnahmen angesetzt werden sollen. In einer Stellungnahme erklärte NAHT, es werde »ein vereinbartes Programm« an Kampfmaßnahmen bis hin zu Streiks geben, um den Forderungen nach Lohnerhöhung Nachdruck zu verleihen. Laut einem Bericht der Irish News lässt erstmals in der 106jährigen Geschichte der Institution das Royal College of Nursing (RCN) die Mitglieder über mögliche Arbeitskämpfe abstimmen. RCN betonte, die 300.000 Pflegerinnen im Vereinigten Königreich seien bereit, die Arbeit niederzulegen, falls es keine Einigung in den Lohnverhandlungen gebe. Die Abstimmung läuft bis zum 2. November.“

„Streikwelle in Britannien setzt sich fort – mit u.a. British Telecom und Scot Rail im Ausstand, weitere koordinierte Streiktage geplant am 13. und 20. Oktober.“

**Weitere Berichte :** [Labournet](#)

## Spanien



**Massive Demonstration der Beschäftigten des öffentlichen Sektors am 15.10.2022 in Madrid für menschenwürdige Löhne und Renten**, gegen den Tarifvertrag der CCOO und UGT - [Labournet](#)

# Widerstand gegen die Macht der Konzerne

Nadia Magnin, Attac Schweiz

## Waterpreneurs und Co: Die neuen Wasserunternehmen

**In Zeiten, in der die Wasserknappheit zu einem großen globalen Problem wird, kommt es durch ein komplexes und unübersichtliches Finanzsystem zu einer ausgeprägten Kontrolle des Wassersektors. Wasser scheint unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit und der Sorge um unseren Planeten den Appetit der Finanzwelt besonders anzuregen.**

Das Hauptargument für den Einsatz des Privatsektors im Bereich der menschlichen Entwicklung ist unter anderem die Erfüllung des UN-Ziels der nachhaltigen Entwicklung Nummer 6 (1). Hiernach wird konkret argumentiert, dass die Umsetzung einiger wesentlicher Grundrechte wie der Zugang zu Wasser einen Kapital- und Investitionsbedarf in Höhe von 140 Milliarden US\$ und damit die Einbeziehung des Privatsektors in dieses Unterfangen erfordert.

Um dieses Ziel zu erreichen und der gesamten Weltbevölkerung Zugang zu Wasser zu ermöglichen, werden wir, geleitet von dieser Vision, Wasser privatisieren und es als Service wie jede andere betrachten müssen, auch um private Investoren anzuziehen. Mehr noch: Angesichts der Tatsache, dass Wasser immer knapper wird, sollte laut diesen neuen „Wasserverkäufern“ dem Wasser ein Preis zugeordnet werden, damit alle lernen, damit sparsam umzugehen.

### Wer also sind diese neuen Wasserunternehmen?

*Waterpreneurs*, eine 2015 gegründete NGO mit Sitz in Genf, versteht sich als Vermittler zwischen verschiedenen Akteuren im Wassersektor (Unternehmen, NGOs, Stiftungen ...). Die NGO bietet auch Unternehmen Beratung an, deren Aktivitäten sich direkt auf die lokale Umwelt und die Wasserversorgung auswirken.

Die Organisation *Waterpreneurs* ist unter anderem in Kenia und Australien aktiv, wo sie 2020 in Brisbane (Australien) ein internationales Wasserforum organisiert hat. Vielleicht kommt Ihnen dieser Ort bekannt vor. Denn Brisbane war eine der ersten Regionen der Welt, in der Wasser an der Börse notiert wurde. Brisbane hat außerdem eine starke Entwicklung der privaten Wassermärkte erlebt, wurde aber vor allem von verheerenden Dürren und Bränden getroffen.

Ein weiteres überraschendes Merkmal sind die engen Verbindungen zwischen den Mitbegründern von *Waterpreneurs* und dem multinationalen Schweizer Unternehmen Nestlé. Nehmen wir die drei Gründer von *Waterpreneurs*: Nicolas Lorne, Franck Barroso und Brioux Michoud. Nicolas Lorne war mehr als zehn Jahre lang bei Nestlé als strategischer Leiter auf mehreren Kontinenten tätig, während sein Kollege Franck Barroso fast neun Jahre lang als Finanzanalyst

für den blauen Riesen gearbeitet hatte. Das letzte Mitglied der Geschäftsleitung, Brioux Michoud, war als Projektleiter bei Nestlé.

Einige Unternehmen, die von *Waterpreneurs* zur Durchführung dieses großen internationalen Forums in Brisbane eingeladen wurden, lassen einen etwas ratlos zurück. *Argyle*, ein US-amerikanisches Unternehmen, das sich auf Wasserfinanzierungen spezialisiert hat, bietet z. B. einen Service für das Risikomanagement von Wasserpreisen an (Ermittlung von Risiken in Portfolios und Finanzprodukten, Analyse der Rentabilität von Investitionen, Investitionsentscheidungen usw.). Das kalifornische Unternehmen *Aqaix* möchte seinerseits Finanzinstrumente fördern, die an der *Wall Street* genutzt werden, um die Renditen von Investitionen im Wassersektor zu steigern, die Nutzung grüner Anleihen zu fördern und den Erwerb von Wasserpapieren, die man kaufen und verkaufen kann, zu erleichtern. Es scheint, der Wassersektor würde die Förderung dieser neuen grünen Finanzwirtschaft ermöglichen. Die Absicht dieser neuen Wasserunternehmen besteht auch darin, ihre Aktivitäten im Bereich der Wasserversorgung und -entsorgung an die Börse zu bringen.(2)

*Waterpreneurs* ist offenbar auch in einigen afrikanischen Ländern präsent, wo die NGO verschiedene Unternehmen aus dem Bereich der Wasserversorgung und -entsorgung miteinander verbindet, wie z. B. in Kenia, einem Land, in dem Wasser knapp ist und das unter zahlreichen Dürreperioden leidet. Die öffentliche Wasserversorgung ist praktisch nicht vorhanden. Die Wasserpreise steigen tendenziell, wenn das Wasser knapp wird.

### Investitionen im Dienste des Gemeinwohls

In den letzten Jahren haben sich viele NGOs mit Investmentfonds oder Stiftungen großer multinationaler Konzerne wie Véolia, Danone oder Suez zusammengetan. Ein Beispiel: Die französische NGO *1001fontaines* ging eine Partnerschaft mit der UBERIS Capital Group, einem asiatischen Investmentfonds, ein, um Finanzmittel zu erhalten und ihre Finanzgeschäfte im Wassersektor auszuweiten.

Das Ziel dieser Investmentfirmen ist es, kostenpflichtige Geschäftsmodelle für die Abwasserentsorgung und Wasserversorgung in abgelegenen Gebieten zu entwickeln. Es werden auch Marktstudien (SWE-Studie) zum Wassersektor in Ländern mit niedrigem Einkommen (Afrika, Asien, Lateinamerika) durchgeführt, die nach Angaben des World Resources Institute (WRI) einen potenziellen Gewinn von 20 Milliarden US-Dollar bedeuten. Die Marktstudie berichtet

auch, dass es rentabler ist, in städtische Randgebiete zu investieren, im Gegensatz zu ländlichen Gebieten, wo sich der Zugang zu Wasser einfacher gestaltet und die lokale Bevölkerung weniger bereit ist, für „verbessertes“ Trinkwasser zu bezahlen. Dies gibt uns bereits Hinweise auf die Absichten dieser Investmentfonds, bei dem es offenbar nicht um die Deckung des Wasserbedarfs der Bevölkerung geht, sondern darum, sich dort niederzulassen, wo die Privatisierung besser ankommt und das Wasser zu einem höheren Preis verkauft werden kann. Und, lassen wir uns nicht täuschen, die von diesen großen Finanzbüros durchgeführten Marktstudien dienen in Wirklichkeit nur einem Zweck – die Rentabilität der geplanten Aktivitäten genau zu kennen.

### **Verlockende neue Märkte für die Großindustrie**

Darüber hinaus ist festzustellen, dass Frankreich in den letzten Jahren viel in Kenia investiert hat, insbesondere durch die ausgeprägte Präsenz von Medef im Land, dem größten Arbeitgeberverband Frankreichs. Dies ist unter anderem auf das Bestehen eines bilateralen Investitionsschutzabkommens aus dem Jahr 2010 zurückzuführen, das Investoren umfassende Sicherheiten bietet. Dies verdeutlicht die großen Chancen, welche die Wasser-, aber auch die Energie- und Transportmärkte in Ostafrika für große französische (Véolia, Suez, Danone) und ausländische Industrieunternehmen bieten.

Noch besorgniserregender ist, dass es darum gehen wird, Marktmechanismen auf das Wassermanagement anzuwenden, da Trinkwasser aufgrund seiner zunehmenden Knappheit nicht mehr als kostenloses Gut betrachtet werden kann und nun einen Preis hat. Laut diesen Unternehmen, die auf einer grünen Welle reiten, gehen einige Regionen auch

mangelhaft mit ihren Süßwasserressourcen um und verbrauchen sie zu schnell, weshalb der subventionierte und in einigen Fällen kostenlose Zugang zu Wasser nicht dazu beiträgt, den Wasserverbrauch zu senken. Währenddessen hat eine Milliarde Menschen noch immer keinen Zugang zu Wasser ...

Vergessen wir nicht: Grüne Finanzen bleiben Spekulation und haben so direkte Auswirkungen auf die Preise von Gütern im Allgemeinen und auf Wasser im Besonderen! Wasser darf unter keinen Umständen Gegenstand von Spekulationen sein und den traditionellen Marktmechanismen unterworfen werden, die es zu einer bloßen Ware degradieren, obwohl es eine lebenswichtige natürliche Ressource für alle Menschen bleibt.

Mehr noch: Prozesse wie Kommerzialisierung und Spekulation werden weder Dürren und Brände noch die globale Erwärmung verhindern. Die Mechanismen, die die Finanzwelt bestimmen, bleiben hingegen unverändert: Die Spekulation passt sich der Nachfrage nach einem Gut oder einer Dienstleistung an, was direkte Auswirkungen auf den Preis hat. Darüber hinaus wird der Charakter von Wasser als lebenswichtige Ressource natürlich nicht berücksichtigt und andere Akteure können in den Markt eingreifen und auf den Preis der Güter spekulieren. Um diesen Mechanismus zu verdeutlichen: Die Versteigerung von Wasser in Australien hat 2019 durch diese zahlreichen „Wasserhändler“, deren Aufgabe es ist, die Portfolios der Wassermärkte zu verwalten, in den am stärksten von der Dürre betroffenen Regionen zu einer Verzehnfachung des Wasserpreises geführt.

(1) <https://www.waterpreneurs.net/about>

(2) [Waterpreneurs, 2018](#)

Aus: Attac Schweiz, [Angles d'Attac, Nr. 8](#)

## **Oxfam**

# **Ausmaß der Wasserkrise in Zahlen**

- Etwa **3,6 Milliarden Menschen** leben heute in Gebieten, die mindestens einen Monat pro Jahr extrem wasserarm sind.
- **Rund 2,2 Milliarden Menschen weltweit haben keinen regelmäßigen Zugang zu sauberem Wasser** – das ist mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung; jeder dritte Mensch in Afrika ist davon betroffen.
- Etwa **785 Millionen davon haben nicht einmal eine Grundversorgung mit Trinkwasser.**

**Der Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht:** „Wasser und Sanitärversorgung für alle“ lautet das [sechste der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung](#) (SDGs)

### **Zwei Extreme: Überschwemmungen und Dürren**

Höhere Temperaturen und extremere, weniger vorhersehbare Wetterbedingungen werden voraussichtlich die Verfügbarkeit und Verteilung von Niederschlägen, Schneeschmel-

ze, Flussläufen und Grundwasser beeinträchtigen. Das hat extreme Auswirkungen in zwei verschiedene Richtungen:

1. **Überschwemmungen** zerstören Wasserversorgungssysteme sowie sanitäre Einrichtungen und verunreinigen dabei sichere Wasserquellen.

Das sehen wir aktuell zum Beispiel im [Südsudan](#)

2. In einigen Regionen verschärfen **Dürreperioden** die Wasserknappheit – mit schwerwiegenden Folgen für die Gesundheit und Ernährungssituation der betroffenen Menschen.

### **Grundwasser ist gefährdet**

Lokale Klimaschwankungen, immer häufiger auftretende Dürren und eine geringere Grundwasserneubildung führen in einigen Weltregionen zu einer **stetigen Verschlechterung der Qualität des Grundwassers**. Im Fall von [Gaza](#) sind zum Beispiel bereits heute 97 % des Grundwassers als für den menschlichen Gebrauch ungeeignet eingestuft.

Der durch die Klimakrise bedingte Anstieg des Meeresspiegels wird zu einer weiteren Versalzung des Grundwassers in Küstennähe führen.

### **Auswirkungen der Wasserknappheit**

- Migration: Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass **bis zum Jahr 2030 700 Millionen Menschen weltweit durch extreme Wasserknappheit vertrieben** sein könnten.

- Lebensmittelknappheit und Ernährungsunsicherheit  
In Ostafrika haben aktuell in Folge der Dürre geschätzt 24 Millionen Menschen keinen sicheren Zugang zu Nahrungsmitteln. Wasserknappheit führt auch dazu, dass Viehbestände sterben.

- Ausbruch wasserbezogener Krankheiten: Der Mangel an sauberem Wasser und Hygiene gehört immer noch zu den häufigsten Todesursachen bei Kindern unter fünf Jahren. Ohne Zugang zu sauberem Wasser, Basis-Hygieneartikeln und sanitären Einrichtungen verbreiten sich infektiöse Krankheiten besonders schnell, was zum Ausbruch von Epidemien führen kann.

- „Konfliktstoff“ Wasser: Wasserknappheit verstärkt die Konkurrenz zwischen verschiedenen „Wassernutzer\*innen“

und führt zunehmend zu innerstaatlichen Konflikten und Spannungen zwischen betroffenen Gemeinden  
- Schulbildung: Wenn Kinder, die häufig für das Wasserholen in der Familie zuständig sind, täglich lange Wege gehen müssen, um zur nächstgelegenen Wasserquelle zu gelangen, verpassen sie oft die Chance, zur Schule zu gehen. Dies betrifft besonders häufig Mädchen. 2019 hatten nur etwa 69 % der Schulen weltweit Zugang zu sauberem Wasser, und nur 66 % verfügen über sanitäre Anlagen. Besonders betroffen hiervon sind die afrikanischen Länder südlich der Sahara.

Auszüge aus: <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/wasserknappheit>

**Nordosten Syriens: Auf die Besetzung folgt die Cholera**  
Hilfsorganisationen warnen vor einer Epidemie:  
Im Norden Syriens häufen sich Cholera-Verdachtsfälle. Eine Ursache dafür ist Wassermangel - und das liegt auch an der türkischen Besetzung der Region. (Sept. 2022)  
<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/syrien-cholera-101.html>

**Thomas Rudhof-Seibert (medico)**

## **Die Klimakrise setzt Pakistan unter Wasser. Die Welt reagiert mit Ignoranz. Forderung nach Reparationen**

Im Vergleich der letzten dreißig Jahre hat der Süden des Landes in den letzten Wochen das Fünffache der üblichen Regenmenge schlucken müssen. Das Fünffache. Die Gletscher im Norden schmelzen in noch nie dagewesener Geschwindigkeit. Auch ihr Wasser sammelt sich in den vom Regen geschwollenen Flüssen. Sie fließen im Hauptstrom Indus zusammen, der sich ganz im Süden ins Meer ergießt, nahe der 30-Millionen-Metropole Karatschi.

Die Zahl der Einwohner:innen Karatschis und der anderen Städte Pakistans wird infolge der Fluten noch einmal in die Höhe schnellen: Rund 50 Millionen Menschen, heißt es, haben ihr Heim und ihre Ernten verloren, auch die Ernte mindestens des nächsten Jahres.

Pakistans Platz in der Konkurrenz der südasiatischen Textil-länder hängt an dem „Standortvorteil“, landeseigene Baumwolle verarbeiten zu können. Die gibt es nicht mehr und wird es auch im nächsten Jahr nicht geben. Deshalb werden in den Städten Fabriken schließen und ihre Arbeiter:innen auf die Straße setzen. Noch bevor es dazu kommt, droht vielen die Malaria. Das Hunderte von Quadratkilometer weit stehende Wasser bietet den Mücken, die den Erreger übertragen, beste Ausbreitungsbedingungen. Mit dem Fie-

ber kommt der Hunger. Hungrig, krank und obdachlos werden sie noch im Winter sein, der in Pakistan gleich nach dem Monsun Einzug hält.

Zu den dafür verantwortlichen Emissionen aber hat Pakistan weniger als ein Prozent beigetragen, trotz seiner über 220 Millionen Menschen (*SiG-Redaktion: pro Kopf 1 Tonne CO<sub>2</sub>; zum Vergleich: Deutschland 10 T*). Deshalb bittet die zuständige Ministerin Sherry Rehman nicht um internationale Hilfe. Stattdessen fordert sie von den verantwortlichen Ländern und Unternehmen Reparationszahlungen im vollen Umfang der erlittenen und der folgenden Schäden. Die pakistanische Menschenrechtskommission, sonst nicht regierungsfreundlich, stimmt der Ministerin ausdrücklich zu.

Auszüge aus : <https://www.medico.de/blog/hilfe-reparationen-18790>

**Abschottungspolitik: »Klimakrise gilt nicht als Grund für humanitären Schutz« Bundesländer schieben trotz Flutkatastrophe Menschen nach Pakistan ab.**  
Ein Gespräch mit Johanna Böhm - [jungeWelt](#)

# Initiativen in Europa gegen die Macht der Konzerne

## Ethecon-News, Oktober 2022: Konzernkritik bleibt Kämpfe- übergreifend zentral relevant

ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie deckt seit 18 Jahren Konzernverbrechen auf, trägt sie in die Öffentlichkeit und organisiert bzw. unterstützt nach Kräften den Widerstand. **Wir nennen die Akteure beim Namen.** So haben wir z.B. RWE-Chef Markus Krebber und seine Großaktionär\*innen mit [dem Internationalen ethecon Dead Planet Award](#) an den Pranger gestellt. Sie sind die maßgeblich Verantwortlichen für die Zerstörung der Umwelt und des Klimas und dafür, dass Deutschland seine 1,5-Grad Ziele aufgibt.

<https://www.ethecon.org/>



## Transform! The EU-Recovery and Resilience Programms after COVID-19

This [eDossier](#) summarises studies from all parts of Europe that aim to analyse how the discussions on the return of austerity policies are being conducted and whether a care society, a climate policy is in the discourse in the respective countries.

And last but not least, which left alternatives to the hegemonic state projects have been developed.

## Vernetzungen in Europa

**Dokumentation** über die  
**Europäische Sommeruniversität ESU**  
(August 2022 in Mönchengladbach):  
<https://www.esu22.eu/dokumentation>

## Athen, 21.- 23. Oktober 2022: European Forum [Aufruf](#) For peace, social and climate justice, global human security

The European Forum of Left, Green and Progressive Forces (EuropeanForumLGP) is one of the main political spaces of pluralist exchange for a democratic, social, ecological, feminist and peaceful transformation of Europe. <https://europeanforum.eu/programme-2022/>

Athen, 2. - 6. November 2022  
<https://housingnotprofit.org/eac-meeting-in-athens-2-6-november/>

## Florenz, 10. - 13. November 2022 <https://2022firenze.eu/>

Im kommenden November werden es 20 Jahre sein, dass das erste Europäische Sozialforum vom 6. bis 10. November 2002 in Florenz stattfand. Die Veranstaltung war eine der größten, partizipativsten und wichtigsten Momente der europäischen und globalen altermondialistischen Bewegung.

Nur ein Jahr nach der harten staatlichen Repression in Genua und trotz der wiederholten Versuche, die Bewegung zu kriminalisieren, kam sie in Florenz noch größer, breiter und stärker an und wurde von einer offenen, unterstützenden, engagierten und mutigen Stadt empfangen. Während des ESF in Florenz haben wir die größte Demonstration, die jemals in der Welt stattgefunden hat, nämlich die gegen den Irak-Krieg am 15. Februar 2003, gefördert und ins Leben gerufen.

JETZT GEHT ES NICHT DARUM, DIE VERGANGENHEIT ZU FEIERN, SONDERN EINE ERINNERUNG WACH ZU HALTEN, DIE UNS HELFEN KANN, IN DIE ZUKUNFT ZU GEHEN.

Florenz war ein Moment großer Stärke und Konvergenz von sozialen Bewegungen und kollektiven Akteuren aus ganz Europa: ähnliche Stärke und Konvergenz sind heute notwendiger denn je, angesichts der immensen und dramatischen Herausforderungen der Gegenwart, angefangen bei der Notwendigkeit, eine **starke und geeinte Stimme für Frieden und gegen Krieg auf europäischer Ebene zu erheben.**

## Ein europäisches Treffen sozialer Bewegungen und kollektiver Akteure wird am 10., 11., 12. und 13. November 2022 in Florenz stattfinden.

Dies sollte ein Schritt vorwärts sein im Prozess des Wiederaufbaus eines Netzwerks der Kommunikation, Zusammenarbeit und möglicher Konvergenz, das in der Lage ist, den tragischen Zeiten zu begegnen, in denen wir leben: Krieg, ökologische und klimatische Krise, exponentielle Zunahme der sozialen und geschlechts-spezifischen Ungleichheiten, demokratische Krise.

Die **Überwindung der großen geografischen und thematischen Zersplitterung**, die die Mobilisierungen der letzten Jahre kennzeichnete, ist heute notwendiger denn je, und der Vorbereitungsprozess, der uns zur Veranstaltung "Florenz 2022" führen wird, kann ein wesentlicher Teil dieser Wiederverbindung werden.

Die ersten beiden Tage des Forums werden den selbstorganisierten und selbstfinanzierten Aktivitäten gewidmet sein, die von den verschiedenen nationalen und europäischen Netzwerken durchgeführt werden, auch mit dem Ziel, so viele Aktivisten wie möglich aus ganz Europa einzubeziehen und sie zu ermutigen, nach Florenz zu kommen.

# Silvia Ribeiro

## Das Geschäft mit dem Hunger

*Der Reichtum der Milliardäre des Lebensmittel- und Agrarsektors hat in den letzten zwei Jahren um 45 Prozent zugenommen*

Die Welle der Preisanstiege bei Lebensmitteln hält an und die Hungersnöte nehmen zu. Die Medien beharren darauf, dass dies eine Folge des Ukraines-Krieges ist, doch das ist nur ein kleiner Teil des Problems.

Zweifellos sind die Folgen der letzten beiden Pandemiejahre auch ein gewichtiger Faktor.

Aber keine der beiden Entwicklungen ist der eigentliche Grund für die Lebensmittelkrise. Die **Hauptursache** liegt darin, dass die agroindustrielle Kette der Nahrungsmittelerzeugung – die einen Großteil der in Supermärkten und Einzelhandelsgeschäften verkauften Lebensmittel liefert – stark von einigen wenigen transnationalen Konzernen beherrscht wird, die nicht an der Ernährung interessiert sind, sondern am Profit.

Vom Saatgut bis zu den Supermärkten, über den Getreidehandel bis hin zur Verarbeitung von Lebensmitteln und Getränken, kontrollieren vier bis zehn Unternehmen den Großteil des Weltmarktes in jedem Glied der Kette. Hinzu kommt, dass die großen Technologiekonzerne und Investmentmanager in den Agrar- und Lebensmittelmarkt eingestiegen sind.

### Preiskrise, nicht Lebensmittelknappheit

Wie die internationale **Nichtregierungsorganisation Grain analysiert**, sind wir mit einer Preiskrise konfrontiert, nicht mit einer Lebensmittelknappheit. In erster Linie ist sie der Finanzspekulation derer geschuldet, die die industrielle Nahrungsmittelkette kontrollieren, nicht dem Mangel an Produktion oder Beständen.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zeigt in ihrem globalen Preisindex, dass die Preise für Lebensmittel auf dem höchsten Stand seit Beginn der FAO-Aufzeichnungen 1990 sind. Im Jahr 2022 übertraf der Preisanstieg sogar noch den Höhepunkt der Lebensmittelkrise von 2007/2008.

Allerdings zeigen die Grafiken der FAO laut Grain, dass die Produktion und die Vorräte an gelagerten Lebensmitteln stabil geblieben sind, mit leichten Erhöhungen seit 1990, während die Preise um absurd hohe Prozentsätze gestiegen sind, völlig von der Produktion und den Beständen abgekoppelt. Das trifft auch auf Weizen zu, eine der Getreidesorten, von der gesagt wird, sie sei maßgeblich vom Krieg in der Ukraine betroffen. Obwohl es bis heute genug Vorräte gibt, sind die ärmsten Teile der Bevölkerungen in den Ländern, die in hohem Maße von Importen aus der Ukraine und Russland abhängig sind, stark betroffen.

Der Grund ist, dass die Konzerne, die den Weizenhandel im Rest der Welt kontrollieren – das sind fast 80 Prozent der Exporte dieses Getreides – sich die Lage zunutzen machen und die Preise erhöht haben. Das wirkt sich besonders auf die Ärmsten in städtischen Gebieten aus, die bis zu 60 Prozent ihres Einkommens für den Kauf von Lebensmitteln aufwenden müssen.

Ein kürzlich veröffentlichter **Bericht** von Oxfam zeigt, dass der rapide Anstieg der Lebensmittelpreise mit gigantischen Gewinnen der größten Unternehmen des Nahrungsmittel-

sektors und ihrer Eigentümer zusammenfällt. Zusammen mit den Technologie-, Energie- und Pharmakonzernen sind es diese vier Sektoren, die während der Jahre der Covid-19-Pandemie am meisten profitiert haben.

Oxfam berichtet, dass der Reichtum der Milliardär:innen des Lebensmittel- und Agrarsektors in den letzten zwei Jahren um 45 Prozent gestiegen ist. Außerdem sind 62 Aktionäre dieses Sektors zur Gruppe der globalen Milliardäre hinzugekommen.

**Cargill**, der weltweit größte Getreidehändler und drittgrößter Konzern bei der industriellen Tierhaltung, erzielte im Jahr 2021 Nettoeinkünfte in Höhe von fünf Milliarden Dollar, den größten Nettogewinn seiner gesamten Geschichte. Voraussichtlich wird Cargill auch 2022 wieder Rekordgewinne erzielen.

Die **Louis Dreyfus Company (LDC)**, ebenfalls unter den sieben weltgrößten Konzernen des Getreidehandels, hat ihre Gewinne im Jahr 2021 um 82 Prozent gesteigert.

Auch **Walmart**, das umsatzstärkste Unternehmen und zugleich größter Supermarkt der Welt, verzeichnete 2021 außerordentliche Gewinne. Die Familie Walton, Hauptaktionärin des Konzerns, hat ihr Vermögen seit 2020 um 8,8 Milliarden Dollar erhöht.

Der transnationale Konzern **Nestlé**, weltgrößtes Unternehmen bei der Verarbeitung von Lebensmitteln, hat mehr als 16 Milliarden Dollar verdient, weshalb sein Nettoeinkommen im Jahr 2021 um 38,2 Prozent höher war als im Vorjahr. [...] Das agroindustrielle Nahrungsmittelsystem, das von transnationalen Oligopolen kontrolliert wird, ist die strukturelle Hauptursache für die Lebensmittelkrisen, für die Hungersnöte und auch für die Krise der Immunschwäche als Folge der Verbreitung von Junkfood und Essen mit schlechter Nährwertqualität.

### Ernährungssouveränität!

Aus dieser verhängnisvollen Spirale der Lebensmittel- und Gesundheitskrise auszubrechen, ebenso wie aus der Abhängigkeit von transnationalen Konzernen, ist dringend notwendig, gangbar und möglich.

Es erfordert den Aufbau von Ernährungssouveränität, nicht im Sinne von Isolierung und Grenzschießung, sondern so, wie es La Vía Campesina **vorschlägt**: Unter Anerkennung der Rechte und mit realer Unterstützung der kleinbäuerlichen, nachhaltigen, agrarökologischen Produktion auf lokalen und nationalen Märkten, in solidarischen und sozial verantwortungsvollen Systemen, die verhindern, dass Konzerne etwas so Unverzichtbares kontrollieren und ihren Spekulationen unterwerfen, wie das Essen für uns alle.

*Silvia Ribeiro ist eine uruguayisch-mexikanische Forscherin der Grupo de Acción sobre Erosión, Tecnología y Concentración (ETC) - Quelle: [amerika21](#)*

**SiG 145 (6/22): Wenn die Gates-Stiftung Hunger sät**  
Oxfam: **Zehn Irrtümer über die Nahrungsmittelkrise**

# Stoppen wir die Ratifizierung von CETA!

## Eine gemeinsame Erklärung der deutschen und kanadischen Zivilgesellschaft



„Der Bundesrat hat in seiner Plenarsitzung am 16. September 2022 keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ratifizierung des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten erhoben. Als nächstes berät der Bundestag. Nachdem dieser das Gesetz verabschiedet hat, befasst sich der Bundesrat dann noch einmal damit, da es der Zustimmung der Länder bedarf., [Bundesrat](#) – Eine [öffentliche Anhörung](#) fand am 12. Oktober statt, zahlreiche NGO äußerten sich kritisch bis ablehnend.

Aktuelle Infos: <https://power-shift.de/campaign/ceta-stoppen>

Freitag, 26. August 2022

Anlässlich der Kanadareise von Bundeskanzler Olaf Scholz und im

Vorfeld der angekündigten Ratifizierung des Handels- und Investitionsschutzabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA) durch den deutschen Bundestag bringen wir - Gewerkschaften, Menschenrechts-, Umwelt- und weitere gesellschaftliche Organisationen - unsere anhaltende Ablehnung gegenüber CETA zum Ausdruck;

denn CETA schützt einseitig Konzerninteressen, indem es demokratische Willensbildung untergräbt und wirksame Politik zum Schutz von Klima, Umwelt und dem Sozialen verhindert.

Während die meisten Vertragsbestandteile von CETA in Europa und Kanada seit fast fünf Jahren vorläufig angewendet werden, gilt dies nicht für die **umstrittenen Bestimmungen zum Investitionsschutz**. Diese Bestimmungen sowie die geplante Schaffung einer **Sondergerichtsbarkeit** (Investment Court System, ICS) würden ausländischen Investoren exklusiv das Privileg einräumen, Staaten vor einem privaten Schiedsgericht statt vor nationalen Gerichten zu verklagen sobald sie erwartete Profite durch Gesetzgebung beeinträchtigt sehen. Diese Sondergerichtsbarkeit für private Investoren würde nur dann geschaffen, wenn die Parlamente aller EU-Mitgliedstaaten CETA ratifizieren.

Die geplante Sondergerichtsbarkeit ICS stellt, wie jedes andere Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren (investor-state dispute settlement, ISDS) eine immense Bedrohung für die souveräne Politikgestaltung durch Parlamente dar, beispielsweise bei der Bekämpfung der Klimakrise, der Anhebung von Sozial- oder Umweltstandards. ISDS-Mechanismen wurden auch von kanadischen Unternehmen bereits mehrfach eingesetzt, um demokratisch beschlossene Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen zu untergraben. So drohte das kanadische Unternehmen Vermilion Energy mit einer milliardenschweren ISDS-Klage, um ein französisches Gesetz aus dem Jahr 2017 zu blockieren, das die Förderung fossiler Brennstoffe bis 2040 beenden sollte. [...]

Deutsche Regierungsparteien haben kürzlich angekündigt, CETA mit einer Interpretationserklärung zum Investitionsschutzkapitel ratifizieren zu wollen.

Die unterzeichnenden Organisationen aus Deutschland und Kanada verurteilen dieses Vorgehen und weisen erneut darauf hin, dass es keine Rechtfertigung für die Schaffung einer Sondergerichtsbarkeit für Investorenrechte gibt - mit

oder ohne Auslegungserklärung, welche sowieso keine oder nur geringe Auswirkungen auf zukünftige ISDS-Schiedsverfahren hätte. Die geplante vollständige Ratifizierung von CETA würde zudem die gefährlichen und einseitigen Sonderrechte für Investoren massiv ausweiten. Nicht nur kanadische und europäische Investoren wären klageberechtigt, sondern z.B. auch US-Konzerne mit Tochtergesellschaften in Kanada und in Europa.

Im krassen Gegensatz zu diesen einklagbaren Rechten sieht CETA **keinerlei Verpflichtungen für Investoren** vor.

Ebenso wenig ermöglicht das Abkommen Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden oder Gewerkschaften, Klage zu erheben, wenn ein Unternehmen gegen Umwelt-, Arbeits-, Gesundheits-, Verbraucherschutz- oder andere Vorschriften verstößt.

In einem Abkommen zwischen der EU und Kanada sind Sondergerichte für Konzerne völlig überflüssig, denn Investoren in beiden Ländern können ihre Rechte ja vor nationalen Gerichten geltend machen, so wie jeder andere auch. Es gibt keinen Grund, warum Investoren ein spezielles und exklusives Gericht für sich bräuchten - eines, das in der Vergangenheit häufig zugunsten von Konzernen und gegen Staaten entschieden hat. Dieses Schiedssystem ist in einem Abkommen unter Freunden nicht nur unnötig, sondern brandgefährlich!

Angesichts der Klima- und Energiekrise würde die vollständige Ratifizierung von CETA einer Transformation unserer Volkswirtschaften und dem Ausstieg aus fossilen Energien nur Steine in den Weg legen. Denn die Einführung von Sonderrechten für Konzerne käme vor allem den Öl-, Gas- und Rohstoffunternehmen zugute. **Wenn wir unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen schnell beenden wollen, darf die CETA- Sondergerichtsbarkeit für Investoren auf keinen Fall eingeführt werden.** [...]

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel hin zu einer Handelspolitik, die die Interessen der Menschen und des Planeten in den Vordergrund stellt. Mit der Ratifizierung von CETA würden wir uns von dieser dringend notwendigen Entwicklung weit entfernen.

**Wir fordern daher die Verantwortlichen auf, den CETA-Ratifizierungsprozess zu stoppen!** Keine Sonderrechte für Investoren! Schützen wir Menschen und das Klima, nicht die Profite von Konzernen.

Liste der unterzeichnenden Organisationen aus Kanada und Deutschland: Attac Kanada, Attac Deutschland u. v. m hier: [gerechter Welthandel](#)

# Attac Österreich

## Energiecharta-Vertrag gefährdet die Energiewende

**14.10.2022 - Klimaschutz: Spanien steigt aus Energiecharta-Vertrag aus** - Wie die zuständige Ministerin für den ökologischen Übergang, Teresa Ribera, [diese Woche mitteilte](#), wird Spanien aus dem ECT aussteigen. Laut Ribera haben die jahrelangen Versuche den Vertrag in Einklang mit den Pariser Klimazielen zu bringen, "keine Verbesserungen" gebracht. Diese Einschätzung deckt sich mit der [Analyse](#) zahlreicher Kritiker\*innen des Vertrages, inklusive Attac: Auch der neu überarbeitete Energiecharta-Vertrag wird fossilen Konzernen die Macht geben, Staaten mittels einer Paralleljustiz auf Milliarden [zu verklagen](#), wenn neue Gesetze zum Klimaschutz ihre Profite bedrohen. Der Vertrag gefährdet somit die dringend nötige Energiewende. [...] „Doch die Klimakrise lässt keine weiteren Verzögerungen zu. Auch die österreichische Regierung muss daher den Ausstieg aus diesem Klimakiller-Vertrag beschließen“, fordert Theresa Kofler von Attac Österreich.

**Immer mehr Staaten wollen aus dem ECT aussteigen:** Bereits am 6. Oktober 2022 hatte das **polnische Parlament** für den Ausstieg gestimmt. Auch **Belgien** hat angekündigt, dem reformierten Vertrag nicht zuzustimmen.

**Italien muss 250 Millionen Euro wegen Verbot von Ölbohrungen zahlen:** Ende August 2022 hat der britische Öl- und Gaskonzern Rockhopper auf Basis des ECT vor einem Schiedsgericht 250 Millionen Euro "Schadensersatz" für "entgangene Profite" von Italien [zugesprochen bekommen](#). Rockhopper wollte das Ombrina Mare Ölfeld ausbeuten, obwohl die Region immer wieder Schauplatz von heftigen Erdbeben ist. Das italienische Parlament hatte jedoch im Januar 2016 wegen des hohen Erdbebenrisikos alle Öl- und Gasaktivitäten in Küstennähe verboten. Der Konzern argumentierte in der folgenden Klage, dass ihm dadurch Investitionen und „zukünftige Profite“ verloren gehen und er deshalb entschädigt werden müsse. Investiert hatte der Konzern nur rund 40 Millionen Euro.

**Nur wechselseitiger Ausstieg schützt vor Konzernklagen** Italien ist zwar bereits 2015 aus dem ECT ausgestiegen, doch Länder können noch 20 Jahre nach einem einseitigen Ausstieg verklagt werden. Daher ist der wechselseitige Ausstieg möglichst vieler Staaten der sicherste Weg sich vor künftigen Konzernklagen zu schützen.

**Hintergrund:** Der Energiecharta-Vertrag, ECT ist ein plurilaterales Investitionsabkommen aus den 1990er Jahren, das von 53 Ländern und der EU ratifiziert ist. Angesichts seiner Unvereinbarkeit mit dem Pariser Abkommen und anderen klimapolitischen Maßnahmen hatten sich die ECT-Vertragsparteien 2018 auf eine Überarbeitung geeinigt, die vier Jahre dauerte. Am 24. Juni 2022 wurde dabei eine [vorläufige Einigung](#) erzielt.

**Die Ratifizierung ist bei der nächsten ECT Konferenz am 22. November in der Mongolei geplant.**

(1) Auch der überarbeitete ECT garantiert für mindestens zehn weitere Jahre Schutz für bestehende Investitionen in fossile

Brennstoffe. Neue Investitionen in Gaspipelines und Gaskraftwerke wären bis 2030 oder 2040 geschützt wären. Darüber hinaus wird der Geltungsbereich des Abkommens auf andere umstrittene Energietechnologien wie Wasserstoff oder Biomasse ausgeweitet. [Mehr Details in dieser Studie](#).

Aus: [Attac Österreich](#), 14.10.2022

Nach Polen und Spanien haben die Niederlande angekündigt, den Vertrag jetzt zu verlassen. [Wann endlich bezieht die Bundesregierung Position?](#) Nehmt teil an der E-Mail

Aktion: <https://power-shift.de/exit-ect/>

**Wie der Energiecharta-Vertrag einen Klimakiller künstlich am Leben erhält: ausführliche [gemeinsame Erklärung](#) von CAN, Umweltinstitut München und Powershift**

[Seite von Attac Deutschland zum ECT](#)

**Transnational Institute (TNI) : ISDS in Nigeria: Reformen des Investitionsregimes und die Gefahren eines Beitritts zum ECT**

Der Bericht von Bettina Müller, Cecilia Olivet, in Zusammenarbeit mit Public Services International (PSI) beleuchtet das nigerianische Investitionsschutzsystem und seine Folgen für eines der größten Länder Afrikas. Er weist auf die Risiken hin, die entstehen, wenn der Weg der Stärkung der Rechte von Investoren, den Staat zu verklagen, durch den Beitritt zum Vertrag über die Energiecharta fortgesetzt wird, anstatt die Rechte der Menschen auf eine gesunde Umwelt zu schützen, und plädiert für die Abschaffung aller Verträge, die ISDS beinhalten. Download: [ISDS in Nigeria: Investment Regime Reforms and the threats of joining the ECT](#)

**Bericht zu ECT-Klagen von Investoren gegen Spanien**

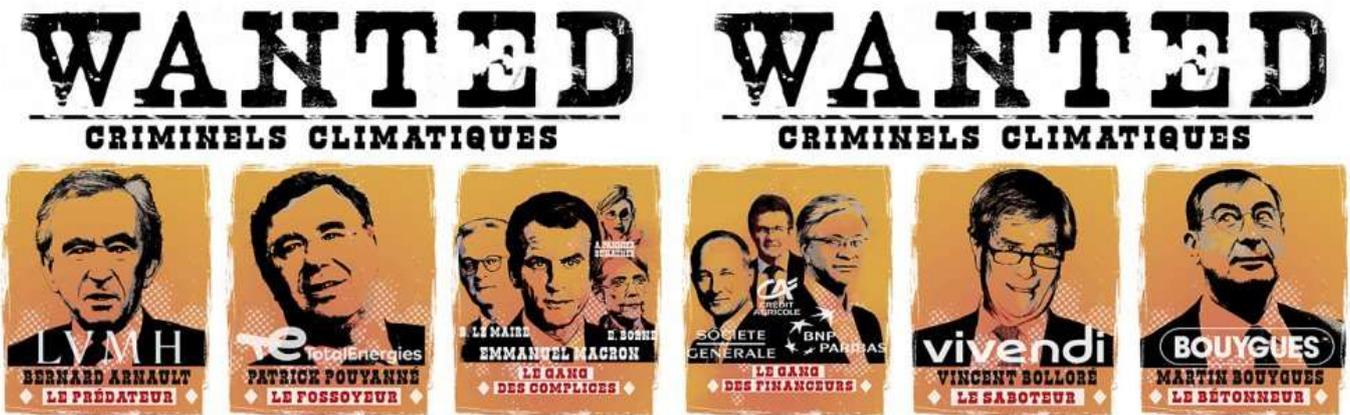
Die Hauptkenntnisse:

- Spanien ist das Land, das unter dem ECT am häufigsten verklagt wurde: Es wurde bisher 51 Mal verklagt. Von den 27 beendeten Fällen, haben die klagenden Investoren 21 gewonnen. Bei allen Klagen geht es um die Reduktion von Einspeisevergütungen bei erneuerbaren Energien.
- Bisher wurde Spanien zu Entschädigungszahlungen in Höhe von 1,2 Mrd Euro verurteilt. Dazu kommen Anwalts- und Verfahrenskosten in Höhe von über 100 Mio Euro.
- Die klagenden Investoren sind zu sehr großen Teilen Investitionsfonds und Beteiligungsgesellschaften (fast 90%) und etwa die Hälfte investiert auch in fossile Energien.
- Die gleichen Anwaltskanzleien, die Spanien jetzt im Bereich der Erneuerbaren verklagen, bewerben derzeit die Möglichkeit, auch Klagen gegen Klimamaßnahmen oder gegen Maßnahmen zur Reduzierung der Energiearmut einzuführen.

**Spanien:** Kein anderes EU-Land wurde so oft auf Basis dieses Vertrags verklagt.

Artikel aus dem [Tagesspiegel Background](#)

# Attac Frankreich Gesucht: die Klimakriminellen



<https://france.attac.org/nos-publications/affiches-tracts-expos/article/affiches-criminels-climatiques>

In diesem Sommer haben wir eine Reihe von Klimakatastrophen erlebt: Hitzewellen, extreme Dürren und Megafeuer. Wasserbeschränkungen betrafen das gesamte Land. Gewitter, Tornados und Überschwemmungen verursachten ebenfalls Schäden, die manchmal tödlich waren.

Gleichzeitig mussten wir mit Zorn mit ansehen, wie die Ultrareichen unverschämt geworden sind. Bernard Arnault (LVMH), Vincent Bolloré, Martin Bouygues, François Pinault (Kering) oder Patrick Pouyanné (Total) haben in ihren Privatjets oder Megayachten immer mehr Freizeit- oder Komfortfahrten unternommen, und mitten in der Wasserknappheit haben Ausnahmegenehmigungen die Bewässerung von Golfplätzen ermöglicht.

Während der Planet brennt, ist der Separatismus der Reichen nicht hinnehmbar. Ein Milliardär wie Bernard Arnault stößt pro Jahr [fast 9000 Tonnen CO2-Äquivalent](#) aus, was den durchschnittlichen Emissionen eines Franzosen in 1870 Jahren entspricht. Betrachtet man die Eigentumsverhältnisse von **63 französischen Milliardären** an Unternehmen, **so emittieren diese mindestens so viel CO2 wie 49% der Bevölkerung.** ([Oxfam](#)) Multinationale Konzerne wie Total machen Supergewinne und investieren mit Unterstützung der Banken weiterhin massiv in neue Projekte im Bereich der fossilen Energien.

Indem er das "Ende des Überflusses" ankündigt, fordert Emmanuel Macron die Franzosen und Französisinnen auf, den Gürtel enger zu schnallen und sparsam zu sein. Gleichzeitig weigert er sich beharrlich, gegen die Superverschmutzer und Krisenprofiteure vorzugehen. Als Präsident der Ultrareichen hat er die Steuergeschenke vervielfacht und damit die Ungleichheiten vertieft. Das Ergebnis: **Die fünf reichsten Personen Frankreichs haben ihren Reichtum seit der Covid-Krise verdoppelt und besitzen genauso viel wie die ärmsten 40% der Bevölkerung.** ([Oxfam](#)) Die Klimaverbrechen der Ultrareichen sind jedoch alles andere als anekdotisch. Sie sind ein Symbol für eine Hyperkonsumgesellschaft, einen Lebensstil, der den Planeten zerstört, und die Weigerung, zum Gemeinwohl beizutragen. Es

sind [Steuer- und Zwangsmaßnahmen](#) erforderlich, um Klimakriminelle aus dem Verkehr zu ziehen und die ökologische Wende zu finanzieren.

Während sich die Umweltkatastrophen beschleunigen, müssen wir die Klimaverbrechen der Ultrareichen und ihrer multinationalen Konzerne stoppen. Handeln wir gemeinsam: Besetzen und blockieren wir ihre Firmensitze, die Abflughallen ihrer Privatjets, die Anlegestellen ihrer Yachten, die Greens ihrer Golfplätze... - [Aufruf von attac Frankreich](#)

## Unsere [Forderungen](#) zur Entwaffnung der Klimakriminellen, 15. September 2022

[...] Die Subventionen für fossile Energieträger müssen beendet werden, indem Kerosin für Flugzeuge besteuert und die Besteuerung des Treibstoffs von Megayachten erhöht wird oder indem Flüge mit Privatjets nach dem Verursacherprinzip besteuert werden.

Um die Ultrareichen zur Sparsamkeit anzuhalten, schlagen wir vor, auf ein Verbot von Privatjets und Megayachten hinzuwirken.

Darüber hinaus erfordert der Kampf gegen den Klimawandel einen **massiven Abbau von Ungleichheiten.**

Dazu sind mehrere steuerliche Maßnahmen erforderlich:

Wiedereinführung einer Vermögenssteuer; Wiederherstellung der progressiven Besteuerung von Finanzeinkünften durch Abschaffung der Flat Tax (oder einheitlichen Pauschalsteuer); Verstärkung der Progressivität der Einkommensteuer (...); Bekämpfung der Steuerflucht (...)

Besteuerung von Superprofiten und Dividenden; einheitliche Besteuerung multinationaler Unternehmen, um künstliche Gewinnverlagerungen in Steuerparadiese zu verhindern ;

Außerdem müssen wir Banken und multinationalen Konzernen die Finanzierung von und Investitionen in klimaschädliche Projekte (vor allem im Bereich der fossilen Energien) verbieten und multinationale Konzerne mit verbindlichen Emissionsreduktionszielen regulieren.

**Aktionen: in Le Bourget gegen private Jets ,  
in Antibes gegen private Yachten**

# Klima

**Klimawandel ist nicht länger nur eine tickende Zeitbombe, sondern eine, die gerade vor unseren Augen explodiert.**

Gabriela Bucher, Generaldirektorin von Oxfam International

## Debt for climate!

Wir sind eine Graswurzel-Initiative, angeführt von Menschen aus dem Globalen Süden, die soziale Gerechtigkeits- und Klimagerechtigkeitskämpfe miteinander verbindet, indem sie die **Arbeits-, sozialen und Klima-Bewegungen des Globalen Südens und des Globalen Nordens hinter einem gemeinsamen Ziel vereint. Dieses Ziel ist die Überwindung der ‚Diplomatie der Schuldenfalle‘ durch die Entschuldung verarmter Länder, sodass diese es sich leisten können, fossile Energieträger im Boden zu lassen und eine gerechte Energiewende zu finanzieren.** [...]

### **Industriestaaten des globalen Nordens haben ökologische Schulden bei den Ländern des globalen Südens.**

Nicht nur sind sie für die meisten historischen Treibhausgasemissionen verantwortlich, auch ihre Ausbeutung und Kolonialisierung des Großteils des globalen Südens hält bis heute durch die systematische Plünderung natürlicher Ressourcen durch ihre multinationalen Konzerne an. Wissenschaftlichen Studien zufolge sind nur 100 multinationale Konzerne verantwortlich für 71% der globalen industriellen Emissionen. Ein Großteil dieser Emissionen sind die Folge aus der Ausbeutung des globalen Südens. Dies befeuert ein System des unnachhaltigen Konsums und der Verschwendung durch die privilegierte Klasse der reichen Ländern auf Kosten der zunehmenden Zerstörung und Opferung von Bevölkerungsgruppen in Ländern des globalen Südens. Diese Kolonisierung natürlicher Ressourcen weiterzuführen ist nicht vereinbar mit den Klimaversprechen, die von den

meisten Industriestaaten angenommen wurden und für die sie werben. [...] Die Länder des globalen Südens, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, sind am meisten von der Klimakrise betroffen. Dies zeigt sich bereits jetzt anhand zunehmender Dürren und Überschwemmungen, sozialer Destabilisierung und Massenmigration, die in den kommenden Jahrzehnten zu Hunderten Millionen Klimaflüchtenden führen wird.

Länder des globalen Südens sowie periphere Länder des globalen Nordens werden gleichzeitig durch massive finanzielle Schulden durch internationale Institutionen unter Kontrolle der reichsten Länder des globalen Nordens erstickt. Dazu gehören der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank oder auch der Pariser Club und weitere. Die finanzielle Erdrückung geht einher mit politischer Erdrückung, die in den Interessen der Industrieländern und ihrer Konzerne eingesetzt wird, die diese Institutionen kontrollieren.

[...] Es gibt eine globale Bewegung, die Entschädigungen für die koloniale Vergangenheit, Verluste und Einbußen sowie den Schuldenerlass von verarmten Länder verlangt - und sie wird jeden Tag größer. Besonders nach den enormen wirtschaftlichen Einbußen dieser Länder durch die Coronapandemie werden immer mehr Stimmen laut, die Schulden des globalen Südens zu streichen. [...]

<https://debtforclimate.org/de>



## Aufruf der COP Coalition Aktionstag am 12. November

[...] Die COP27 muss eine Gelegenheit sein, die globalen Klimaverhandlungen neu auszurichten und die Ungerechtigkeit, die in den bestehenden Rahmen eingebettet ist, auszumerzen. Wir müssen den freiwilligen Charakter der im Pariser Abkommen vorgesehenen Verpflichtungen, einschließlich der Emissionsreduzierungen, beenden und diese durch konkrete Verpflichtungen ersetzen, die in den Grundprinzipien der UNFCCC "gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung" verwurzelt sind. Die reicheren Länder, die mehr Verantwortung und Kapazitäten haben, müssen viel mehr tun, um ihre eigenen Emissionen zu reduzieren und den Entwicklungsländern Finanzmittel, Technologien und Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Wir fordern daher Folgendes:

### **Entkolonialisierung von Wirtschaft und Entwicklung**

Gewährleistung und Ermöglichung gerechter Übergänge, die verfahrensmäßig gerecht sind und zu Gerechtigkeit für Arbeitnehmer und betroffene Gemeinschaften führen

Ermöglichung eines gerechten Übergangs zu 100% erneuerbaren Energien durch einen fairen und gerechten Ausstieg aus fossilen Brennstoffen

Vorrang für öffentliche Gesundheit, Ernährungssouveränität, Agrarökologie und Lebensbedingungen

Die Natur wiederherstellen und die Rechte von Mutter Erde verteidigen

### **Klimaschulden zurückzahlen und Finanzmittel sichern**

Reiche Länder sollen ihre Klimaschulden zurückzahlen, indem sie ihre Emissionen auf Null reduzieren und Reparationen für die Klimaauswirkungen, einschließlich Anpassung sowie Verluste und Schäden, zahlen

Anerkennen, dass die Schuldenlast vieler Entwicklungsländer durch die zusätzlichen finanziellen Belastungen zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels noch verschlimmert wurde, und daher die finanziellen Schulden erlassen und die zugesagten Finanzmittel überweisen sollten

Unterstützung des Technologietransfers und Ausnahmeregelungen zum Schutz des geistigen Eigentums für Technologien, die zur Bewältigung der Klimakrise notwendig

sind und die dem öffentlichen Gemeinwohl und nicht der privaten Profitgier dienen sollten

### Keine falschen Lösungen

Reduzierung der Emissionen auf wirklich Null und nicht auf "Netto-Null".

Kohlenstoffmärkte, Geo-Engineering und andere falsche Lösungen stoppen

Konzerne und Eliten zur Rechenschaft ziehen

### Globale Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit schaffen

Beendigung aller durch fossile Brennstoffe verursachten Kriege und Konflikte

Gewährleistung eines sicheren und förderlichen Umfelds für die Zivilgesellschaft

Aufbau einer globalen Solidarität zwischen den Völkern als Grundlage für eine Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden

Wir stellen diese Forderungen als erste Forderungen an die COP vor. Wir wollen mit den Mitgliedern der Koalition zusammenarbeiten, um diese Forderungen für die endgültige Vorlage auf der COP27 weiterzuentwickeln. Wir erkennen auch an, dass die COP ein wichtiger strategischer Ort für Engagement ist, aber nicht der einzige. Wir sehen diese For-

derungen daher als Teil unseres umfassenderen Kampfes gegen den Klimawandel und die Ungerechtigkeit überall.

### Wer wir sind

Die COP27-Koalition ist ein afrikanischer und arabischer breiter und inklusiver Zusammenschluss von Gruppen mit dem Hauptziel, Klimagerechtigkeit und die Stimmen der am stärksten Betroffenen, insbesondere aus dem globalen Süden, auf der COP27 in den Mittelpunkt zu stellen. Zu diesem Zweck wird die Koalition zivilgesellschaftliche Lobbyarbeit und Aktionen im Vorfeld und während der COP unterstützen und die Solidarität der Bewegungen in ganz Afrika und der arabischen Welt aufbauen, um die Stärke der Bewegungen zu erhöhen. Zu den Mitgliedern der Koalition gehören Bewegungen, Netzwerke, NRO, Gewerkschaften, Kampagnen von Graswurzelbewegungen, Glaubensgruppen, Jugendaktivisten und viele andere. Wir beabsichtigen, Partnerorganisationen aus der Region und dem Kontinent einzuladen, der Koalition beizutreten, und Gruppen aus der ganzen Welt, sich der Koalition anzuschließen.

<https://www.cop27coalition.org/cop27>

**Mehr zu COP 27:**  
<https://rosalux.nyc/on-the-road-to-cop27/>

## Oxfam-Studie: Hungersnöte in Klima-Krisenherden haben sich mehr als verdoppelt Geld für humanitäre Hilfe wäre da, beispielsweise bei fossilen Energiekonzernen.

In den zehn am meisten von extremen Wetterereignissen betroffenen Klima-Krisenherden kämpfen mehr als doppelt so viele Menschen mit akutem

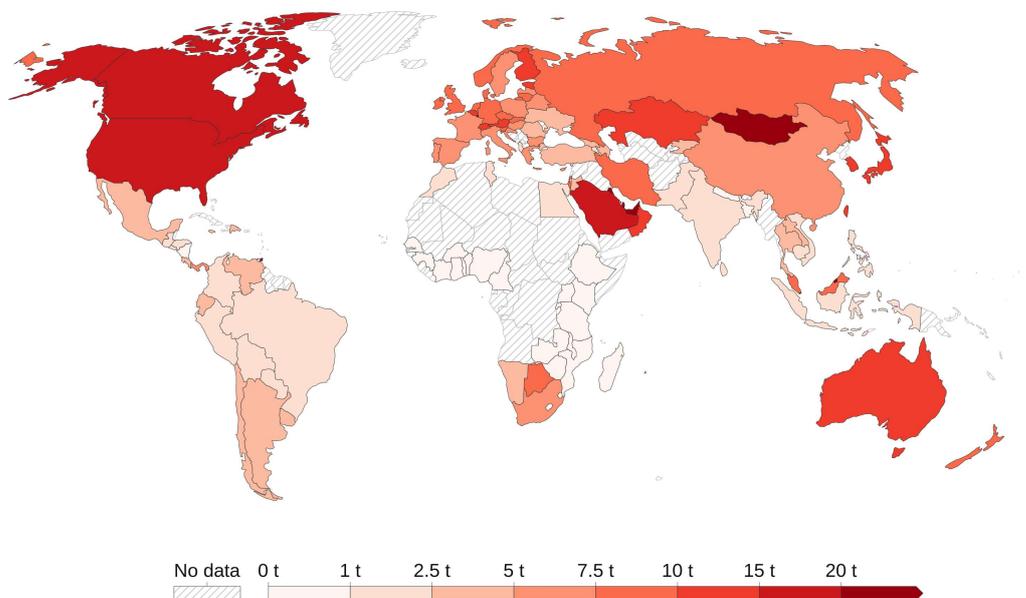
Hunger als noch vor sechs Jahren. Zugleich würde der Profit, den die fossilen Energiekonzerne innerhalb von weniger als 18 Tagen einnehmen, den

gesamten von der UN veranschlagten weltweiten Bedarf an humanitärer Hilfe in diesem Jahr decken.

[Nachricht](#) vom 16. September 2022

### Per capita consumption-based CO<sub>2</sub> emissions, 2019

Consumption-based carbon dioxide (CO<sub>2</sub>) emissions are national or regional emissions which have been adjusted for trade (i.e. territorial/production emissions minus emissions embedded in exports, plus emissions embedded in imports).



Source: Our World in Data based on the Global Carbon Project

OurWorldInData.org/co2-and-other-greenhouse-gas-emissions • CC BY

**Klimagerechtigkeit??? CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich - Interaktive Karten:**  
[Per capita consumption-based CO<sub>2</sub> emissions, 2019;](#) [How do CO<sub>2</sub> emissions compare when we adjust for trade?](#)

# Stop Excluding Military Pollution from Climate Agreements!



## Klimakiller Militär

**World BEYOND War • CODEPINK: Women for Peace • Stop the War Coalition • Extinction Rebellion Peace • Veterans For Peace • Greenpeace USA • International Peace Bureau u. v. m.**

## COP27: Stoppt den Ausschluss militärischer Umweltverschmutzung aus Klimaabkommen

*Die Regierungen müssen unsere Forderung hören, dass die militärische Verschmutzung nicht länger aus den Klimavereinbarungen ausgeschlossen werden dürfen!*

*Unsere nachstehende Petition ist unverändert gegenüber der Petition, die bei der COP26 in Glasgow, Schottland, im Jahr 2021 eingereicht wurde. Das heißt aber nicht, dass sie bisher keine Wirkung gezeigt hat.*

*Wir haben vor den Sitzungen der COP26 protestiert. Auf der COP27 sind drei offizielle Veranstaltungen zum Thema Militarismus und Klima im Rahmen der Konferenz geplant. Das ist ein Ergebnis unserer aller Bemühungen! Jetzt ist es an der Zeit, ein Handeln zu fordern. Fügen Sie der folgenden Petition Ihren Namen hinzu und verbreiten Sie sie weiter.*

**An: Teilnehmer der COP27 UN-Klimakonferenz, Sharm El-Sheikh, Ägypten, 6. bis 18. November 2022**

Infolge der Forderungen der US-Regierung in letzter Stunde während der Verhandlung des Kyoto-Abkommens von 1997, wurden die militärischen Treibhausgasemissionen von den Klimaverhandlungen ausgenommen. Diese Tradition hat sich fortgesetzt. Das Pariser Abkommen von 2015 überließ die Reduzierung der militärischen Treibhausgasemissionen dem Ermessen der einzelnen Nationen.

Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen verpflichtet die Unterzeichnerstaaten ihre jährlichen Treibhausgasemissionen zu veröffentlichen, aber die Berichterstattung über militärische Emissionen ist freiwillig und wird oft nicht berücksichtigt. Die NATO hat das Problem zwar erkannt, aber keine spezifischen Anforderungen definiert, um es zu lösen.

Es gibt keine vernünftige rechtliche Grundlage für diese klaffende Lücke. Krieg und Kriegsvorbereitungen sind große Verursacher von Treibhausgasen. Alle Treibhausgasemissionen müssen in die verbindlichen Normen zur Reduzierung der Treibhausgase einbezogen werden. Es darf keine Ausnahmen mehr für militärische Verschmutzung geben.

Wir fordern die COP27 auf, strenge Grenzwerte für Treibhausgasemissionen festzulegen, die keine Ausnahmen für das Militär vorsehen, sondern transparente Berichtsanforderungen und unabhängige Überprüfung beinhalten und sich nicht auf Systeme zum "Ausgleich" von Emissionen stützen. Auch die Treibhausgasemissionen der Militärstützpunkte eines Landes in Übersee müssen vollständig berichtet und dem Verursacher in Rechnung gestellt werden, nicht dem Land, in dem sich der Stützpunkt befindet.

Mehr dazu bei <https://worldbeyondwar.org/cop27/>

World BEYOND War ist ein globales Netzwerk von Freiwilligen und weiteren angeschlossenen Organisationen, die sich für die Abschaffung der Institution des Krieges einsetzen. Aktion Freiheit statt Angst ist seit mehr als 10 Jahren Unterstützer von World BEYOND War.

Übersetzung:

<https://www.aktion-freiheitstattangst.org/de/articles/8168-20221006-petition-an-die-un-klimakonferenz-cop27.htm>

**Mehr zu Klima und Militär:  
IPPNW: [Infoblatt Militär und Krieg](#)  
IPG-Journal: [Klimakiller Krieg](#)**

# Frieden!

## Jeffrey D. Sachs Der Ukraine-Konflikt gerät außer Kontrolle

05. Oktober 2022 - Auszüge aus [Makroskop](#) – Der ehemalige nationale Sicherheitsberater der USA, Zbigniew Brzezinski, bezeichnete die Ukraine als "geopolitischen Dreh- und Angelpunkt" Eurasiens – und sowohl für die USA als auch für Russland ist er von zentraler Bedeutung. Da Russland seine lebenswichtigen Sicherheitsinteressen in dem aktuellen Konflikt auf dem Spiel sieht, eskaliert der Krieg in der Ukraine immer mehr zu einem nuklearen Showdown.

**Sowohl die USA als auch Russland müssen dringend Zurückhaltung üben, bevor es zur Katastrophe kommt.**

[...] Die USA betrachten seit langem jedes Eindringen von Großmächten in die westliche Hemisphäre als direkte Bedrohung der amerikanischen Sicherheit. Dieses Denken geht auf die Monroe-Doktrin von 1823 zurück, in der es heißt: "Wir schulden es daher der Aufrichtigkeit und den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und diesen [europäischen] Mächten, zu erklären, dass wir jeden Versuch ihrerseits, ihr System auf irgendeinen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als gefährlich für unseren Frieden und unsere Sicherheit betrachten."

[...] Die russische Invasion im Jahr 2022 wäre wahrscheinlich abgewendet worden, wenn Biden Ende 2021 auf Putins Forderung eingegangen wäre, die NATO-Osterweiterung zu beenden. Der Krieg wäre wahrscheinlich im März 2022 beendet worden, als die Regierungen der Ukraine und Russlands den Entwurf eines Friedensabkommens auf Grundlage der ukrainischen Neutralität austauschten.

Doch hinter den Kulissen drängten die USA und das Vereinigte Königreich Selenskyj, jede Vereinbarung mit Putin abzulehnen und weiterzukämpfen. Daraufhin brach die Ukraine die Verhandlungen ab.

### Wir stehen erneut am Rande einer nuklearen Katastrophe

Russland wird nötigenfalls die Situation eskalieren lassen, möglicherweise bis hin zu Atomwaffen, um eine militärische Niederlage und die fortgesetzte Osterweiterung der NATO zu verhindern.

Die nukleare Drohkulisse ist ernstzunehmen, denn sie zeigt, wie sehr die russische Führung ihre Sicherheitsinteressen gefährdet sieht. Erschreckenderweise waren auch die USA in der Kuba-Krise zum Einsatz von Atomwaffen bereit, und ein hoher ukrainischer Beamter forderte die USA kürzlich auf, einen Atomschlag zu führen, "sobald Russland auch nur daran denkt, einen Atomschlag zu wagen" – sicherlich ein Rezept für den Dritten Weltkrieg. Wir stehen erneut am Rande einer nuklearen Katastrophe.

Präsident John F. Kennedy lernte die nukleare Gefahr während der Kuba-Krise kennen. Er entschärfte diese Krise nicht durch Willenskraft oder militärische Autorität, sondern durch Diplomatie und Kompromisse, indem er die US-Atomraketen in der Türkei abbaute und die Sowjetunion im Gegenzug ihre Atomraketen auf Kuba zurückzog. Im folgenden Jahr strebte er den Frieden mit der Sowjetunion an und unterzeichnete den Teilvertrag über das Verbot von Atomtests. Im Juni 1963 sprach Kennedy die entscheidende Wahrheit aus, die uns heute am Leben erhalten kann:

*"Vor allem müssen die Atommächte bei der Verteidigung ihrer eigenen lebenswichtigen Interessen solche Konfrontationen vermeiden, die einen Gegner vor die Wahl stellen, entweder einen demütigenden Rückzug oder einen Atomkrieg zu führen. Ein solcher Kurs im Atomzeitalter wäre nur ein Beweis für den Bankrott unserer Politik – oder für einen kollektiven Todeswunsch für die Welt."*



Die Luftwaffe der Bundeswehr übt im Rahmen des NATO-Manövers „Steadfast Noon“ erneut, wie man Atombomben aus unterirdischen Lagern an Tornado-Kampffjets anbringt und diese Bomben im Einsatzziel abwirft. Dieses Manöver findet jedes Jahr europaweit mit Beteiligung der USA und aller NATO-Staaten der „Nuklearen Teilhabe“ statt. [...] Seitdem Russland im Kontext des Ukraine-Krieges mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht hat, nimmt die Atomkriegsgefahr weiter zu. Ein Manöver in diesen kritischen Zeiten

### Atomkriegsmanöver 2022 absagen!

kann [...] infolge von Missverständnissen zu einem Atomkrieg „aus Versehen“ führen. [...] Wir setzen uns ein für ein Ende des Ukraine-Krieges und protestieren gegen Manöver, die die Gefahr der Eskalation dieses Krieges in sich tragen.

Die ca. 20 Atombomben in Büchel sollen in den nächsten Jahren ersetzt werden durch neue lenkbare Atombomben. Ein Atomkrieg wird wahrscheinlicher, denn mit „Mini-Nukes“ wird die Einsatzschwelle für Atomwaffen gesenkt. Im neuen Strategischen Konzept der NATO von 2022 wird den Atomwaffen ein besonderer Wert zugemessen und auch ein Ersteinsatz dieser Waffen nicht ausgeschlossen.

Die Bundesrepublik hat sich über das völkerrechtlich umstrittene Konstrukt der „nuklearen Teilhabe“ dem Atomkriegskurs von NATO und USA verpflichtet und ver-

folgt die wahnsinnige Idee, einen Atomkrieg regional begrenzen und „gewinnen“ zu können.

Atomkriegsübungen und atomare Hochrüstung verschlingen Unsummen, die woanders nötig gebraucht würden. [...] Bei einem Atomkrieg kann es keine Gewinner, sondern nur Verlierer geben. Es gibt eine Alternative zu der zunehmenden atomaren Konfrontation: Der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) der UNO, der im Januar 2021 in Kraft getreten ist und jegliche Verfügung über Atomwaffen von der Herstellung über Besitz und Drohung bis zum etwaigen Einsatz verbietet. [...]

Demonstrieren wir gemeinsam gegen Atomkriegsmanöver und für eine Welt ohne Atomwaffen!

<https://www.atomwaffenfrei.de>

# Ukraine-Initiative - die Waffen nieder! Verhandeln statt schießen! Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit statt Krieg!

Erklärung aus der Friedensbewegung zum Aktionstag „Solidarischer Herbst“ am 22.10.2022

Auch wir sind der Meinung, dass angesichts der Mehrfachkrise - Krieg, Energiekrise, Inflation - und deren sozialen Konsequenzen ein solidarischer Herbst dringend notwendig ist. Deshalb finden die sozialen Forderungen des Aufrufs „Solidarischer Herbst“ unsere volle Unterstützung.

**Deutschland wird jedoch immer mehr zur Kriegspartei;** nicht nur auf der Seite der Ukraine, sondern auch in einem internationalen Stellvertreterkrieg zwischen Russland einerseits und den USA und deren Juniorpartnern in der NATO andererseits. Wir sind stattdessen mit Willy Brandt der Auffassung, **dass Frieden zwar nicht alles, aber ohne Frieden alles andere nichts ist.**

Eine solidarische Politik für Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Solidarität mit dem Globalen Süden hat nur dann eine Chance, wenn die Waffen schweigen und sofort Verhandlungen zur politischen Lösung des Konflikts aufgenommen werden. Eine militärische Lösung gibt es nicht.

Acht Monate nach dem russischen Einmarsch sind alle Seiten in der Eskalationsspirale gefangen. Auf jede neue Drehung reagiert die jeweils andere nach der Devise „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Mit Rache und Bestrafen durch immer massiveren Militäreinsatz taumeln wir aber immer näher an den Abgrund einer noch viel größeren Katastrophe, als wir sie jetzt schon haben.

**Wirtschaftlich, sozial und ökologisch gibt es in Europa nur Verlierer dieser Eskalation.** Die Explosion der Energiepreise ist nicht einfach Folge des Krieges. Die Sanktionen, die der Westen als Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands verhängt hat, sind zu einem historisch beispiellosen Wirtschaftskrieg geworden, der unzählige Unbeteiligte in der ganzen Welt trifft und der seinerseits völkerrechtswidrig ist.

Auch Deutschland ist wirtschaftlich besonders stark betroffen. Das Handelsblatt Research Institute schreibt zurecht in seiner jüngsten Konjunkturprognose, „der Wirtschaftskrieg zwischen Europa und Russland drückt die deutsche Volkswirtschaft gerade in die nächste Rezession“. Und die Deutsche Bank Research schreibt: „Wenn wir in zehn Jahren auf die derzeitige Energiekrise zurückblicken, könnten wir diese Zeit als Ausgangspunkt für eine beschleunigte Deindustrialisierung in Deutschland betrachten.“ Es drohen soziale Verwerfungen, Arbeitslosigkeit und Verarmung von Millionen.

**Unterschriften:** Reiner Braun (International Peace Büro), Hugo Braun (Attac Koordinierungskreis), Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisierung Tübingen – IMI), Ralf Krämer (Sozialistische Linke), Willi van Ooyen (Friedens- & Zukunftswerkstatt Frankfurt/M.), Christof Ostheimer (Friedensaktivist in ver.di), Peter Wahl (Mitbegründer von Attac).

Flyer: [https://nie-wieder-krieg.org/wp-content/uploads/2022/10/Erklaerung\\_zum\\_22\\_10\\_22.pdf](https://nie-wieder-krieg.org/wp-content/uploads/2022/10/Erklaerung_zum_22_10_22.pdf)

Zudem sind der Ersatz der Gaslieferungen aus Russland durch Flüssiggas - zu einem großen Teil aus Fracking -, sowie die Weiternutzung von Kohle und Atomkraft auch **ökologisch schädlich.**

Die **Länder des Globalen Südens** leiden besonders unter den steigenden Preisen für Energie, Nahrungsmittel und Düngemittel, auch weil ihnen Europa das Flüssiggas von den Weltmärkten wegkauft und unbezahlbar macht.

**Die 100 Milliarden Euro teure Aufrüstung der Bundeswehr,** unter anderem zur Anschaffung atomwaffenfähiger Kampfbomber aus den USA, ist überflüssig, gefährlich und verschwendet Finanzmittel, die dringend für Investitionen zum Klimaschutz und einen sozial-ökologischen Umbau benötigt werden. Schon heute geben allein die europäischen NATO-Staaten fünfmal so viel Geld für Rüstung aus wie Russland, die USA allein mehr als zehnmals so viel.

**Die NATO ist Russland bei konventionellen Waffen militärisch weit überlegen.**

Europa und die Welt können es sich nicht leisten, dass ein jahrelanger Schieß- und Wirtschaftskrieg die ganze Welt in Krisen und Konfrontation gefangen hält. Die Lösung der großen globalen Herausforderungen – Frieden, Klimaschutz, Entwicklung – geht nur mit Entspannung, einer Politik der gemeinsamen Sicherheit und internationaler Zusammenarbeit.

**Notwendig sind daher, Aufrüstung und Wirtschaftskrieg zu beenden und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges verbunden mit Gesprächen über die Wiederaufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zu führen.**

Die Bundesregierung muss die **UN-Resolution**, die den Einmarsch Russlands verurteilt, in ihrer Gesamtheit beachten, denn sie fordert auch „*nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel.*“

**Wir fordern von der Bundesregierung:**

- **eine sofortige Verhandlungsinitiative statt Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg!**

- **Abrüsten, sozialen Schutz und Klimaschutz statt Aufrüsten!**

<https://nie-wieder-krieg.org/>

# Peter Wahl

## Verhandlungen statt Siegfrieden

Nach mehr als sechs Monaten Ukraine-Krieg mehren sich zwar die Stimmen für Verhandlungen. Doch bei den machtpolitisch wichtigsten Akteuren scheinen die Zeichen auf Fortsetzung auf ungewisse Zeit zu stehen. Washington und sein europäisches Gefolge steigern erneut die Waffenlieferungen an Kiew, der Wirtschaftskrieg nimmt immer drastischere Formen an und in den großen Medien gelten Verhandlungsangebote nicht nur als unrealistisch, sondern sogar als unmoralisch. Wenn sie überhaupt einmal in Tageschau oder FAZ & TAZ vorkommen, werden sie als [Lumpenpazifismus](#) beleidigt und mit Nazi-Vergleichen eingedeckt. „Defätisten“ wollten „einen Waffenstillstand von Putins Gnaden herbeireden,“ so die FAZ am 5. September (S. 9), ein wahrer Propagandasound aus Blut und Eisen. Die moralische Diskreditierung von Kritik am offiziellen Kurs soll einschüchtern und ist nicht völlig wirkungslos. Selbst bis in Teile der gesellschaftlichen Linken und der Friedensbewegung ist sie spürbar.

Allerdings scheint der zwischen politischer Klasse und Medien inszenierte Konsens zur Fortsetzung des Krieges in der Bevölkerung nicht so recht zu funktionieren. Eine [Studie der Friedrich Ebert Stiftung](#) kommt zu dem Ergebnis, dass die sog. Zeitenwende „Deutschland nicht in ein vollkommen anderes Land verwandelt, denn die öffentliche Meinung hält weiter an Pragmatismus und Pazifismus fest. Die Skepsis gegenüber militärischen Mitteln hat sich seit Beginn des Krieges sogar verstärkt.“ So waren bei einer Umfrage im Mai 49 Prozent der Meinung: „Das Wichtigste ist, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, auch wenn das bedeutet, dass die Ukraine die Kontrolle über Gebiete an Russland abgibt.“ Nur 19 Prozent meinen, man müsse „Russland für seine Aggression bestrafen, auch wenn dies bedeutet, dass mehr Ukrainer\*innen getötet und vertrieben werden.“

Auch nach einer [FORSA-Umfrage](#) von Ende August wollen 77 Prozent der Deutschen, dass der Westen Verhandlungen aufnimmt. Nur 32 Prozent befürworten die Lieferung schwerer Waffen, 62 Prozent sind dagegen. Bei aller Skepsis gegenüber Umfragen, es gibt zumindest eine starke Minderheit, die den offiziellen Kurs nicht mitträgt. Und das, während das Wetter noch recht mild ist und die toxische Mischung aus Krieg, Energiekrise, Inflation, Corona und sozialer Krise noch kaum spürbar.

All das zeigt, dass die Forderung nach sofortigen Verhandlungen keineswegs auf so verlorenem Posten steht, wie es an der medialen Heimatfront verkündet wird. Es gibt ein bedeutendes Potenzial, das von der Friedensbewegung und auch von 4,9-Prozent-Parteien in politischen Druck transformiert werden kann. Dafür muss man sich freilich auch offensiv mit dem bellizistischen Narrativ auseinandersetzen sowie die Überzeugungskraft der diplomatischen Alternative plastisch sichtbar machen.

### Der Tod der anderen

Die moralische Sicht auf diesen Krieg hat dabei für ihre User durchaus Vorteile, denn sie vereinfacht die Dinge sehr. Moral analysiert nicht, sondern urteilt und verurteilt. Dabei muss man mit nur zwei Variablen arbeiten: Gut und Böse. Komplexe Probleme, deren Verständnis und Lösung eine gewisse intellektuelle Anstrengung und Differenzierungsvermögen erfordern, erscheinen dann plötzlich ganz einfach. Eine Analyse der strukturellen und historischen Zusammenhänge, aus denen heraus der Krieg entstand - eigentlich eine Selbstverständlichkeit für aufgeklärtes und erst recht gesellschaftskritisches Denken - ist dann überflüssig.

Moral hat aber auch einen großen Nachteil: Sie ist unteilbar. Wer selber immer mal wieder andere Länder überfällt, wie das Deutschland 1999 im Verein mit der NATO gegen Jugoslawien tat, oder die Ukraine, die 2003 das sechstgrößte Truppenkontingent (von 36) in George W. Bushs Koalition der Willigen bei dem Krieg gegen den Irak stellte, wird moralisch unglaublich, wenn er das Böse nur bei den anderen sieht. Aus Moral wird dann Doppelmoral.

Dabei geht es nicht darum, Moral prinzipiell in Frage zu stellen. Als normative Orientierung, als Kompass für die Richtung praktischen Handelns ist sie nicht nur legitim, sondern notwendig. Allerdings lässt sie sich nicht bruchlos in Alltagspraxis übertragen, und schon gar nicht in die komplizierten Zusammenhänge der internationalen Beziehungen.

Max Weber hat versucht das Problem zu lösen, indem er zwischen *Gesinnungsethik* und *Verantwortungsethik* unterschied. Wie sinnvoll das ist, sei dahingestellt. Aber für den Krieg in der Ukraine ist den Anhänger\*innen der militärischen Lösungen weder das eine noch das andere zuzubilligen. Denn ihr Kriegsziel – sei es ein militärischer Sieg der Ukraine, oder auch nur die militärische Durchsetzung einer starken Verhandlungsposition – ist weder moralisch noch verantwortungsvoll.

Denn es ist moralisch inakzeptabel, auf unkalkulierbare Zeit eine unkalkulierbare Zahl von Menschen in den Tod zu schicken. Baerbock & Co. können sich nicht um die Frage drücken, ob sie zehntausend, fünfzigtausend, hunderttausend oder mehr tote Soldaten und Zivilisten akzeptieren, um ihr Kriegsziel zu erreichen.

Der Tod der anderen, von dem Anführer, Könige, Herrschende schon immer meinten, dass sie das Recht hätten, ihn einfordern zu können, ist moralisch verwerflich. Umgekehrt liegt hier die wichtigste moralische Legitimation für glaubwürdige Friedenspolitik. In einer wertebasierten Außenpolitik, die diesen Namen verdient, steht Frieden an erster Stelle, so wie er auch der Zentralbegriff des Völkerrechts ist. Gleiches gilt für die Menschenrechte.

In der Menschenrechtserklärung der UNO von 1948 steht an der Spitze aller Rechte nicht zufällig das Recht auf Leben.

Solidarität mit der Ukraine heißt daher zuallererst sich dafür einzusetzen, dass das Töten aufhört. Aber auch aus moralischer Verantwortung gegenüber Dritten, insbesondere gegenüber den armen Ländern, ist ein baldiger Stopp des Krieges erforderlich. Der Wirtschaftskrieg nimmt die Zunahme von Armut, Hunger und Tod im globalen Süden und die Verschärfung des Chaos‘ in der Weltwirtschaft als Kollateralschaden in Kauf. Die Verantwortung dafür liegt bei denen, die über diese Waffe verfügen. Und schließlich absorbiert der Krieg die politischen und materiellen Ressourcen für die Bekämpfung des Klimawandels, des Artensterbens und der anderen Umweltprobleme.

### Realismus?

Aber Verhandlungen seien doch völlig unrealistisch, zumindest solange nicht eine der Kriegsparteien erschöpft sei.

Dass die herrschende Propaganda ihre Interessen in ein neues TINA-Prinzip - *there is no alternative to Waffenlieferungen und Sanktionen* – einwickelt, ist normal. Aber für die Linke, deren Programmatik zu 50 Prozent aus utopischen Zukunftsvorstellung und zu 45 Prozent aus derzeit nicht erreichbaren Einzelforderungen besteht, sollte das kein Grund sein, den Gang der Geschichte als mechanisches Räderwerk zu verstehen, dessen Lauf man sich fatalistisch anpassen müsste. Zumindest Sand im Getriebe, und nicht linkes Schmiermittel für die NATO sollte man sein.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Anhänger von Waffenlieferungen mit völlig unrealistischen Spekulationen arbeiten. Russland hat seit dem 24. Februar ein Terrain von ca. 100.000 Quadratkilometern besetzt. Das entspricht fast der Fläche der Niederlande, Belgiens und der Schweiz zusammen. Nimmt man die Krim dazu, die Kiew zurückholen will, ist das ein Territorium in der Größenordnung Englands. All das gegen einen Gegner, der noch lange nicht erschöpft ist, militärisch zu erobern, und obwohl Angriff in der Regel dreimal mehr Ressourcen erfordert als Verteidigung, ist pure Illusion.

Die von Selenskij angekündigte **Großoffensive zur Rückeroberung der Großstadt Cherson** im Süden ist dann auch inzwischen zu einer Operation mit taktischer Reichweite im Gebiet Charkiw im Osten mutiert. Es handelt sich um Territorium außerhalb des Gebiets Lugansk im Donbass, und seine Eroberung gehört daher nicht zum Kern der russischen Kriegsziele. Es ist nicht das erste Mal, dass russische Truppen sich zurückziehen. Der Abzug aus der Region Kiew in der Anfangsphase des Krieges oder von der Schlangeninsel im Schwarzen Meer im Juli sind frühere Beispiele. An der strategischen Gesamtlage hat sich dadurch nichts geändert. Allerdings werden solche begrenzten Teilerfolge dann als Beleg für ukrainische Siegchancen überschätzt und erzeugen trügerische Hoffnungen, wie die Frontberichterstattung in unseren Medien dieser Tage demonstriert. Sie dient dazu, die Kampfmoral an der Heimatfront aufrecht zu erhalten

und die Forderung nach Lieferung moderner Kampfpanzer zu rechtfertigen. Am Ende würde das zu einer militärischen Eskalation führen, den Blutzoll erhöhen und Verhandlungen noch mehr erschweren.

Zudem ist die Behauptung, keine Seite wolle verhandeln, so nicht richtig. Moskau signalisiert immer mal wieder, dass es zu Verhandlungen bereit wäre, so Außenminister **Lawrow wieder am 11. September - ganz im Gegensatz zu Selenskij**. Selbst wenn man meint, dies seien nur Worte im Propagandakrieg, müsste eine Regierung mit Friedenswillen versuchen, sie auf ihre Ernsthaftigkeit zu testen. Schließlich war Moskau im Getreidedeal zu Verhandlungen bereit, ebenso wie bei der Vereinbarung mit der Internationalen Atomenergiebehörde zum AKW Saporoschje.

Doch in der EU hat anscheinend niemand die Courage, eine diplomatische Initiative zu ergreifen. Es ist bezeichnend, dass zwar Macron und Scholz noch manchmal mit Putin telefonieren, Joe Biden aber seit Beginn des Krieges kein einziges Mal zum Hörer gegriffen hat. In Moskau geht man zu recht davon aus, dass Paris und Berlin in der Sache nichts zu melden haben. Denn ein Effekt dieses Krieges ist, dass der **Traum von der strategischen Autonomie der EU vorerst ausgeträumt** ist.

Wir haben es längst mit einem „*proxy war with NATO*“, einem Stellvertreterkrieg zu tun, wie Hal Brands, Mitarbeiter im US-Außenministerium, schreibt. Sein lesenswerter Artikel trägt den Titel ***Why Superpower Crises Are a Good Thing*** (Warum Krisen zwischen Supermächten eine gute Sache sind). Darin werden die Chancen aufgezeigt, die der Krieg für Washington bietet. Tatsächlich ist die Stellvertreterdimension inzwischen der dominante Treiber des Krieges. Und das Oberkommando des westlichen Lagers sitzt in Washington. Die Internationalisierung führt allerdings dazu, dass die Komplexität des Konflikts und die damit verbundenen Risiken um Größenordnungen größer werden. Damit wird auch das Argument obsolet, wir dürften der Ukraine nicht von außen vorschreiben, was sie zu tun habe. Es gibt kein Außen mehr.

Die Kräfteverhältnisse in diesem Krieg können jedoch nicht auf die militärischen reduziert werden. Auch wenn die Sanktionen durchaus Schaden in der russischen Wirtschaft anrichten und der IWF ein **Schrumpfen des BIP um 8,5 Prozent** prognostiziert, so wird gleichzeitig **für die Ukraine ein Minus von 35 Prozent** vorausgesagt. Die sozialen Konsequenzen für die Bevölkerung sind schon jetzt dramatisch und werden in den Wintermonaten noch drastischere Formen annehmen – mit entsprechenden Auswirkungen auf die militärische Lage und die politische Stimmung. Auf Dauer machen die in solchen Situationen üblichen Phrasen der Führung von Heldentum und sicherem Endsieg nicht satt.

### Friedenspolitische Alternativen als politische Produktivkraft

Richtig ist freilich, dass diejenigen, die Verhandlungen fordern, auf die militärische und ökonomische Entwicklung

(noch) keinen Einfluss haben. Das heißt aber nicht, völlig machtlos zu sein. Ihr Terrain ist die Beeinflussung des Meinungsklimas bei uns. Verhandlungen als Alternative zum Krieg in der innenpolitischen Debatte stark zu machen, ist eine politische Produktivkraft, mit der Druck von unten, aus der Gesellschaft entstehen kann. Kräfteverhältnisse sind nicht statisch, sie können durch Eingreifen von unten verändert werden. Dabei kann man sich u.a. auf Kriegsmüdigkeit stützen, die schon immer ein Verbündeter von Friedenskräften war. So wurde der Vietnam-Krieg nicht etwa durch die militärische Schwäche der USA beendet, sondern durch den Verlust der innenpolitischen Unterstützung.

Aber auch die im engeren Sinne sicherheits- und friedenspolitischen Alternativen müssen anschaulich gemacht werden, selbst wenn sie nicht sofort realisierbar sind. Wie bei anderen Themen ist das Aufzeigen von Alternativen eine Produktivkraft, die Motivation und politisches Engagement erzeugt. Es geht zunächst darum, das Meinungsmonopol des militärischen Narrativs zu brechen.

In der Vielzahl der inzwischen vorliegenden Vorschläge zur Beendigung des Ukrainekriegs kristallisieren sich als Kern folgende Punkte heraus:

- als erstes muss ein Waffenstillstand zustande kommen;
- dazu wird es Vermittler bedürfen. In Frage kommen dafür die UNO und neutrale Staaten, ggf. in Kombination;
- der Waffenstillstand könnte Ausgangspunkt für die Bildung einer entmilitarisierten Zone werden, in der UNO-Blauhelme stationiert werden;
- die Ukraine braucht Sicherheitsgarantien. Die könnten durch Garantiemächte gewährleistet werden, am besten

durch solche, die nicht Konfliktpartei sind, wie Indien, die Türkei oder Südafrika, ggf. aber auch gemischt mit Partnern beider Seiten;

- für die russischen Interessen ist zentral, dass die Ukraine nicht zum militärischen Brückenkopf von USA/NATO vor der russischen Haustür wird;
- für die Lösung der Territorialfragen könnten nach einigen Jahren Volksabstimmungen unter internationaler Aufsicht durchgeführt werden. Modell könnte das Saarland sein, dass nach dem Krieg zehn Jahre unter französischer Verwaltung stand. 1955 entschieden sich 67,7 Prozent der Saarländer für den Beitritt zur Bundesrepublik. Die unterlegene Minderheit muss die Option zum Wechsel in das andere Land haben, flankiert durch soziale Unterstützung;
- als positive Anreize ist ein internationales Wiederaufbauprogramm für alle vom Krieg betroffenen Regionen aufzulegen, auch der unter russischer Kontrolle;
- die Sanktionen werden Zug um Zug abgebaut;
- als weiterer Anreiz für Russland werden Verhandlungen zur strategischen Rüstungskontrolle gestartet;
- als längerfristige Perspektive beginnt eine Konferenz über eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur.

So oder so ähnlich sähe die Agenda einer Friedenskonferenz aus. Sie wäre schwierig und würde mit Rückschlägen zu kämpfen haben. Und natürlich würden alle Seiten Kröten schlucken und Maximalpositionen aufgeben müssen. Das gehört nun mal zum Wesen des Kompromisses. Aber so sieht moralisch integre und zugleich realistische Politik aus.

<https://zeitschrift-luxemburg.de/autorinnen/peterwahl/>

## Florian Warweg Friedensinitiative des Präsidenten von Mexiko zur Beendigung des Ukraine-Krieges

20. September 2022 - Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador, von seinen Anhängern AMLO genannt, hat anlässlich des Unabhängigkeitstages seines Landes am 16. September eine Initiative für einen Waffenstillstand und darauffolgenden Friedensschluss zwischen der Ukraine und Russland vorgestellt. [...] „Es geht darum, dringend ein Abkommen zu suchen, um den Krieg in der Ukraine zu beenden und einen Waffenstillstand von mindestens fünf Jahren zugunsten des Friedens zwischen allen Nationen zu erreichen, um all diese Zeit der Konfrontation mit den großen und ernststen wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu widmen, die die Völker der Welt heimsuchen und quälen.“

Mit diesen Worten leitete Andrés Manuel López Obrador (AMLO) [seine Rede](#) zum 212. Jahrestag der Unabhängigkeit Mexikos von der spanischen Kolonialmacht ein. Weiter erklärte er: „Politik ist das einzige Instrument, das wir haben, um Krieg zu verhindern. Interessengruppen in Machtpositionen von Regierung und Wirtschaft streben jedoch danach, die Politik in Richtung bewaffneter Konflikte zu lenken, und sobald dieser Fehler gemacht wurde, entscheiden

*sie sich, anstatt ihn zu korrigieren, ihn zu vertiefen, unabhängig von dem Leid, dass sie der ganzen Menschheit damit zufügen. Dies war der Grund für den Krieg Russlands in der Ukraine, die daraufhin beschlossenen Sanktionen und die massiven Waffenlieferungen an das überfallene Land – Maßnahmen, die der laufenden Konfrontation eine zusätzliche Dosis Irrationalität verliehen.“*

AMLO führte dann weiter aus, dass sich die Weltgemeinschaft zunächst fragen müsste, ob ein Krieg nicht vermieden werden könne und ob die UNO und die Politiker der Großmächte nicht in ihrer Verantwortung versagt hätten, den Dialog zwischen den Parteien zu fördern, um so die Streitpunkte mit friedlichen Mitteln beizulegen. Die Wahrheit sei aber laut ihm, dass in dieser Hinsicht nichts oder nur sehr wenig getan wurde: „Die Vereinten Nationen bleiben inaktiv und wie ausgelöscht, Opfer eines Formalismus und einer politischen Ineffizienz, die sie in einer rein ornamentalen Rolle belassen.“

Noch verwerflicher sei aber laut dem Präsidenten Mexikos „das Handeln der Großmächte“. [...] „So pervers und un-

glaublich dies auch erscheinen mag, man wird den Verdacht nicht los, dass dieser Krieg von den Interessen der Kriegsindustrie angespornt wird.“

Er verurteilte anschließend „Russlands Invasion in der Ukraine“ und führte aus, dass „Mexikaner keine ausländische Intervention akzeptieren, weil wir Opfer von fünf dieser großen Katastrophen geworden sind: eine, mit mehreren Versuchen der Rückeroberung, von Spanien; zwei aus Frankreich und zwei aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Invasionen haben uns Blut, Märtyrertum und Territorium gekostet“.

Das Staatsoberhaupt verwies dann aber auf die seiner Einschätzung nach eskalierende Rolle, die die NATO-Mitgliedsstaaten in dem Konflikt einnehmen würden. Deren Maßnahmen, AMLO nannte explizit die massiven Waffenlieferungen der USA und der EU-Staaten sowie die Sanktionen, hätten nur dazu gedient, den Konflikt zu verschärfen mit gravierenden Folgen für die ganze Welt: „Mehr Leid für die Opfer, ihre Familien und Flüchtlinge, Verschärfung des Mangels an Nahrungsmitteln und Energie, Ankurbelung der globalen Inflation – alles Phänomene, die der großen Mehrheit der Völker der Welt schaden.“

Es sei jedoch nie zu spät, einen Fehler zu korrigieren, insbesondere wenn er zu einem Angriff auf menschliche, soziale und wirtschaftliche Rechte auf der ganzen Welt geworden sei. **Vor diesem skizzierten Hintergrund präsentierte er seinen Friedensplan:**

Mexikos Regierung schlägt darin vor, dass „anstelle der Fortsetzung dieses schmerzhaften und absurden Krieges“ unverzüglich ein Komitee für Dialog und Frieden gebildet wird. Als Vermittler sollen die Staatsoberhäupter Indiens und des Vatikans sowie der Generalsekretär der Vereinten Nationen agieren. Also der indische Premierminister Modi, Papst Franziskus und Generalsekretär António Guterres.

Die Friedensmission unter Leitung der genannten Vertreter soll dann unverzüglich eine Einstellung der Feindseligkeiten in der Ukraine und die Aufnahme direkter Gespräche

mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj und dem russischen Präsidenten Putin anstreben.

„Darüber hinaus sollte dieses Verhandlungs-Komitee nach unserem Vorschlag auch ein multinationales Abkommen erzielen, um einen Waffenstillstand von mindestens fünf Jahren zu vereinbaren, einstimmig angenommen im UN-Sicherheitsrat, welches auch die sofortige Aussetzung militärischer Aktionen und Provokationen sowie von Atom- und Raketentests beinhaltet. Das Abkommen würde die Verpflichtung aller Staaten begründen, Konfrontationen zu vermeiden und nicht in interne Konflikte einzugreifen“, so AMLO weiter.

[...] Der mexikanische Präsident schloss mit den Worten: „Ohne Frieden wird es kein Wirtschaftswachstum geben, geschweige denn Gerechtigkeit. Regieren sollte keine Ausübung von Hegemonie oder Herrschaft sein, sondern vor allem die Suche nach Wohlergehen für die Völker; Macht ergibt nur Sinn und wird zur Tugend, wenn sie in den Dienst anderer gestellt wird. Hoffentlich werden wir mit dieser Initiative Erfolg haben, aber egal was passiert, es wird nie umsonst sein, für Gerechtigkeit und Frieden zu kämpfen.“

[...] Obrador begann seine Präsidentschaft im Dezember 2018 als linker Hoffnungsträger. Viele seiner gesetzten innenpolitischen Ziele konnte er bisher nicht umsetzen, einige haben sich unter seiner Regentschaft sogar ins Gegenteil verkehrt, gerade was gewisse Bereiche der Sozialpolitik angeht. Doch davon unbenommen blieben bisher seine zweifelsohne positiven Akzente in der Außenpolitik. Sei es die entscheidende und vermutlich sogar [lebensrettende Unterstützung](#) zur Befreiung des gewaltsam gestürzten bolivianischen Präsidenten Evo Morales aus den Klauen der Putschisten im November 2019, der Einsatz Mexikos für die Freilassung des WikiLeaks-Gründers und Journalisten Assange, eine stärkere politische Einheit Lateinamerikas gegenüber den USA oder die beschriebene jüngste Initiative für eine diplomatische Lösung des Ukraine-Konflikts. [...]

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=88255>

**IPPNW – Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine**  
Eine [Sammlung](#) bestehender Vorschläge und möglicher Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden

**Kriegsgewinne besteuern**  
Ein Beitrag zur Debatte um Übergewinnsteuern - [RLS](#)

**Atomwaffenverbot!**  
Fünf weitere Nationen unterzeichnen und zwei ratifizieren den Vertrag über das Atomwaffenverbot - 26.9.2022, [Pressenza](#)

**Das falsche Narrativ des Westens über Russland und China**  
von Jeffrey Sachs

Die Welt steht nicht zuletzt deshalb am Rande einer nuklearen Katastrophe, weil westliche Politiker nicht imstande sind, die Ursachen der eskalierenden globalen Konflikte offen zu benennen. Das gebetsmühlenhaft wiederholte westliche Narrativ vom edlen Westen und dem bösen Russland und China ist einfältig und außerordentlich gefährlich. Es ist ein Versuch, die öffentliche Meinung zu manipulieren und sich nicht sehr realer und dringender notwendiger Diplomatie zu widmen.  
[Nachdenkseiten](#)

**Mohssen Massarrat: Der militärisch-industrielle Komplex ist die größte Bedrohung für den Weltfrieden in unserer Zeit** (2015), [SiG 117](#)

**Orientierung auf Akzeptanz**  
15.10.22 – GERMAN-FOREIGN-POLICY.com - Münchner Sicherheitskonferenz startet bundesweite Akzeptanzkampagne für die Außen- und Militärpolitik Berlins. Hintergrund: rasant steigende Kriegsgefahr und drohende Verarmung. - unter dem Motto „Zeitenwende on tour“ macht sie sich für schnelle Militarisierung und eine internationale Führungsrolle Berlins stark [Pressenza](#)

# Papst Franziskus

## Wie können wir zu einer friedlichen Zukunft beitragen?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns von dem üblichen Schema des „Rotkäppchens“ lösen: Rotkäppchen war gut, und der Wolf war der Bösewicht. Hier gibt es keine metaphysisch Guten und Bösen auf abstrakte Art und Weise. Es entsteht etwas Globales, mit Elementen, die stark miteinander verwoben sind. Ein paar Monate vor Kriegsbeginn traf ich einen Staatschef, einen weisen Mann, der sehr wenig spricht, aber sehr weise ist. Und nachdem er über die Dinge gesprochen hatte, über die er sprechen wollte, sagte er mir, dass er sehr besorgt über die Entwicklung der NATO sei. Ich fragte ihn, warum, und er sagte: „Sie bellen vor den Toren Russlands und sie verstehen nicht, dass die Russen imperial sind und keiner fremden Macht erlauben, sich ihnen zu nähern“. Er schloss mit den Worten: „Die Situation könnte zu einem Krieg führen“. Dies war seine Meinung. Am 24. Februar begann der Krieg. Dieses Staatsoberhaupt war in der Lage, die Vorzeichen dessen zu erkennen, was sich dann ereignen sollte.

Was wir sehen, ist die Brutalität und Grausamkeit, mit der dieser Krieg von den Truppen, in der Regel Söldnern, die von den Russen eingesetzt werden, geführt wird. Und die Russen ziehen es vor, Tschetschenen, Syrer und Söldner zu schicken. Aber die Gefahr ist, dass wir nur das sehen, was ungeheuerlich ist, und nicht das ganze Drama sehen, das sich hinter diesem Krieg abspielt, der vielleicht in gewisser Weise entweder provoziert oder nicht verhindert wurde. Und ich registriere das Interesse am Testen und Verkaufen von Waffen. Das ist sehr traurig, aber darum geht es ja offensichtlich.

Manch einer mag mir an dieser Stelle sagen: Aber Sie sind doch pro Putin! Nein, das bin ich nicht. So etwas zu sagen, wäre vereinfachend und falsch. Ich bin einfach dagegen, die Komplexität auf die Unterscheidung zwischen Guten und Bösen zu reduzieren, ohne über die Wurzeln und Interessen nachzudenken, die sehr komplex sind. Während wir die Grausamkeit der russischen Truppen sehen, dürfen wir die Probleme nicht vergessen, um zu versuchen, sie zu lösen.

Es stimmt auch, dass die Russen dachten, es würde in einer Woche vorbei sein. Aber sie haben sich verkalkuliert. Sie fanden ein mutiges Volk vor, ein Volk, das ums Überleben kämpft und dessen Geschichte von Kämpfen geprägt ist.

Ich muss auch hinzufügen, dass wir das, was jetzt in der Ukraine passiert, so sehen, weil es uns näher ist und unsere Sensibilität mehr berührt. Aber es gibt auch andere, weit entfernte Länder, denkt nur an einige Teile Afrikas, Nordnigeria, Nordkongo, wo der Krieg immer noch andauert und niemanden kümmert. Denkt an Ruanda vor 25 Jahren. Denkt an Myanmar und die Rohingya. Die Welt befindet sich im Krieg. Vor einigen Jahren kam ich auf die Idee zu sagen, dass wir den Dritten Weltkrieg in Stücken und Bro-

cken erleben. So ist für mich heute der Dritte Weltkrieg ausgebrochen. Und das ist etwas, das uns zu denken geben sollte. Was ist mit der Menschheit geschehen, die in einem Jahrhundert drei Weltkriege erlebt hat? [...]

Erst vor wenigen Jahren wurde der Jahrestag der Landung in der Normandie begangen. Und viele Staats- und Regierungschefs feierten den Sieg. Niemand erinnerte sich an die Tausenden jungen Menschen, die bei dieser Gelegenheit am Strand starben. [...] Letztes Jahr war ich auf dem französischen Friedhof, und die Gräber der Männer - christliche oder islamische, denn die Franzosen schickten auch solche aus Nordafrika in den Kampf - waren dort ebenfalls solche von jungen Männern von 20, 22, 24 Jahren.

Warum erzähle ich euch diese Dinge? Weil ich möchte, dass sich eure Zeitschriften mit der menschlichen Seite des Krieges befassen. Ich möchte, dass sich eure Zeitschriften mit dem menschlichen Drama des Krieges befassen. Es ist schön und gut, ein geopolitisches Kalkül anzustellen und die Dinge eingehend zu untersuchen. Ihr müsst es tun, weil es eure Aufgabe ist. Doch versucht auch, das menschliche Drama des Krieges zu vermitteln. Das menschliche Drama dieser Friedhöfe, das menschliche Drama der Strände der Normandie oder von Anzio, das menschliche Drama einer Frau, an deren Tür der Postbote klopft und die einen Brief erhält, in dem ihr gedankt wird, weil sie dem Vaterland einen Sohn geschenkt hat, der ein Held des Vaterlandes ist... und die so allein gelassen wird. Darüber nachzudenken, würde der Menschheit und der Kirche sehr helfen. Stellt eure gesellschaftspolitischen Überlegungen an, aber vernachlässigt nicht die menschliche Überlegung zum Krieg.

[...] Die Ukraine ist Experte in Sachen Sklaverei und Krieg. Es ist ein reiches Land, das immer wieder zerschnitten wurde, zerrissen durch den Willen derer, die es in Besitz nehmen wollten, um es auszubeuten. Es ist, als ob die Geschichte die Ukraine dazu prädisponiert hätte, ein heroisches Land zu sein. Dieses Heldentum zu sehen, berührt unsere Herzen. Ein Heldentum, das mit Zärtlichkeit Hand in Hand geht! Als die ersten jungen russischen Soldaten eintrafen - später schickten sie Söldner -, die zu einer „militärischen Operation“ geschickt wurden, wie sie sagten, ohne zu wissen, dass sie in den Krieg ziehen würden, waren es die ukrainischen Frauen selbst, die sich um sie kümmerten, als sie sich ergaben. Große Menschlichkeit, große Zärtlichkeit. Mutige Frauen. Tapfere Menschen. [...] Was wir vor Augen haben, ist eine Situation des Weltkriegs, der globalen Interessen, der Waffenverkäufe und der geopolitischen Vereinbarung, die ein heldenhaftes Volk zum Märtyrer macht. [...]

Aus: Papst Franziskus im Gespräch mit den europäischen Kulturzeitschriften der Jesuiten, [herder.de](https://www.herder.de)

# Ukraine - Wege zum Frieden - Den globalen Krieg verhindern!

Konferenz der Attac-AG Globalisierung und Krieg in Frankfurt/M, 23. und 24. September 2022  
Bericht von Matthias Jochheim, IPPNW und Attac



Unsere [Konferenz](#) über den Ukraine-Krieg, seine Folgen, und Wege zu seiner Überwindung fand mehr als ein halbes Jahr nach dem Einmarsch der russischen Truppen statt, zu einer Zeit fortgesetzter und ausgeweiteter Kämpfe.

Bei der Podiumsdiskussion am Freitag war in der Bewertung der aktuellen Lage zwischen dem langjährigen hohen UN-Diplomaten Michael von der Schulenburg und dem international vernetzten, erfahrenen Friedensaktivisten Reiner Braun grundsätzliche Übereinstimmung festzustellen: die Lage im Donbass ist aktuell von einer friedlichen Lösung weiter entfernt als noch vor Monaten. Die offenbar bevorstehende Annexion von Luhansk und Donezk durch die russische Föderation erhöht die Schwelle für Verhandlungen, die implizite Drohung mit nuklearer Kriegsführung zeigt die ungeheure Bedrohung, die hier über Europa liegt.

Die Tagung ließ keinen Zweifel an der schuldhaften Verantwortung der russischen Regierung, aber machte auch deutlich, wie die westlichen NATO-Regierungen, voran die USA, die Eskalation offenbar bewusst in Kauf genommen, ja befördert haben, etwa durch Waffenlieferungen. Aus seinen internationalen Verbindungen berichtete Schulenburg, weltweit äußerten die meisten, der Krieg sei Folge der US-Aggression. Putin sei weltweit nicht isoliert. So seien etwa in Asien nur Taiwan, eingeschränkt auch Süd-Korea (und darüber hinaus Australien) „pro USA“. Großer Verlierer des Krieges sei insbesondere die Ukraine, die bereits vor dem russischen Angriff - vom Einkommen der Bürger\*innen her - das ärmste Land Europas war.

Erinnert wurde an einen im Juni diesen Jahres veröffentlichten, im Vatikan erarbeiteten Plan von erfahrenen Politikern, Wissenschaftlerinnen und Diplomaten - darunter auch von der Schulenburg -, für einen Waffenstillstand und Elemente einer Friedenslösung für die Ukraine – angesichts der aktuellen Eskalation zur Zeit ohne kurzfristige Umsetzungsper-

spektive. Dabei – so Schulenburg – wäre der jetzige Stand des Krieges, durch die nach wie vor bestehende räumliche Begrenzung der Kampfhandlungen, zu nutzen. Tatsächlich redeten die Beteiligten aber nur über Waffen statt über Friedenspläne. Dazu hatten auch ausländische Akteure, etwa die britische und die US-Regierung, beigetragen. Nur in Teilbereichen konnten Ansätze zur Kooperation beobachtet werden – etwa bei der Einigung über (zeitweise) Getreideexporte aus ukrainischen Häfen, oder auch in der Vereinbarung über Gefangenenaustausch.

Reiner Braun brachte die Perspektive der Friedensbewegung ein – die Bedeutung der „sozialen Verteidigung“, d.h. gewaltloser Widerstandsformen gegen militärische Aggression. Ziel müsse sein, nicht den Krieg, sondern den Frieden zu gewinnen.

## **Aufzeichnung** **der Podiumsdiskussion am 23. September 2022**

Am zweiten Tag unserer Konferenz befassten wir uns mit den einzelnen Aspekten des Krieges,  
der Konfliktanalyse ([Video](#))  
Vorgeschichte und ökonomische Wirkungen ([Video](#))  
nukleare Drohung ([Video](#))  
Konsequenzen des Krieges und Agieren der EU, ([Video](#))

Es war, so die überwiegende Resonanz, eine gehaltvolle Tagung zu einem belastenden, äußerst brisanten Thema, zu dem eine kritikfähige Öffentlichkeit in hohem Maße nötig ist. In einer Zeit, die gesellschaftlich Zeichen der Schockstarre erkennen lässt, ist die offene Debatte wesentlich für die Überwindung der Paralyse.

[Newsletter](#) der Bundesarbeitsgruppe  
Globalisierung und Krieg,  
Oktober 2022

# Ukrainische Pazifistische Bewegung Friedensagenda für die Ukraine und die ganze Welt

Erklärung der *Ukrainischen Pazifistischen Bewegung*, angenommen auf dem Treffen am  
Internationalen Tag des Friedens am 21. September 2022



Wir, die ukrainischen Pazifist\*innen, fordern und engagieren uns für die **Beendigung des Krieges mit friedlichen Mitteln und das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen**.

Frieden, nicht Krieg, ist die Norm des menschlichen Lebens. Krieg ist ein organisierter Massenmord. **Unsere wichtigste Pflicht ist, dass wir nicht töten.** Heute, wo der moralische Kompass überall verloren geht und die selbsterstörerische Unterstützung für Krieg und Militär zunimmt, ist es besonders wichtig, dass wir den gesunden Menschenverstand bewahren, unserer gewaltfreien Lebensweise treu bleiben, Frieden schaffen und friedliebende Menschen unterstützen.

Die UN-Generalversammlung verurteilte die russische Aggression gegen die Ukraine und forderte eine sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine und betonte, dass die Konfliktparteien die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht achten müssen. Wir teilen diese Position.

**Die derzeitige Politik des Krieges** bis zum absoluten Sieg und die Missachtung der Kritik von Menschenrechtsaktivist\*innen ist **inakzeptabel** und muss sich ändern. Was wir brauchen, sind ein **Waffenstillstand, Friedensgespräche** und ernsthafte Bemühungen, die tragischen Fehler zu korrigieren, die auf beiden Seiten des Konflikts gemacht wurden. Eine Verlängerung des Krieges hat katastrophale, tödliche Folgen und zerstört weiterhin die Gesellschaft und die Umwelt nicht nur in der Ukraine, sondern in der ganzen Welt. Früher oder später werden sich die Parteien an den Verhandlungstisch setzen, und wenn nicht aufgrund ihrer rationalen

Entscheidung, dann unter dem Druck des unerträglichen Leids und der völligen Erschöpfung, die man durch die Wahl des diplomatischen Weges besser vermeiden sollte.

**Es ist ein Fehler, sich auf die Seite einer der kriegführenden Armeen zu stellen. Es ist notwendig, sich auf die Seite des Friedens und der Gerechtigkeit zu schlagen.**

Selbstverteidigung kann und sollte mit gewaltfreien und unbewaffneten Methoden erfolgen. Jede brutale Regierung ist illegitim, und nichts rechtfertigt die Unterdrückung von Menschen und das Blutvergießen für die illusorischen Ziele der totalen Kontrolle oder der Eroberung von Territorien. Niemand kann sich der Verantwortung für sein eigenes Fehlverhalten entziehen, indem er sich darauf beruft, Opfer des Fehlverhaltens anderer zu sein. Falsches und sogar kriminelles Verhalten einer Partei kann nicht die Konstruktion eines Mythos über einen Feind rechtfertigen, mit dem es angeblich unmöglich ist zu verhandeln und der um jeden Preis vernichtet werden muss, einschließlich der Selbsterstörung. Der Wunsch nach Frieden ist ein natürliches Bedürfnis eines jeden Menschen. Er darf aber keine negative Beziehung zu einem mysteriösen Feind rechtfertigen.

**Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen** war in der Ukraine nicht einmal in Friedenszeiten nach internationalen Standards gewährleistet, ganz zu schweigen unter den derzeitigen Bedingungen des Kriegsrechts. Der Staat hat es jahrzehntelang auf schändliche Weise vermieden, auf die einschlägigen Appelle des UN-Menschenrechtsausschusses und die öffentlichen Proteste ernsthaft zu reagieren, und tut dies auch heute noch. Obwohl der Staat dieses Recht nicht einmal in Kriegszeiten oder anderen öffentlichen Notlagen außer

Kraft setzen kann, wie es im **Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt)** heißt, weigert sich die Armee in der Ukraine, das allgemein anerkannte Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu respektieren. Sie verweigert durch die Mobilmachung sogar den Ersatz des Zwangsdienstes durch einen alternativen, nicht-militärischen Dienst, wie es die ukrainische Verfassung direkt vorschreibt. Eine solche skandalöse Missachtung der Menschenrechte darf in der Rechtsstaatlichkeit keinen Platz haben.

Staat und Gesellschaft müssen der Willkür der ukrainischen Streitkräfte und ihrer Missachtung des Rechts ein Ende setzen, die sich in einer Politik der Schikanen und der Strafverfolgung bei Verweigerung des Kriegseinsatzes und der **erzwungenen Umfunktionierung von Zivilisten zu Soldaten** äußern. Dadurch können sich Zivilisten weder innerhalb des Landes frei bewegen noch ins Ausland gehen, selbst wenn sie vitale Bedürfnisse haben, um sich vor Gefahren zu retten, eine Ausbildung zu erhalten, Mittel für den Lebensunterhalt, die berufliche und kreative Selbstverwirklichung usw. zu finden.

Die Regierungen und Zivilgesellschaften der Welt schienen der Geißel des Krieges hilflos ausgeliefert zu sein, da sie in den Strudel des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland und der allgemeinen Feindschaft zwischen den NATO-Ländern, Russland und China hineingezogen wurden.

Selbst die Androhung der Vernichtung allen Lebens auf dem Planeten durch Atomwaffen hat dem verrückten Wettrennen kein Ende gesetzt, und der Haushalt der UNO, der wichtigsten Institution für den Frieden auf der Erde, beläuft sich auf nur 3 Milliarden Dollar, während die weltweiten Militärausgaben um das Hundertfache höher sind und einen gigantischen Betrag von **2 Billionen Dollar** überschritten haben. Aufgrund ihrer Neigung, massenhaftes Blutvergießen zu organisieren und Menschen zum Töten zu zwingen, haben sich die Nationalstaaten als unfähig erwiesen, eine gewaltfreie demokratische Regierung zu führen und ihre grundlegenden Funktionen zum Schutz des Lebens und der Freiheit der Menschen zu erfüllen.

Die Eskalation der bewaffneten Konflikte in der Ukraine und in der Welt ist unserer Meinung nach darauf zurückzuführen, dass die bestehenden wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Systeme, das Bildungswesen, die Kultur, die Zivilgesellschaft, die Massenmedien, die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die Führungspersönlichkeiten,

die Wissenschaftler\*innen, die Expert\*innen, die Fachleute, die Eltern, die Lehrer\*innen, die Mediziner\*innen, die Denker\*innen, die schöpferischen und religiösen Akteur\*innen ihren Aufgaben zur **Stärkung der Normen und Werte einer gewaltfreien Lebensweise** nur unvollständig nachkommen, so wie es in der Erklärung und dem Aktionsprogramm über eine Kultur des Friedens vorgesehen ist, das von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde.

Beweise für die vernachlässigten friedensfördernden Aufgaben sind die archaischen und gefährlichen Praktiken, die beendet werden müssen: militärisch-patriotische Erziehung, Wehrpflicht, Fehlen einer systematischen öffentlichen Friedenserziehung, Kriegspropaganda in den Massenmedien, Unterstützung des Krieges durch Nichtregierungsorganisationen, Widerwillen einiger Menschenrechtsaktivist\*innen, sich konsequent für die volle Verwirklichung des Menschenrechts auf Frieden und auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen einzusetzen. Wir erinnern die Akteur\*innen an ihre friedensstiftenden Pflichten und werden unnachgiebig auf die Einhaltung dieser Pflichten pochen.

Wir sehen es als Ziel unserer Friedensbewegung und aller Friedensbewegungen der Welt an, das **Menschenrecht auf Verweigerung des Tötens** aufrechtzuerhalten, den **Krieg in der Ukraine und alle Kriege in der Welt zu beenden** und nachhaltigen Frieden und Entwicklung für alle Menschen auf dem Planeten zu sichern. Um diese Ziele zu erreichen, werden wir **die Wahrheit über das Böse und den Betrug des Krieges sagen**, praktisches Wissen über ein friedliches Leben ohne Gewalt oder mit deren Minimierung lernen und lehren, und wir werden den Benachteiligten helfen, insbesondere denjenigen, die von Kriegen und ungerechtem Zwang zur Unterstützung der Armee oder zur Teilnahme am Krieg betroffen sind.

Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit, wir sind daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und uns für die Beseitigung aller Kriegsursachen einzusetzen.

Quelle: [World BEYOND War](#) - 21.09.2022.

Originalartikel: [Peace Agenda for Ukraine and the World](#).

Übersetzung: Michael Schmid, [lebenshaus-alb.de](#), ebenfalls [hier: versöhnungsbund.de](#) und [hier ila-web.de](#)

*SiG-Redaktion: Die Veröffentlichung des Fotos wurden genehmigt von Yurii Sheliazhenko, Pazifist, Präsident der ukrainischen-gewaltfreien Bewegung, der auch auf dem Foto zu sehen ist. Foto: Danielle Taurino*

## **PRO ASYL und Connection e.V. Zum Tag des Flüchtlings: Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine sagen Nein zum Krieg**

29.09.2022 - Zum Tag des Flüchtlings am 30. September präsentieren PRO ASYL und Connection e.V. Stimmen von Kriegsdienstverweigerern aus Russland, Belarus und der Ukraine. Sie alle sind in ihren Herkunftsländern von Strafverfahren bedroht und brauchen Schutz vor Verfolgung.

Die Bundesregierung sollte großzügig Gebrauch machen von der Möglichkeit, humanitäre Visa zu erteilen.

Anlässlich des Tags des Flüchtlings im Rahmen der bundesweiten Interkulturellen Woche fordert PRO ASYL gemeinsam mit dem Kriegsdienstverweigerungsnetzwerk Connection e.V. sichere Zugangswege für schutzsuchende Menschen, insbesondere auch für Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und Militärdienstentzieher aus Russland, Belarus und der Ukraine. „Es ist erfreulich, dass die Bundesregierung ihnen Schutz verspricht, aber diesem Lippenbekenntnis müssen nun Taten folgen. Wenn die Menschen – wie bisher der Fall – gar keine Chance haben, überhaupt nach Deutschland zu gelangen, sind derartige Schutzzusagen Augenwischerei“, erklärt Rudi Friedrich, Geschäftsführer von Connection e.V., und fügt hinzu: „Bislang gibt es keinerlei Schutzzusage für die überwiegende Zahl der Militärdienstentzieher.“

„Europas Grenzen sind dicht, Geflüchtete werden zurückgeschickt – ob russische Militärdienstentzieher, Menschenrechtlerinnen aus Afghanistan, oppositionelle Türken oder Schutzsuchende aus Syrien“, sagt PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt und fordert: „Damit diese Menschen die Chance haben, hier einen Asylantrag zu stellen, sollte die Bundesregierung verstärkt humanitäre Visa an jene ausgeben, die sich in Länder wie die Türkei geflüchtet haben.“

### **Kriegsdienstverweigerer kommen selbst zu Wort**

Die beiden Organisationen haben heute Interviews mit Kriegsdienstverweigerern aus Russland, Belarus und der Ukraine veröffentlicht. Sie zeigen, welche große Bedeutung eine Unterstützung der Menschen hat, die sich in ihren Ländern gegen den Krieg stellen:

Mark Romankov, Russland: „Meine Partnerin kommt aus der Ukraine, wie auch ihre Eltern. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, wie es ist, in einer Armee zu dienen und gegen ihre Familie zu kämpfen. In der russischen Armee zu dienen ist nichts, worauf man stolz sein könnte. »Wenn ich zurückkehre, drohen mir bis zu zwanzig Jahre Gefängnis«  
Maksim Gaidukov, Russland: „Da werden junge russische Männer in die Ukraine geschickt, um Menschen zu ermorden und dafür zu sterben. Sie sind verraten und werden missbraucht. Ich will nicht einer von ihnen sein.“

Illja Owtscharenko aus der Ukraine lebt in Ungarn. Er hat sich mit den Kriegen und Militär und dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung auseinandergesetzt und ruft in Videos zur Kriegsdienstverweigerung auf. Das ukrainische Kriegsrecht untersagt Männern zwischen 18 und 60 Jahren, das Land zu verlassen. Illja kommt zu dem Erkenntnis: "Wir müssen verstehen, welche Gefahr ein Krieg für die Zivilbevölkerung darstellt, gerade auch angesichts der Atomkraftwerke, die im Kriegsgebiet liegen. Die Regierung zeigte sich fest entschlossen, das gesamte ukrainische Territorium einschließlich der Krim zurückzuerobern. Es ist also die Frage, ob wir die Krim und Donezk einfach aufgeben. Für mich liegt die Antwort auf der Hand: Das Leben der Menschen ist wichtiger, ganz gleich, welche Flagge über der

Krim oder Donezk wehen wird." „Ich möchte klarstellen, wie gefährlich Patriotismus ist. Klarstellen, wie absurd es ist, so viele Menschenleben zu opfern, um eine Grenzlinie auf der Landkarte neu zu ziehen.“

Der Belarusse Vlad, 18 Jahre, ist im Frühling 2022 aus dem Aufmarschgebiet an der ukrainischen Grenze und aus seiner belarussischen Militäreinheit in die EU geflüchtet und hat Asyl beantragt. Er wurde im Herbst zum Kriegsdienst einberufen und hatte keine Möglichkeit, zu verweigern. Er beschreibt seine Zeit in der belarussischen Armee und wie er desertierte. „Die meisten denken wie ich. Sie sind jung, wollen leben, nicht sterben. Sie wissen, dass Krieg nur Leid und Tod bringen wird.“

Igor, Belarus: „Wenn man nicht nur von der Armee, sondern von einem echten Krieg bedroht wird und keineswegs auf der Seite des Guten steht, ist es besser, alles fallen zu lassen.“

### **Die Grenzen müssen geöffnet werden**

Mit Blick auf die aktuellen Fluchtbewegungen aus Russland, Belarus und der Ukraine fordern PRO ASYL und Connection e.V.:

- Russische Staatsbürger\*innen sollten auch von Ländern außerhalb Russlands Anträge zur Aufnahme in die Europäische Union stellen können. Hier ist eine unbürokratische Lösung nötig, die sie vor einer Abschiebung aus einem anderen Land zurück nach Russland schützt.
- Die Grenzen müssen geöffnet werden! Flüchtlinge müssen die Möglichkeit haben, Länder zu erreichen, die ihnen einen sicheren Aufenthalt gewähren können. Die derzeit gültigen Regelungen für eine Visavergabe hindern viele daran, sichere Länder zu erreichen. Eine Aufnahme Schutzsuchender kann nur gelingen, wenn die illegalen Pushbacks gestoppt werden und die Menschen Zugang zu einem fairen Asylverfahren erhalten.
- Hinsichtlich der Gewährung von Asyl oder eines anderen Aufenthaltsstatus müssen die EU-Länder nicht nur Kriterien für Deserteure entwickeln, sondern vor allem Lösungen für die große Zahl der Militärdienstentzieher finden. Sie wären bei einer zwangsweisen Rückkehr nach Russland einer Rekrutierung für den Krieg unterworfen.
- Die EU sollte ein Aufnahmeprogramm beschließen, damit diejenigen russischen Staatsbürger\*innen, die sich unter großem Risiko von der Regierung ihres Landes abgewandt haben, Möglichkeiten der Ausbildung und Beschäftigung erhalten.
- Ukrainische Kriegsdienstverweigerer, die aufgrund ihrer Entscheidung mehrjährige Haftstrafen befürchten müssen, verdienen ebenfalls die Unterstützung der EU und müssen hier die Chance auf Schutz erhalten.

Quelle: [ProAsyl](#)

Weitere Informationen über die russischen Kriegsdienstverweigerer: [de.connection-ev.org](https://de.connection-ev.org)

# Martina Jäger: Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht

## Das Recht zur Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht

1987 hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) die Kriegsdienstverweigerung als allgemeingültiges, bedingungsloses Menschenrechts anerkannt. Kein oder ein eingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung besteht derzeit in Singapur, Türkei, Israel, Turkmenistan und Nordkorea.

Kriegsführende Nationen sehen einen Ausnahmezustand und umgehen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung mit u.a. der Begründung auf Kriegsrecht. Menschen werden gezwungen, gegen ihren Willen andere Menschen zu töten oder an der Tötung mit zu wirken.

Die **Internationale der KriegsdienstgegnerInnen** (WRI - War Resisters' International) setzt sich ein für Kriegsdienstverweigerung und befasst sich mit Ursachen und Folgen von militärischen Einsätzen, da kriegerische Konflikte für Lebewesen, Natur und Umwelt verheerende Auswirkungen haben. Die [Grundlage der WRI](#) lautet: „**Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.**“: In sehr vielen Ländern sind WRI-Sektionen gegründet worden. Alle Kriege, einschließlich sog. „Befreiungskriege“ und „humanitärer militärischer Interventionen“, dienen machto- oder wirtschaftspolitischen Interessen.

Wege zum Frieden benötigen Analysen der Ursachen, setzen auf Verhandlungen, fordern Abrüstung und den Gewaltverzicht. <https://wri-irg.org/de/taxonomy/term/608>

→ **Buchbesprechung: Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit - Die Geschichte der War Resisters' International**

## Pazifist\*Innen treten ein für eine zivile und gewaltfreie Sicherheits- und Außenpolitik

Gewaltverzicht bedeutet, dass das Einsetzen von Militär und Milizen nicht zum Frieden führt.

Dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, dem [US-Anti-Terror-Krieg](#), humanitär begründete Kriege, völkerrechtswidrige Kriege, NATO-Kriege bis hin zur bundesdeutschen Kriegs-Teilhabe (Rüstungsexporte, Ausbildung ausländischer Soldaten, bundesdeutsche Teilhabe der US-Atomwaffen, US-Drohnenkriege und ausländische Stützpunkte) stehen wir ablehnend und missfallend gegenüber. Kriegsdienstverweigerern aus Russland, der Ukraine und Belarus müssen Asyl in Deutschland erhalten.

Militär als Ultima Ratio der Politik anzusehen, schmälert oder beendet die Bereitschaft zur Diplomatie und Verhandlung. Das ist bei eskalierenden Konflikten, wie dieser Krieg in der Ukraine, zu bemerken. Im öffentlichen Raum wird sich leider zunehmend mit der Machbarkeit der Kriegsführung auseinander gesetzt. Dabei muss Friedensstiftung das Ziel sein, als Alternative zum Krieg.

Ein Austausch über Gewaltverzicht und die Verurteilung aller Kriege ist notwendig für friedenspolitische Öffentlich-

keitsarbeit und gemeinsame Wege zum Frieden. Überlegungen für neue Strategien und Standpunkte der Friedensbewegung sind innerhalb einer demokratischen und sachlich geführten Debattenkultur wünschenswert.

Eine interessante Überlegung zum zivilen Widerstand, Maßnahmen gegen die Verlängerung des Krieges, zur Abrüstung und Entmilitarisierung, bietet die [Erklärung der pazifistischen deutschen Friedensgesellschaft Bayern zum Ukraine-Krieg](#). Zielgerichtete Sanktionen werden angesprochen und der Wirtschaftskrieg abgelehnt und begründet. Eine neue Entspannungspolitik müsse eingeleitet werden, die die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt. Das kann durch eine Friedenskonferenz im Rahmen der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) geschehen. Sicherheit sei neu zu denken und müsse in eine zivile Außenpolitik umgesetzt werden. Nur gemeinsam könne die Menschheit in Frieden überleben.

Martina Jäger: Pazifistin, BAG attac Globalisierung und Krieg, DFG-VK Würzburg



## #OBJECT WAR CAMPAIGN

Solidarity with conscientious objectors and deserters from Russia, Belarus and Ukraine

## #Откажи Войне #ВідмовВійні

## dfg-VK Hessen: Russland, Belarus, Ukraine: Schutz und Asyl für Deserteure und Verweigerer - Petition

<http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/russland-belarus-ukraine-schutz/>

Fordern Sie die Europäische Union mit uns auf:

- Geben Sie Deserteuren und Verweigerern aus Belarus und der Russischen Föderation Schutz und Asyl!
- Fordern Sie die ukrainische Regierung auf, die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern einzustellen und ihnen ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu garantieren!
- Öffnen Sie die Grenzen für diejenigen, die sich unter hohem persönlichen Risiko in ihrem Land gegen den Krieg stellen!

Eine Vielzahl an europäischen [Organisationen](#) appelliert gemeinsam an das Europäische Parlament/die Parlamentarische Versammlung des Europarates, Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweiger\*innen und Deserteur\*innen aus den am Krieg in der Ukraine beteiligten Staaten zu gewährleisten.

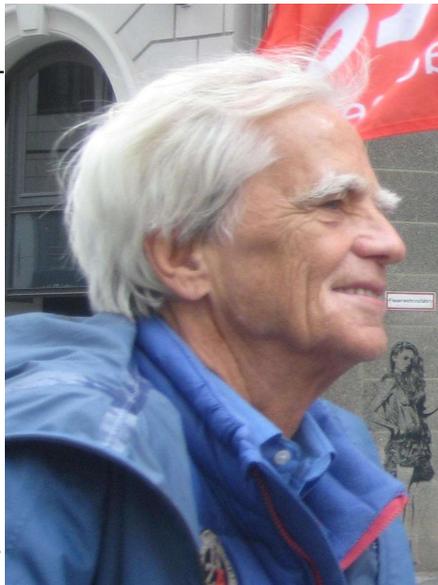
[Zum Appell](#) [Zur Petition](#) ; Mehr Infos unter <https://dfg-vk.de/kriegsdienstverweigerung-ist-menschenrecht-2/>

Weitere Informationen: <https://dfg-vk.de/positionen-von-a-z/kriegsdienstverweigerung/> ; <https://dfg-vk.de/statements-der-ukrainischen-und-russischen-friedensbewegung/>



# Nachruf Hans-Christian Ströbele

Am 29. August 2022 ist Hans-Christian Ströbele im Alter von 83 Jahren nach langer Krankheit in Berlin gestorben. Der Grünen-Politiker, Anwalt und Aktivist setzte sich über Jahrzehnte mit großem Engagement für den Schutz des Rechts, für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden ein. Er hatte ein Gespür für die Kluft zwischen oben und unten und reagierte mit Sensibilität auf den in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit noch lange geduldeten Ungeist aus der Nazi-Zeit. Christian Ströbele war einer, wie Bascha Mika von der taz bei der Trauerfeier am 4. Oktober in Berlin sagte, *„für den Politik alles war, aber auch alles Politik war, weil alles dazu dienen sollte, die Welt zu verbessern... und der sein ganzes Leben genau dem gewidmet hat: die Welt zu verbessern.“*



Ströbele, 1939 in Halle geboren, wuchs im Ruhrgebiet auf. Nach dem Abitur leistete er ein Jahr Wehrpflicht. Die Beförderung zum Gefreiten lehnte er ab. Er studierte Jura und Politik in Heidelberg und ab 1961 in Westberlin. Hier erlebte er die „wilden 60er“ Jahre mit prägenden politischen Erfahrungen. Die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorge durch einen Polizisten auf offener Straße bei Protesten gegen den Staatsbesuch des persischen Schahs am 2. Juni 1967 empörte ihn so, dass er sich entschied, als Referendar im Anwaltsbüro von Horst Mahler für die „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) zu arbeiten. Nach dem Zweiten Staatsexamen verteidigte er vor Gericht viele AktivistInnen der Studentenbewegung, die gegen Polizeigewalt, autoritäre Strukturen oder die Präsenz alter Nazis als Professoren an ihren Unis rebellierten. Ströbele selbst ließ kaum eine Demonstration auf der Straße aus, wozu auch die großen Proteste gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam gehörten. 1969 gehörte Ströbele zu den Gründern des ersten und einzigen **Sozialistischen Anwaltskollektivs**, in dem es keine Hierarchien gab, alle den gleichen Verdienst hatten und nur sozial Schwache gegen sozial Stärkere vertreten wurden. Das Kollektiv bestand bis 1979. Ab 1970 übernahm Ströbele die Verteidigung politischer Gefangener aus der RAF, zu denen u. a. Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof gehörten. 1980 wurde er für diese Anwaltstätigkeit zu Unrecht wegen angeblicher „Gesinnungsgenossenschaft“ zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Ströbele hat niemals Gewalt verteidigt, aber er setzte sich für faire Gerichtsprozesse ein.

**1977 beteiligte sich Ströbele an der Gründung der Tageszeitung taz.** 1980 entstand unter seiner Mitwirkung die **Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz**, die AL, für die er 1985 Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Vorfällen im Bundesamt für Verfassungsschutz wurde.

Aus der AL entwickelte sich der **Berliner Grünen-Landesverband**. Ab 1998 war Hans-Christian Ströbele in fünf Legislaturperioden für die Berliner Grünen im Bundestag, das erste Mal über einen Listenplatz.

2002 gewann er mit seiner **Ablehnung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr im Kosovo, Serbien und Afghanistan** und dem Wahlslogan „Ströbele wählen, heißt Fischer quälen“ das erste grüne Direktmandat im Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost.

**Ströbele hatte viele verschiedene Arbeitsgebiete.** Er arbeitete zur Abschaffung der Atomkraftwerke, zu Geheimdienstpolitik, zu Rechtspolitik, zu sozialen Fragen,

Klima- und Umweltpolitik und vielfach in Untersuchungsausschüssen. Er forderte die Freilassung von Julian Assange und besuchte Edward Snowden in Moskau. Friedenspolitik stand für ihn ganz vornan. Er reiste mehrfach nach Afghanistan, sah die Zerstörungen, sprach mit Opfern, mit Frauen und auch mit Taliban. Kriegseinsätze der Bundeswehr lehnte er generell ab. Er stellte Strafanzeige wegen der Beteiligung an der Steuerung des tödlichen Einsatzes von US-Kampfdrohnen in asiatischen, afrikanischen und arabischen Ländern und über dem US-Stützpunkt in Ramstein.

Wir Aktiven bei Attac Berlin und in der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg haben Hans-Christian Ströbele mit seinen klaren Positionen in der Friedensarbeit hoch geschätzt. Als der zweite Krieg gegen den Irak drohte, veranstalteten wir mit Friedensaktivist:Innen aus Großbritannien, den USA und Italien eine Attac-Friedenstour durch 16 Städte, die ihren Höhepunkt und Abschluss am 30. Januar 2003 mit einer Veranstaltung in der Berliner Humboldt-Universität fand. Mehr als 500 Gäste waren gekommen. Hans-Christian Ströbele lehnte den Krieg entschieden ab, „ob mit oder ohne UN-Mandat!“ und rief in den Saal: *„Kommt am 15. Februar auf die Straße, nur wenn der Protest stark ist, können wir Bush vom Krieg abhalten!“* Tatsächlich haben mehr als eine halbe Million Menschen am 15. Februar 2003 in den Straßen Berlins unter der Losung „NEIN zum Krieg gegen den Irak!“ demonstriert. Verhindert wurde der Krieg nicht, aber immerhin fand er weitgehend ohne deutsche Beteiligung statt.

Zum Ende der Trauerfeier für Hans-Christian Ströbele beendet der Kabarettist Arnulf Rating seine Rede mit dem Satz *„Als Leitstern wird Christian Ströbele umso heller strahlen, je dunkler es um uns wird.“* Dafür gab es Applaus.

Barbara Fuchs

[Link zu der Trauerfeier](#)

# Michail Gorbatschow: Der Ausnahmepolitiker und die mutwillig verspielten Chancen für eine friedlichere Welt

01. September 2022 - (NDS) Wie mag es sich anfühlen, wenn man am Ende seines Lebens ohnmächtig, aber bei vollem Bewusstsein mitansehen muss, wie das eigene einzigartige Lebenswerk für die gesamte Menschheit mit aller Gewalt mutwillig an die Wand gefahren wird? Wie wird man sich fühlen, wenn man sich dabei auch noch seit mehr als zwei Jahren im Krankenhaus – dem der Präsidentialadministration – aufhalten muss, von Freunden, Kollegen und Verwandten weitestgehend isoliert? (...) Und wenn gleichzeitig das eigene Land Krieg, pardon: eine „Spezialoperation“, durchführt – gegen das Brudervolk, dem die Mutter und die über alles geliebte, viel zu früh verstorbene Ehefrau [1] entstammten? How does it feel?

## Der Ausnahmepolitiker ...

Mit Michail Gorbatschow war, als Europa Mitte der achtziger Jahre fast unausweichlich in ein atomares Inferno hinabzustürzen drohte, wie durch ein Wunder nicht nur ein Ausnahmepolitiker an die Macht gekommen, sondern auch ein Ausnahmemensch! Und ausgerechnet in dem von Ronald Reagan so genannten „Reich des Bösen“. Ein Mann, der Krieg verachtete und seine Frau mehr liebte als seine Arbeit. Der Chef einer Supermacht, der mit dem von ihm mitentwickelten Neuen Denken mental auf der Höhe des Atomzeitalters war und zugleich den Mut und die Energie aufbrachte, es in Neues Handeln umzusetzen. Der die ‚Erbsenzählerei‘ der jahrelang in Genf festgefahrenen Verhandlungen überwand, indem er in qualitativen statt in quantitativen Kategorien dachte, die Politik des Nullsummenspiels – mein Gewinn ist dein Verlust – hinter sich ließ und gegen alle internen und äußeren Widerstände hartnäckig auf ein Ziel hinarbeitete: atomare Abrüstung! In seinen eigenen Worten: für die „Unsterblichkeit der Menschheit“. Und keinesfalls vergebens: Alle landgestützten Mittel- und Kurzstreckenraketen in Ost und West wurden abgezogen und restlos verschrottet. Erstmals in der Geschichte des Kalten Krieges war somit eine gesamte *Waffengattung*, und zwar die gefährlichste, eliminiert! Es folgte die Zerstörung von 80 Prozent aller Atomsprengköpfe weltweit. Aber Gorbatschow wollte mehr: Am 15. Januar 1986 verlas der damalige Generalsekretär der KPdSU eine sensationelle Erklärung, die in konkreten und realisierbaren Teilschritten den Weg zu einer atomwaffenfreien Welt bis zum Jahre 2000 wies.

Einen kurzen zauberhaften Moment lang schien alles sich doch noch zum Guten zu wenden. Der Weg in eine friedliche Zukunft schien offen: Der – wie wir heute desillusioniert feststellen müssen: erste – Kalte Krieg wurde beendet, ohne dass ein einziger Schuss fiel, Gorbatschows Vision vom „Gemeinsamen Europäischen Haus“ schien greifbar nahe. Für einen Wimpernschlag der Weltgeschichte schien selbst Kants Utopie vom „Ewigen Frieden“ in den Bereich des Möglichen gerückt.

Der kollektive Westen und der sowjetische Raum hatten mit Gorbatschow folgende, vermutlich einmalige Chancen:

- eine Welt ohne Massenvernichtungsmittel und umfassende weitestgehende Abrüstung auf ein vertretbares Niveau,
- ein auf Jahrzehnte befriedeter europäischer Kontinent,
- eine Weltordnung unter der Ägide der Vereinten Nationen.

## ... und die mutwillig verspielten Chancen

Ein Blick auf die aktuelle Weltlage zeigt, wie diese Chancen verspielt wurden: Die „Charta von Paris“ [2] und das Neue Denken [3] wurden vergessen gemacht, fast alle Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsverträge, die das Ende des Kalten Krieges ermöglicht hatten, wurden – ausschließlich auf Druck der USA – gekündigt, Atomwaffen sind längst wieder salonfähig, ihr möglicher Ersteinsatz in den Doktrinen der USA und Russlands nun ausdrücklich verankert, Atomsprengköpfe werden ‚modernisiert‘, ein neuer Eiserner Vorhang durchteilt jetzt rund tausend Kilometer weiter östlich unseren Kontinent, das „Gemeinsame Europäische Haus“ liegt in Trümmern und der gegenwärtige Krieg in der Ukraine ist nicht etwa der erste in Europa seit dem Ende des ersten Kalten Krieges. All dies bei höchst instabilen geopolitischen Rahmenbedingungen in einer Welt, in der kein relevanter Akteur sich überhaupt noch an Regeln zu halten scheint.

Und eine weitgehend apathische Öffentlichkeit in West und Ost, eine verhängnisvolle internationale Volksfront der Ignoranz, Indolenz und Bequemlichkeit [4] ließ alles jahrelang widerstandslos zu: Als vor drei Jahren schließlich auch noch der INF-Vertrag jämmerlich abkratzte, da juckte es selbst die ehemals Friedensbewegten im wiedervereinten Deutschland kaum noch. Gorbatschows letztes Buch, sein politisches Testament „Was jetzt auf dem Spiel steht – Mein Aufruf für Frieden und Freiheit“ [5] – punktgenau zum 30. Jahrestag des Mauerfalles erschienen – wurde von den deutschen Leitmedien fast gar nicht mehr zur Kenntnis genommen.

## Nicht nur die Politiker – wir haben alle versagt!

Am 30. August ist Michail Gorbatschow im Alter von 91 Jahren von uns gegangen. Dass er zum Ende seines Lebens ohnmächtig mitansehen musste, wie das politische Erbe seines Neuen Denkens fahrlässig verspielt, nein: mutwillig an die Wand gefahren wurde, das war für ihn die schlimmste Tragik, die schrecklichste Demütigung – aber auch die erbärmlichste Schande für die gegenwärtigen Akteure im Westen wie in Russland!

Nun sind wir alle Hinterbliebene. Aber nicht von Gorbatschow. Sondern von all den ungenutzten Chancen auf eine friedlichere Welt. Kurz: Von uns selbst!

[«1] [ostexperte.de/was-die-welt-raissa-gorbatschowa-verdankt](http://ostexperte.de/was-die-welt-raissa-gorbatschowa-verdankt)

[«2] [ostexperte.de/30-jahre-charta-von-paris-oder-wurde-der-kalte-krieg-eigentlich-jemals-beendet](http://ostexperte.de/30-jahre-charta-von-paris-oder-wurde-der-kalte-krieg-eigentlich-jemals-beendet)

[«3] [ostexperte.de/ueber-die-aktualitaet-des-neuen-denkens/](http://ostexperte.de/ueber-die-aktualitaet-des-neuen-denkens/)

[«4] [ostexperte.de/wie-der-inf-vertrag-abkratzte-und-es-keinen-juckte/](http://ostexperte.de/wie-der-inf-vertrag-abkratzte-und-es-keinen-juckte/)

[«5] [ostexperte.de/buchrezension-was-jetzt-auf-dem-spiel-steht/](http://ostexperte.de/buchrezension-was-jetzt-auf-dem-spiel-steht/)

# Marathon für Julian Assange - Film „Ithaka“

Am 8. Oktober wurde in London zum ersten Mal in der Geschichte Hand an Hand die Houses of Parliament zu umgestellt, um Unterstützung für den politischen Häftling Julian Assange zu demonstrieren. Er sitzt nur wenige Kilometer flussabwärts seit 3½ Jahren isoliert in Haft.

## 15. Oktober 2022: Marathon für Julian Assange:



Der 24-stündige Julian-Assange-Marathon fand von Taipeh bis Sydney, vom Belmarsh-Gefängnis bis Manchester, von Bonn, Barcelona und Madrid bis Namur sowie in zahlreichen italienischen Städten statt (die Fotoreportage wird ständig aktualisiert und ist [hier zu sehen](#)).

Es wechselten sich Aktivist:innen, Journalist:innen, Künstschaffende, Dichter:innen und Filmeschaffende auf dem YouTube-Kanal von [Pressenza Italia](#) (...): Stella Assange - Noam Chomsky - John Rees - Stefania Maurizi - Tomas Hirsch - Adolfo Perez Esquivel - Nora Cortiñas - Kym Staton - Niraj Lal, ...

Wie während des Marathons mehrfach betont wurde, ist dies erst der Anfang. Die Bemühungen um die Freilassung von Julian Assange werden mit anderen Initiativen fortgesetzt. (Mehr auf [pressenza](#) und [NachDenkSeiten](#))

In Berlin wurde am 13. Oktober der Film „Ithaka“ im Rahmen des [Human Rights Film Festivals Berlin](#) zum ersten Mal in Deutschland gezeigt.

Aus einer Pressemitteilung zum Film:

Es geht um Verbrechen von Regierungen und einen Mann, der mit seiner Vision von Gerechtigkeit eine Organisation gründete, um genau diese aufzudecken. Dies gelang ihm sehr gut und genau hier fängt die Problematik an. Denn nicht die Verbrecher sitzen aktuell hinter Gittern, sondern der, der die Verbrechen veröffentlichte.

Während der WikiLeaks-Gründer Julian Assange sich derzeit im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh befindet, ist er zu einem Symbol für ein internationales Armdrücken um die Freiheit des Journalismus, Korruption der Regierung und ungesühnte Kriegsverbrechen geworden.

„Ithaka zeigt, wie weit die reichsten und mächtigsten Nationen in der Geschichte der Welt gehen, um ihre Verbrechen zu verbergen. Ithaka trifft den Kern dessen, wie die Pressefreiheit und unser Recht zu kommunizieren langsam vor unseren Augen abgebaut werden.“ – Gabriel Shipton, Bruder von Julian Assange und Produzent des Dokumentarfilms „In 20 Jahren Arbeit mit Opfern von Krieg, Gewalt und politischer Verfolgung habe ich noch nie erlebt, dass sich eine Gruppe demokratischer Staaten zusammengetan hat, um eine einzelne Person über einen so langen Zeitraum und mit so wenig Rücksicht auf die Menschenwürde und die Rechtsstaatlichkeit absichtlich zu isolieren, zu dämonisieren und zu misshandeln.“ – ehem. UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer

Weiterführende Informationen:

- [Ithaka Trailer](#)
- [Ithaka Webseite](#)
- Aktionsbündnis Free Assange [freeAssange.eu](#)

## “Blockade - Von der Belagerung Leningrads 1941-1944 bis zur NATO-Russland Auseinandersetzung heute” Vortragsabend mit Rolf Becker am 21. September 2022

veranstaltet von [GlobaLE e.V.](#) im Rahmen seines [“Globalisierungskritischen Filmfestivals Leipzig”](#)

Die Aufzeichnung steht [hier online](#) zur Verfügung.

Aus dem Programm des Veranstalters:

“Ein Abend mit Original-Dokumentarfilmaufnahmen, ausgewählten Texten, vorgetragen vom Schauspieler und Friedensaktivisten Rolf Becker und einem musikalischem Rahmenprogramm mit der Pianistin Jana Poljanovskaja.

900 Tage belagerte die deutsche Wehrmacht die sowjetische Stadt. Dabei verloren nach Schätzungen etwa 1,1 Millionen zivile Bewohnerinnen und Bewohner aufgrund der Blockade ihr Leben, – etwa 90 Prozent dieser Opfer verhungerten. Die Einschließung der Stadt durch die deutschen Truppen mit dem Ziel, die Bevölkerung systematisch verhungern zu lassen, gilt als eines der eklatantesten Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht während des Kriegs gegen die Sowjetunion.

Wie konnte Leningrad die 900 Tage dauernde Blockade der Deutschen Wehrmacht überleben?

Rolf Becker trägt Zeugnisse von Kulturschaffenden jener Tage vor, die mit bewegenden Texten dokumentierten, Trost spendeten und Mut machten: Wir hören von Anna Achmatowa, Ales Adamowitsch, Olga Fjodorowna Bergholz, Gennadij Gor, Daniil Granin, Tanja Sawitschewa und den vielen namenlosen Verteidigern Leningrads.

Ergänzt wird die Lesung durch Original-Filmsequenzen aus der Zeit der Belagerung.

Ein Abend der Erinnerung und Mahnung, der gleichzeitig aber auch eine klare Stimme für Frieden und gegen Aufrüstung und Krieg in unseren heutigen Zeiten sein soll.”

# Ute Löhning

## Sieg des „Rechazo“ in Chile

### - Verpasste Chance, Pinochets Erbe abzuschütteln

(Santiago de Chile, 13. September 2022, [LN/poonaal](#)).- Eine satte Mehrheit der chilenischen Bevölkerung stimmte am 4. September gegen die Annahme einer neuen Verfassung. Damit lehnten sie den Text ab, der die Rechte indigener Gemeinschaften, ökologische Prinzipien und Geschlechtergerechtigkeit festschrieb und der Chile zu einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat erklären sollte. Die Suche nach den Ursachen dieser Niederlage eines fortschrittlichen Projekts und nach Perspektiven für die Zukunft hat begonnen. Indes wird auch der Handlungsspielraum für die linke Regierung unter Gabriel Boric und ihre Projekte sozialer Umgestaltung enger.

Es war die große Chance, das autoritäre und neoliberale Erbe der Diktatur (1973-1990) abzuschütteln: Nach der breiten Protestbewegung, die Chile ab Oktober 2019 erfasst hatte, stimmten bei einem Referendum **im Oktober 2020 78% für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung**. Diese sollte die aktuelle, 1980 verfasste und nicht demokratisch legitimierte Verfassung ablösen. Denn darin zählt das Privateigentum mehr als die Menschenrechte, das unter Diktator Augusto Pinochet eingeführte neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist darin festgeschrieben. „Der Neoliberalismus ist in Chile geboren und er wird in Chile sterben“, lautete eine der häufig verwendeten Parolen, die die Linke von radikaleren Sektoren der Revolte bis zu Präsident Gabriel Boric verband.

#### Sieg des Rechazo in allen Regionen

Doch es kam anders, als linke Kräfte erwartet hatten. **62 Prozent stimmten für das „Rechazo“ („Ich lehne ab“)** und damit gegen die Annahme des Verfassungsentwurfs, nur 38 Prozent für das „Apruebo“ („Ich stimme zu“). In allen 16 Regionen Chiles ergibt sich ein einheitliches Bild, lediglich in acht Kommunen gewann das Apruebo. „Das ist tatsächlich eine Niederlage“, sagt Fabiola Campillai, die in der Zeit der Protestbewegung beide Augen verlor, als ein Polizist eine Tränengasgranate auf sie abfeuerte, und die später in den Senat, das chilenische Oberhaus, gewählt wurde, noch am Wahlabend. Denn auch diejenigen, auf die sich die Verfassungsbefürworter\*innen gestützt hatten, und die im Dezember 2021 bei der Stichwahl um die Präsidentschaft entscheidend waren für den Sieg Gabriel Borics gegen den extrem rechten José Antonio Kast, stimmten nun überwiegend gegen die neue Verfassung: die unter 33-Jährigen, die Frauen. Bei der Aufschlüsselung nach sozio-ökonomischem Status wird deutlich, dass die schwächsten Sektoren am stärksten für das Rechazo stimmten, mit bis zu 75 Prozent. Die Linke müsse nicht nur auf der Straße präsent sein, erklärt Senatorin Fabiola Campillai, sondern vor allem auch in den eigenen – meist sozio-ökonomisch schwachen – Wohnvierteln. „Da wo viele Menschen leben, die sehr wenig informiert sind, da müssen wir noch präsenter sein und versuchen, alle Menschen noch besser zu erreichen, zu informieren und mitzunehmen“.

Bei dem Referendum herrschte Wahlpflicht. Die Wahlbeteiligung lag bei 86 Prozent, im Gegensatz zu 40 bis maximal 57 Prozent bei den Wahlen 2020 und 2021. Das Wahlverhalten derjenigen, die nie zuvor gewählt hatten, war schwer kalkulierbar. **„Wir haben es nicht geschafft, die ärmsten Sektoren der Gesellschaft zu erreichen“**, sagt Manuela Royo, Sprecherin der Umweltschutzorganisation MODATI-MA. „Dabei hätten sie von den sozialen Rechten profitiert. Das hat mit der Manipulation durch die Medien zu tun“. Im Vorfeld des Referendums hatten Umfragen und Prognosen bereits einen Vorsprung des Rechazo vorhergesagt, am deutlichsten wenn die Wahlbeteiligung auf über 70 Prozent ansteigen sollte. Im öffentlichen Straßenbild in Chiles Hauptstadt Santiago waren wenige Plakate, Graffities und aus den Fenstern hängende Tücher zu sehen, die für das „Apruebo“, also für die Zustimmung zur neuen Verfassung, warben. Einige davon waren abgerissen oder übermalt. Mitunter waren auch „Rechazo“-Graffities, also gegen die neue Verfassung. Jedoch legte das Apruebo-Lager im Wahlkampf einige große Kundgebungen hin, zuletzt kamen am 1. September rund 500.000 Menschen zur Kundgebung auf der Alameda, der zentralen Promenade Santiagos zusammen. Zu zwei Wahlkampfveranstaltungen des Rechazo kamen derweil nur jeweils einige Hundert Personen.

#### Medienkampagne mit FakeNews und ökonomischer Überlegenheit

„Der Verfassungskonvent stand weiter links als der Querschnitt der Bevölkerung“, sagt Karina Nohales von der feministischen Dachorganisation 8M. Die Rechte habe sich in dem Gremium nicht durchsetzen können. Sie habe die Kampagne gegen den Verfassungsentwurf schon zu Beginn der Arbeit des Konvents gestartet. Währenddessen waren die linken und unabhängigen Kräfte noch mit der Ausarbeitung der Artikel beschäftigt.

Die mediale Übermacht der Werbekampagne gegen die neue Verfassung war in Printmedien, im Rundfunk und im Internet erdrückend. Dabei traten die führenden Köpfe der rechten Parteien kaum in Erscheinung. Stattdessen warben politisch nicht vorbelastete Personen mit Schlagworten wie Inklusion und Liebe für das Rechazo. Zum Repertoire der Kampagne gehörte aber auch der massive Einsatz von Drohungen gegen meist weibliche Konventsmitglieder und von Fake News. **„Fast alle Falschmeldungen über Mitglieder des Verfassungskonvents und über Artikel des Verfassungsentwurfs, die wir gesammelt haben, sind der Rechazo-Kampagne zuzuordnen“**, sagt der Kommunikationswissenschaftler Marcelo Santos von der Universidad Diego Portales in Santiago. Zentrale Momente darin waren die **Mobilisierung nationalistischer Bilder** und die **Delegitimierung von Ideen einer solidarischen Umgestaltung der Systeme allgemeiner Daseinsvorsorge**, die während der Diktatur weitgehend privatisiert wurden. **„Das Ziel ist es, negative Emotionen hervorzurufen, Verwirrung und Angst zu schaffen“**, so Santos. Niemand solle mehr eine eigene Wohnung oder ein

eigenes Haus besitzen dürfen, war einer der mächtigsten Mythen des Rechazo. Obwohl Artikel 78 des Verfassungsentwurfs das Recht auf Privateigentum garantierte und Verfassungsbefürworter\*innen solchen Falschaussagen entgegentraten, war die Verunsicherung der Bevölkerung nicht mehr einzufangen und die linken Kräfte waren mit Abwehrkämpfen beschäftigt.

„Damit die Werbung für das Rechazo in das Bewusstsein der Bevölkerung eindringen konnte, reichte es, den Fernseher einzuschalten oder Social Media Kanälen zu folgen“, erklärt Alondra Carrillo am Wahlabend. Sie hat als Vertreterin der feministischen Dachorganisation 8M im Verfassungskonvent an der Ausarbeitung des Entwurfs mitgearbeitet. „Aber um den Inhalt des Verfassungsvorschlags zu kennen, brauchte es eine Genossin oder einen Aktivist, einen Freund oder eine informierte Nachbarin, die die Lügen widerlegen und die konzertierte Kommunikationsstrategie neutralisieren konnten, die von der politischen Rechten, aus Wirtschaftskreisen und von den Sektoren finanziert und organisiert wurde“, so die Feministin.

Radio- und Fernsehkanäle sind privat finanziert, erklärt der Journalist Leonel Yañez: „Die chilenische Presse hängt im Wesentlichen an vier großen Unternehmen“. 75 Prozent der Wahlwerbung stammte aus dem Rechazo-Lager, allen voran von Angehörigen der reichsten Familien Chiles. Im Netz kursierten unzählige gut gemachte Videos von rechten Organisationen und Thinktanks. Darunter finden sich auch die von der CSU-nahen Hanns Seidel-Stiftung geförderten Instituto Res Publica und Fundación IdeaPaís und die von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung unterstützte Fundación para el Progreso, die Thinktanks Horizontal und Libertad y Desarrollo.

### **Nationalismus versus Plurinationalität**

Starke Ablehnung rief bei vielen Menschen auch das im Verfassungsentwurf festgeschriebene Konzept der Plurinationalität hervor. Dieses sollte Chile als einheitlichen, unteilbaren Staat definieren, der aber die Rechte der zehn indigenen Gemeinschaften Chiles auf Land, Sprache und Selbstbestimmung garantierte. Auch hierzu gab es ein Set von Falschaussagen, z.B. dass die nationalen Symbole wie Flagge, Wappen und Hymne verboten werden sollten, und dass Chile in mehrere Einzelstaaten zerfallen würde. Die Rechazo-Kampagne verstärkte nationalistische Gefühle, indem Indigene als Gefahr für die nationale Identität dargestellt wurden, erklärt auch Kommunikationswissenschaftler Santos. Diese mischen sich mit anti-kommunistischen oder allgemein anti-linken Positionen.

So sagt Felipe Nuñez, Teilnehmer einer Pro-Rechazo-Kundgebung am 1. September: „Chile kann nicht nach verschiedenen Ethnien geteilt werden. Das Projekt der neuen Verfassung bedroht die Lebensweise aller Chilenen. Sie zwingt uns ein System auf, das vom Foro Sao Paulo und Grupo Puebla entwickelt wurde, aber nicht zu unserem Land passt“. Diesen lateinamerikanischen Linksbündnissen wird vorgeworfen, hinter linken Protestbewegungen zu stehen.

Eine Umfrage des Investigativmediums CIPER unter 120 Bewohner\*innen sozio-ökonomisch schwacher Sektoren Santiagos sowie eine Studie des Instituts „feedback“ zeigen,

dass viele Rechazo-Wähler\*innen vor allem **Angst** hatten, sie würden durch die Annahme der neuen Verfassung ihre Wohnung oder in die privaten Rentenfonds eingezahlte Gelder verlieren, oder Chile als Staat würde geteilt werden.

### **Kritik am Verfassungskonvent**

Doch auch die mangelnde Kommunikation des Verfassungskonvents wird kritisiert. Dieses paritätisch mit Männern und Frauen besetzte Gremium, in dem indigene Gruppen reservierte Sitze hatten und in das soziale Bewegungen über parteiunabhängige Listen Einzug hielten, arbeitete den Entwurf für die neue Verfassung zwischen Juli 2021 und Juli 2022 aus. Die Sitzungen wurden zwar im Internet übertragen, doch es war schwer, den abstrakten Debatten zu folgen. **Eine „Übersetzung“ der komplizierten Diskussionen auf allgemein verständliches Niveau kam zu kurz.**

Die Konventsmitglieder seien zu wenig nach außen gegangen, sagt der Journalist Leonel Yañez Uribe. „Sie haben eine sehr technische Sprache verwendet, wie sie sonst auch von Politikern verwendet wird und sie haben sich auch institutionalisiert“. Die Identifikation mit den in Chile mit großer Skepsis betrachteten politischen Parteien und der Regierung Boric war ein weiterer Faktor für die Ablehnung der Arbeit des Verfassungskonvents. Der von Anfang an festgelegte Wechsel der Präsidentschaft nach einem halben Jahr von den eloquenten und integrativen Elisa Loncón (Präsidentin) und Jaime Bassa (Vizepräsident) an die weniger erfahrenen und jüngeren María Elisa Quinteros und Gaspar Domínguez in einer holprigen Wahl mit sieben Wahlgängen Anfang 2022 habe der Vermittlung nicht gut getan, erklärt Yañez. Zur Delegitimierung des Gremiums trugen auch Skandale bei, wie die Wahl des Konventsmitglieds Rodrigo Rojas Vade, der zur spendenbasierten Finanzierung seines Wahlkampfes eine Krebserkrankung vor-täuschte und später sein Amt niederlegen musste.

Neben der politischen Rechten bezog auch die Gruppierung „Los Amarillos“ („Die Gelben“) Position gegen den aktuellen Verfassungsentwurf. Sie speiste sich aus Teilen der Christdemokratie und .aus anderen im Zentrum zu verortenden Parteien. Sie lehnen eine neue Verfassung nicht grundsätzlich ab und warben mit dem Slogan „Esa no“ („Diese nicht“). Inhaltliche Kritik richtete sich großenteils gegen geplante Umstrukturierungen des politischen Systems, z.B. die Abschaffung des Senats als parlamentarisches Oberhaus und der Umbau des Justizsystems, mit dem die Rolle der Justiz demnach geschwächt würde.

### **Keine Niederlage eines in die Zukunft gerichteten Projekts**

Nach der Ablehnung des aktuellen Verfassungsentwurfs will die Regierung Boric einen neuen verfassungsgebenden Prozess anstoßen und beruft sich auf das überwältigende Votum jener 78 Prozent, die beim Referendum vor zwei Jahren dafür gestimmt hatten, eine neue Verfassung zu schreiben. Die Parteien des Zentrums und auch der rechten Koalition des Chile Vamos bekennen sich derzeit auch zu der Vereinbarung, eine neue Verfassung zu erstellen. Kategorische Ablehnung kommt hingegen von der extrem rechten Republikanischen Partei des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten

José Antonio Kast, der nicht an der Verfassung Pinochets rütteln möchte. Voraussichtlich wird ein neuer Verfassungskonvent aus den Reihen der Abgeordneten gewählt oder gebildet, diesmal ohne die Beteiligung von partei-unabhängigen Personen aus den sozialen Bewegungen.

Derweil steht die Regierung nach dem deutlichen Votum gegen den Verfassungsentwurf selbst unter Druck. Denn sie hatte den verfassungsgebenden Prozess unterstützt. Am 6. September kam es zu einer lange erwarteten Umbildung der Regierung, mit der diese sich durch weitere Kompromisse mit dem Mitte-Links-Spektrum der ehemaligen Concertación stabilisieren will. Wichtigster Punkt: Carolina Toha, früher Ministerin unter Präsidentin Michelle Bachelet, löst Izkia Siches als Innenministerin ab. Giorgio Jackson, bisher Leiter des Präsidentschaftsamt, wird Sozialminister. Seinen früheren Posten übernimmt eine enge Vertraute Bachelets: Ana Lya Uriarte.

Währenddessen protestieren Schüler\*innen in der Woche nach dem Referendum täglich im Zentrum Santiagos: für gute und kostenlose Bildung und für die Freilassung der politischen Gefangenen der Revolte. Die Polizei geht mit Tränengas gegen sie vor und verhaftete bereits mehrere Personen, darunter auch Minderjährige. Inzwischen rufen auch die Studierendenvereinigungen zu Demos auf. Das Bündnis sozialer Bewegungen für die neue Verfassung erklärte schon am Abend nach dem verlorenen Referendum, es gehe dabei um eine Wahlniederlage, aber nicht um die Niederlage eines in die Zukunft gerichteten Projekts: „Bald werden wir wie-

der aufstehen. Denn kein Bedürfnis, keine Notwendigkeit, kein soziales Problem, das zu diesem politischen Prozess geführt haben, wurde mit der heutigen Entscheidung gelöst“.

### Chile: Was ging 2022 voraus:

Als neoliberaler Musterknabe hatte Chile die Vorgaben der sogenannten Chicago-Boys um den US-Ökonomen Milton Friedman konsequent umgesetzt und dabei auf brutale Repressionen wie in der Diktatur von Augusto Pinochet (1973–1990) zurückgegriffen. Es ging sogar so weit, dass die Herrschaft des Marktes 1980 in der Verfassung festgeschrieben wurde. Auch 30 Jahre nach der Pinochet-Diktatur ist noch immer nahezu alles in privater Hand. (TAZ)

**2019:** Heftige [Proteste](#) von mehr als 1,5 Millionen Menschen versetzten Chile 2019 an den Rand eines Aufstands wenn nicht gar einer Revolution.

Am 10. November 2019 kündigte Innenminister Gonzalo Blumel die Ausarbeitung einer neuen Verfassung an und erfüllte damit eine der Forderungen der Demonstranten.

**2020:** In einem [Referendum](#) am 25.10.2020 sprachen sich gut 78 Prozent der Wähler für eine Änderung der bisherigen Verfassung aus, die noch aus der Zeit der Diktatur unter Augusto Pinochet (1973-1990) stammt.

**Juni 2021-2022:** Die verfassungsgebende Versammlung erarbeitete einen Verfassungstext mit 388 Artikeln, der Chile fundamental verändern und zu einem Sozialstaat machen würde. ([Amerika21](#))  
SiG-Redaktion

## Weitere Analysen über die Ergebnisse des Referendums

- **Erklärung der Sozialen Bewegungen für das Apruebo, [Labournet](#):** „Es geht um eine Wahlniederlage, nicht um die Niederlage eines in die Zukunft gerichteten Projekts. Wir haben in einem Szenario tiefgreifender Ungleichheit verloren. Wir waren mit der wirtschaftlichen Macht jener Sektoren konfrontiert, die das Monopol der Medien innehaben, und die mit all ihren Ressourcen eine auf Lügen und Verzerrungen basierende Kampagne starteten: um Angst einzuflößen, Rassismus und Konkurrenz zu schüren.“

### Dokumentation der Debatten innerhalb der chilenischen Linken über die Ursachen des Abstimmungsdebakels: [labournet.de](#)

»Boric hat die rechte Opposition gestärkt« - In Chile ist die Illusion zerplatzt, den Kampf gegen den Neoliberalismus im Parlament gewinnen zu können. Ein Gespräch mit Dauno Totoro Redakteur der Onlinezeitung *La Izquierda Diario* und Mitglied der PTR [jungewelt](#)

Warum fand der Entwurf für eine neue Verfassung keine Mehrheit? Die Gegner waren fähig, ihre Kampagne über die Rechte hinaus auszuweiten, [amerika21](#)

Katja Maurer, [Medico](#): Unschlagbarer Neoliberalismus? [...] Die Prekarität, in der die unteren bis mittleren Schichten leben, ist eine fragile Konstruktion aus legalen und weniger legalen Arbeiten, aus Pitufos (Jobs, die man sich durch Kontakte verschafft) und Krediten. Die großen Änderungen, die die neue Verfassung versprach, haben diese Schichten verunsichert. [...]

Das Online-Portal CIPER führte schon wenige Tage nach dem Plebiszit in den Armenvierteln Santiagos eine Umfrage zu den Gründen des Rechazos durch. Das Ergebnis zeigt, dass die Medienkampagnen der Rechten verfangen hat. Die Menschen fürchteten, ihre Häuser, ihre Rente zu verlieren. Und wollten keinen plurinationalen Staat. Wenn jede Idee von sozialem Wohnungsbau oder solidarischem Rentensystem umgedeutet werden kann in ein Ende von kleinstem privaten Eigentum, dann ist eine Verfassungsreform, die ernsthaft einen „sozialen Menschenrechtsstaat“ will, ein schwieriges Unterfangen. Die Ärmsten haben jede Form von Änderung abgelehnt.

Und jetzt? Rechte in Chile blockiert neuen Verfassungsprozess, [amerika 21](#), 15.10.2022

Artikel in "Sand im Getriebe"  
über Chile: 105, 111, 136  
über Lateinamerika (inkl. Chile): 134, 138, 143

### Webseiten über Chile:

<https://amerika21.de/geo/chile>

<https://www.npla.de/country/chile/>

[labournet](#)

<https://www.ila-web.de/ausgaben/456/demokratischer-neuanfang-oder-weiter-mit-pinochets-diktaten>